



2023

**Niedersachsen-
Monitor**



Niedersachsen

Zeichenerklärung

[p] = vorläufige Zahl

[r] = berichtigte Zahl

[s] = geschätzte Zahl

[n] = nichts vorhanden bzw. genau Null

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit

[g] = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht

[x] = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich oder Fragestellung trifft nicht zu

[u] = nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ

[z] = Angabe fällt später an

() = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher

Verwendete Abkürzungen/weitere Erläuterungen:

davon oder dav. = Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet

darunter oder dar. = Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.

Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt, gelten alle Angaben für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:

www.statistik.niedersachsen.de > Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen > Niedersachsen-Monitor.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:

margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de

Tel.: 0511 9898-3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:

Tel.: 0511 9898-1132, -1134

Fax: 0511 9898-99 1134

E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de

Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Postfach 91 07 64

30427 Hannover

Preis: 15,50 €

Erscheinungsweise: jährlich

Erschienen im Dezember 2023

ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:

www.statistik.niedersachsen.de

> Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen

> Niedersachsen-Monitor

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2023.

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Wichtige Ergebnisse.....	6
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	21
Erwerbstätigkeit.....	33
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	43
Finanzen.....	59
Schulische und berufliche Qualifikation.....	71
Wissenschaft und Kultur.....	79
Umwelt und Energie.....	91
Soziales, Sicherheit.....	103
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	115
Kartenansicht:	
Deutschland und seine Länder.....	119

Einführung

Der Niedersachsen-Monitor zeigt die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens im Bund-Länder-Vergleich. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 26. Mal. Eine Indikatoren-Übersicht sowie eine Zusammenstellung wichtiger Ergebnisse ergänzen die Texte und Tabellen.

Grundsätzliche Hinweise:

Der Niedersachsen-Monitor umfasst 10 Themenfelder mit Analysen und Grafiken. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Daten der anderen Länder dienen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen.

Die 75 Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder sowie für Deutschland insgesamt. Die Daten basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.

- Die Tabellen zeigen den aktuellen für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2022, sonst 2021 oder früher – sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet; die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.6. des betrachteten Jahres zugrunde gelegt.

Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.

Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Sonstige Hinweise:

- Die Tabelle „Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen“ entfällt.
- Werte für das Vor-Corona-Jahr 2019 sind zumeist im [Niedersachsen-Monitor 2021](#) enthalten.
- Informationen zur methodischen Neugestaltung des Mikrozensus ab 2020, zu den Auswirkungen der Neugestaltung und der Corona-Krise auf die Ergebnisse der Jahre 2020 und 2021 finden Sie auf der [Informationsseite des Statistischen Bundesamtes](#).

Der Niedersachsen-Monitor 2023 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Ole Becker, Sascha Ebigt, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Hanna Köhler, Dominik Kroll, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer, Rita Skorka, Carola Steenhoff und Andreas Woisch.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: www.statistik.niedersachsen.de.

Wichtige Ergebnisse

Bevölkerung

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt deutlich stärker als im Vorjahr

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2022 bei 8,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von gut 113 200 Personen bzw. rund 1,4 % (Deutschland: +1,1 Mio. Personen, +1,3 %).
- Die Zahl der Geburten sank 2022 in Niedersachsen im Vergleich zu 2021 deutlich um 5 152 Kinder auf knapp 71 300 Geborene (-6,7 %; Deutschland: -7,1 %). Erstmals seit 10 Jahren gab es in allen Ländern weniger Geburten als Sterbefälle.
- Insgesamt gab es von 2012 bis 2022 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Familie und Beruf

Ganztagsbetreuungsquote der 3- bis 6-jährigen Kindergartenkinder unterdurchschnittlich – mehr Eheschließungen und etwas weniger Scheidungen

- Die Zahl der ganztagsbetreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren stieg in Niedersachsen innerhalb von 5 Jahren deutlich (+46,6 %). Trotzdem lag Niedersachsen 2022 mit einer Ganztagsbetreuungsquote der Kindergartenkinder dieses Alters von 38,8 % im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz.
- Die Zahl der Eheschließungen stieg 2022 um 11,1 % (Deutschland: +9,2 %).
- Die Zahl der Scheidungen ging 2022 marginal um 0,7 % zurück (Deutschland: -3,8 %).

Erwerbstätigkeit

Mehr Minijobs – niedrigere Arbeitslosenquote

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %, die Zahl der Minijobs stieg um 0,9 % (Deutschland: +1,9 % bzw. +0,3 %).
- Zugleich sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2022 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,3 % (Deutschland: -0,4 Prozentpunkte auf 5,3 %).

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaft wächst unterdurchschnittlich – Zahl der Erwerbstätigen leicht gestiegen

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2022 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 1,1 % und damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+1,8 %).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2022 um 1,2 % auf rund 4,17 Mio. Personen (Deutschland: +1,3 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2022 pro Kopf rund 81 500 Euro und lag damit bei 96,0 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2022 um real 1,1 % (Bundesdurchschnitt: -0,6 %).
- Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) nahm die BWS in Niedersachsen 2022 real um 2,3 % zu und damit etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen war in Niedersachsen 2022 etwas niedriger als 2017 (-0,5 %), Deutschland: -1,9 %.

Verdienste steigen, bleiben aber unter dem Bundesdurchschnitt

- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2021 in Niedersachsen bei 23 375 Euro, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 1,4 % (Deutschland: 24 415 Euro; +2,1 %).
- Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % und lagen damit bei 93,3 % des Bundesdurchschnitts.

Finanzen

Einnahmen steigen stärker als Ausgaben

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2022 in Niedersachsen um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr auf 7 939 Euro pro Kopf (Deutschland: +4,9 % auf 8 584 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 5,7 % (Deutschland: +4,2 %).
- Die Zinsausgaben in Niedersachsen sind 2022 deutlich gestiegen, lagen aber mit 132 Euro pro Kopf unter dem bundesweiten Durchschnitt (134 Euro pro Kopf).
- Der Finanzierungsüberschuss (mehr Einnahmen als Ausgaben) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug 2022 für Niedersachsen 0,4 % (Deutschland: 0,3 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2022 in Niedersachsen auf 9 611 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 8 892 Euro pro Kopf.

Weniger berufliche Abschlussprüfungen – mehr Hochschulabschlüsse

- Die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger lag 2022 in Niedersachsen mit 14,0 % (Bundesdurchschnitt: 12,2 %) deutlich über der Zielmarke von 9,5 %.
- In der beruflichen Bildung ging 2022 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung gegenüber 2017 um 8,1 % (Deutschland: -4,0 %) und bei den Aufstiegsfortbildungen um 12,1 % (Deutschland: -11,4 %) zurück.
- Die Studienanfängerquote war 2021 in Niedersachsen mit 34,0 % bundesweit am niedrigsten (Deutschland: 55,5 %).
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen sank im zweiten Corona-Jahr 2021 um 5,3 % (Deutschland: -0,1 %). Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums stieg dagegen um 5,0 % (Deutschland: +8,6 %).

Schulische und berufliche Qualifikation

Wissenschaft und Kultur

Hohes Aufkommen an Haushaltsabfällen – Anteil reiner Elektro-Pkw noch gering

- Das Aufkommen an Haushaltsabfällen im zweiten Corona-Jahr 2021 war in Niedersachsen mit 533 kg pro Kopf ähnlich hoch wie 2020 (Deutschland: 484 kg pro Kopf).
- Erneuerbare Energien deckten 2020 über die Hälfte (54,3 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte (Deutschland: 44,2 %, +4,1 Prozentpunkte).
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2022 in Niedersachsen 2,2 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (2,1 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2018 bis 2021 bei 6,3 ha pro Tag und bundesweit bei rund 55,0 ha pro Tag.

Umwelt und Energie

Mehr Personen in SGB II-Haushalten – mehr Verunglückte im Straßenverkehr

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2022 bei 17,1 % (Deutschland: 16,7 %).
- Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Niedersachsen stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 % (Deutschland: +7,4 %) hauptsächlich bedingt durch den Zuzug aus der Ukraine.
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr stieg in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12,4 % auf rund 40 100 (Deutschland: +11,7 %).

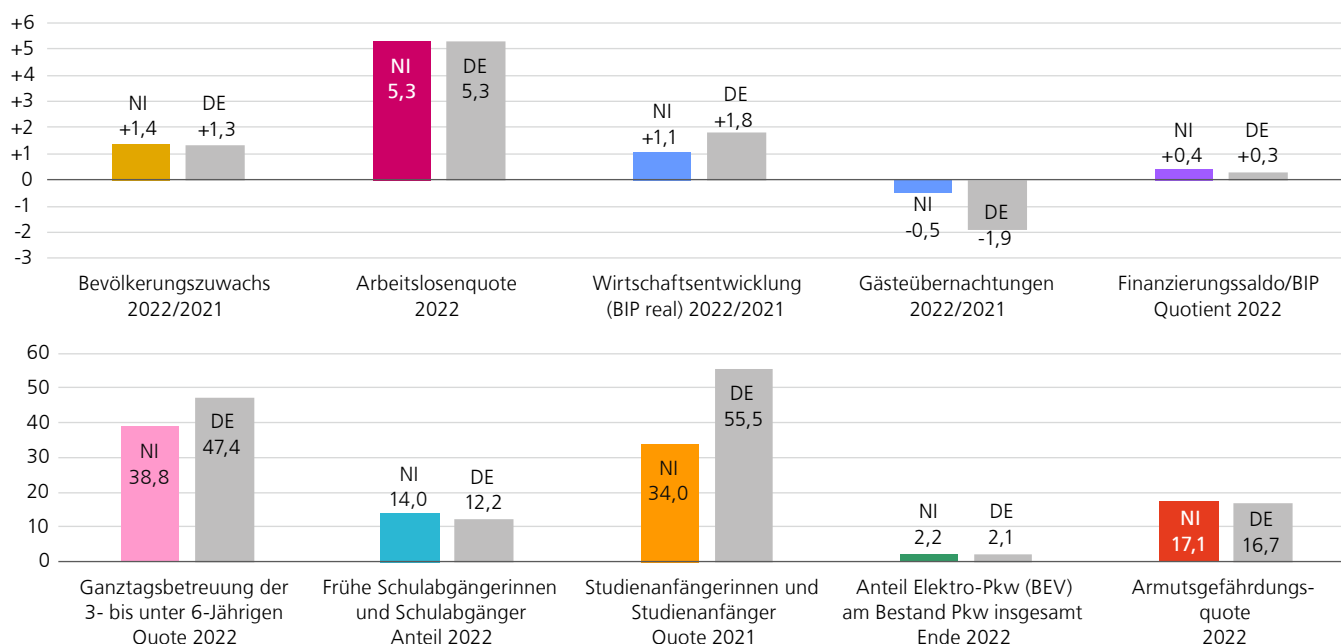
Soziales, Sicherheit

Gleichstellung der Geschlechter geht langsam voran

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen 2022 bei 60,3 % (Deutschland: 60,1 %) und damit 2,9 Prozentpunkte niedriger als 2017.
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2022 im Durchschnitt pro Stunde etwa 18 % weniger als Männer (Deutschland: ebenfalls 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 3 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2017 (21 %).

Gleichstellung von Frauen und Männern

■ Veränderungen, Quoten und Anteile in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrig. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2022	Anzahl	8 140 242	↗	4 ●●●●	18 139 116	684 864	84 358 845
Anteil der Ausländer/-innen	2022	%	11,8	↗	10 ●●●●●●●●	22,2	6,5	14,6
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2022	%	22,5	→	9 ●●●●●●●●	27,6	17,9	22,1
T2 Lebendgeborene	2022	Anzahl	71 289	↘	4 ●●●●	164 496	6 720	738 819
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	8,8	↘	9 ●●●●●●●●	10,1	6,6	8,8
Geburtenüberschuss/-defizit je 1 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	-4,6	↘	9 ●●●●●●●●	-0,4	-10,4	-3,9
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2022	Anzahl	+152 245	↗	4 ●●●●	+283 366	+10 508	+1 462 089
Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	+18,7	↗	5 ●●●●●	+22,5	+15,3	+17,3
T4 Eingebürgerte	2022	Anzahl	13 435	↗	5 ●●●●●	40 825	1 195	168 545
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2022	%	13,4	↘	10 ●●●●●●●●	28,1	6,3	18,9
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2022	%	4,0	↗	7 ●●●●●●	8,5	2,3	3,1
Familie und Beruf								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2022	%	33,8	↗	9 ●●●●●●●●	58,6	29,9	35,5
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2022	%	14,1	↗	14 ●●●●●●●●●●	52,3	10,5	19,3
Personalschlüssel	2022	Anzahl	3,5	↗	14 ●●●●●●●●●●	5,8	3,0	4,0
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2022	%	38,8	↗	14 ●●●●●●●●●●	91,6	24,2	47,4
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2022	%	76,7	↘	3 ●●●	79,6	61,4	75,0
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2022	%	82,3	↗	9 ●●●●●●●●	84,6	76,1	82,3
T10 Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	50,2	↗	4 ●●●●	60,0	23,1	46,5
T11 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	17,6	↘	4 ●●●●	19,3	14,6	16,3
T12 Haushalte mit Internetzugang	2022	%	91,0	[x]	8 ●●●●●●●●	94,0	86,6	91,4
Erwerbstätigkeit								
T13 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2022	%	7,8	→	11 ●●●●●●●●●●	11,8	6,4	8,5
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2022	%	21,1	↗	10 ●●●●●●●●●●	44,4	15,5	24,4
T14 Erwerbstätigenquote der Frauen	2022	%	73,4	↗	8 ●●●●●●●●	76,2	66,9	73,1
Erwerbstätigenquote der Männer	2022	%	80,4	↗	6 ●●●●●●●●	84,0	73,0	80,6
T15 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2022	Anzahl	3 109 957	↗	4 ●●●●	7 232 841	342 243	34 445 087
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2022	%	46,1	↗	11 ●●●●●●●●●●	50,4	44,3	46,4
T16 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	2022	Anzahl	442 665	↗	4 ●●●●	1 024 028	38 184	4 163 860
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2022	%	60,3	↘	6 ●●●●●●	63,3	51,1	60,1
T17 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschnitt)	2022	%	5,3	↘	10 ●●●●●●●●●●	10,2	3,1	5,3
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	2022	%	6,8	↘	11 ●●●●●●●●●●	13,3	4,1	6,9
T18 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2022	%	4,9	↘	11 ●●●●●●●●●●	9,8	2,7	4,8
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2022	%	4,1	→	10 ●●●●●●●●●●	7,6	2,3	3,9
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T19 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2022/21	%	+1,1	↘	13 ●●●●●●●●●●●●	+5,1	-0,2	+1,8
T20 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2022	in 1 000	4 167,8	↗	4 ●●●●	9 725,4	441,2	45 572,0
T21 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022	%	2,7	↗	3 ●●●	3,9	0,0	1,2
T22 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2022	%	31,9	↘	6 ●●●●●●●●	38,3	12,6	29,5
T23 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2022	%	65,4	↘	12 ●●●●●●●●●●	87,4	60,9	69,3
T24 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen	2022	Anzahl	44,6	↗	10 ●●●●●●●●●●	76,1	35,2	48,3
T25 Lieferungen und Leistungen – KMU-Anteil	2021	%	35,8	↘	8 ●●●●●●●●	73,7	18,2	32,7
T28 Gästeübernachtungen je Einwohner/-in	2022	Anzahl	5,3	↗	6 ●●●●●●	19,5	2,6	5,4
T29 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2021	€	23 375	↗	8 ●●●●●●●●	26 764	21 741	24 415
T30 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2022	%	18	↘	5 ●●●●●●	23	6	18
T31 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätiger Person	2021	€	10 392	↘	7 ●●●●●●●●	19 299	7 812	9 929
T32 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	34	↘	3 ●●●	120	6	44
T33 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2022	%	8,1	↘	4 ●●●●	21,8	0,8	100
T34 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2022	%	11,6	↗	4 ●●●●	21,4	0,7	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T35 Einnahmen je Einwohner/-in	2022	€	7 939	↗	14 ●●●●●●●●●●●●	14 162	4 776	8 584
Steuereinnahmequote	2022	%	69,1	↗	5 ●●●●	110,9	57,4	67,8
T36 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2022	€	5 487	↗	10 ●●●●●●●●	8 517	5 048	5 816
T37 Ausgaben je Einwohner/-in	2022	€	7 759	↗	13 ●●●●●●●●●●	12 399	7 334	8 425
T38 Personalausgaben je Einwohner/-in	2022	€	3 069	↗	9 ●●●●●●●●	4 107	2 625	3 138
Personalausgabenquote	2022	%	39,6	↘	4 ●●●●	42,4	31,1	37,2
T39 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2022	€	132	↗	12 ●●●●●●●●●●	877	19	134
T40 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2022	€	+180	↗	10 ●●●●●●●●	+1 762	-3 189	+156
T41 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2022	€	9 611	↘	9 ●●●●●●●●	33 264	2 010	8 892
T42 Finanzkraftausgleich (FKA) u. BEZ der Länder je Einw.	2022	€	320	↘	9 ●●●●●●●●	1 994	-740	128

Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland	
			Wert	Verändrig. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert	
Schulische und berufliche Qualifikation									
T43	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2021	Anzahl	4 590	↘	4 ■■■■	10 126	549	47 191
	Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2021	%	6,0	↗	11 ■■■■■■■■	10,3	5,2	6,2
T44	Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre)	2022	%	14,0	↗	[x] [x]	[x]	[x]	12,2
T45	Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2021	Anzahl	29 985	↗	4 ■■■■	81 535	2 775	313 416
	Abiturientenquote	2021	%	36,2	↗	12 ■■■■■■■■	57,6	31,4	39,8
	Studienberechtigtenquote	2021	%	49,1	↗	7 ■■■■■■	62,6	37,3	49,3
T47	Duale Berufsausbildg. – bestandene Abschlussprüfungen	2022	Anzahl	38 820	↘	4 ■■■■	84 882	4 014	377 088
T48	Berufliche Fortbildg. – bestandene Abschlussprüfungen	2022	Anzahl	7 611	↗	4 ■■■■	20 805	681	83 511
Wissenschaft und Kultur									
T49	Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2021	Anzahl	29 450	↘	6 ■■■■■■	104 114	5 372	471 964
	Anteil Studienanfängerinnen	2021	%	52,1	↘	7 ■■■■■■	63,0	49,0	52,4
	Studienanfängerquote (an Geb.jahrgängen; Studienort)	2021	%	34,0	↘	16 ■■■■■■■■■■	159,8	34,0	55,5
T50	Studierende im Wintersemester	2021	Anzahl	197 246	↘	6 ■■■■■■	764 565	31 835	2 941 915
	Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2021	%	50,1	↗	9 ■■■■■■■■	59,5	48,4	50,2
	Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2021	%	10,6	↗	11 ■■■■■■■■	19,4	6,7	11,9
T51	Absolventen (Erststudium)	2021	Anzahl	24 640	↗	5 ■■■■■■	70 479	4 005	314 563
	Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2021	%	55,6	↘	8 ■■■■■■■■	57,4	51,6	54,5
T52	Bestandene Promotionen	2021	Anzahl	2 305	↗	4 ■■■■	5 501	158	28 153
	Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2021	%	45,8	↗	9 ■■■■■■■■	54,1	40,8	45,9
T53	Professuren an Hochschulen	2021	Anzahl	3 781	↘	6 ■■■■■■	10 526	514	50 260
	Professuren – Frauenanteil	2021	%	29,1	↗	4 ■■■■	34,7	23,2	27,2
T54	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden	2019	€	17 200	↗	3 ■■■	19 100	12 700	14 700
T55	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2021	€	1 073	↘	8 ■■■■■■	2 734	498	1 362
T56	Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2020	€	114	↗	13 ■■■■■■■■	268	95	206
Umwelt und Energie³⁾									
T57	Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgt. Einw.	2019	Liter/Tag	138	(((↗)))	2 ■■	140	94	128
T58	Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2021	kg	533	↗	2 ■■	607	383	484
	HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2021	kg	167	↘	3 ■■■	186	105	150
T59	Primärenergieverbrauch (PEV)	2020	Mio. kWh	354 072	↘	4 ■■■■	938 803	34 367	3 304 167
	Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2020	%	23,3	↗	4 ■■■■	30,1	5,9	16,6
T60	Stromerzeugung	2020	Mio. kWh	92 890	↗	2 ■■	127 385	4 653	567 100
	Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2020	%	54,3	↗	5 ■■■■■■	63,2	5,5	44,2
T61	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2020	t	7,2	↘	6 ■■■■■■	17,4	3,6	7,2
T62	Elektro-Pkw (PEV) – Anteil an Pkw-Neuzulassungen	2022	%	18,0	↗	6 ■■■■■■	24,2	10,8	17,7
T63	Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2022	%	27	↗	10 ■■■■■■■■	50	20	35
T64	Siedlungs- und Verkehrsfläche	2021	km ²	6 779	↗	3 ■■■	8 632	238	50 406
	Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2018-21	ha/Tag	6,3	↘	3 ■■■	10,7	-0,1	55,0
T65	Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2020	1 000 ha	145,6	(((↗)))	5 ■■■■	376,4	0,3	1 637,5
	Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche	2020	%	5,7	(((↗)))	16 ■■■■■■■■	22,8	5,7	9,9
Soziales, Sicherheit									
T66	Armutsgefährdungsquote	2022	%	17,1	→	8 ■■■■■■	20,4	12,5	16,7
	Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2022	%	42,9	↗	6 ■■■■■■	49,5	33,4	42,9
	Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2022	%	48,5	→	11 ■■■■■■■■	64,5	39,0	49,2
T67	SGB II-BG – Personen je 100 Einw. bis Regelaltersgrenze	2022	Anzahl	8,8	↗	8 ■■■■■■	18,2	4,3	8,5
	SGB II-BG – Anteil Minderjähriger an Bevölkerung	2022	%	14,6	↗	7 ■■■■■■	31,3	7,2	14,0
T68	Mindestsicherungsquote	2021	%	8,2	↘	10 ■■■■■■■■	17,1	4,3	8,0
T69	Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	11,8	↘	2 ■■	14,7	4,2	7,9
T70	Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2021	%	6,8	(((↗)))	7 ■■■■■■	7,9	4,4	6,0
T71	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche	2022	Anzahl	40	↗	12 ■■■■■■■■	96	22	47
T72	Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	2022	Anzahl	125	↗	13 ■■■■■■■■	261	99	140
T73	Traftaten je 100 000 Einwohner/-innen	2022	Anzahl	6 528	↗	11 ■■■■■■■■	14 135	4 698	6 762
	Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einw.	2022	Anzahl	81	↗	8 ■■■■■■	220	22	79
T74	Straßenverkehr – Verunglückte je 100 000 Einw.	2022	Anzahl	493	↗	3 ■■■	497	338	431

1) Wert-Veränderung: → gleicher Wert, ↗ Anstieg (nicht bewertet), ↘ Rückgang (nicht bewertet), ↗/↘ positiv bewertet, ↘/↗ negativ bewertet, (↘) eingeschränkt vergleichbar, ((↘)) 2-jähriger Vergleich, (((↘))) 3-jähriger Vergleich, ((((↘)))) 4-jähriger Vergleich.
 2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: 1 ■ = höchster Wert, 16 ■■■■■■■■■■ = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die Positionierung berücksichtigt bei Dezimalzahlen alle Nachkommastellen.
 3) Bei den Indikatoren zu T12 sowie T59, T60, T61, T63 sind die Position sowie der höchste und niedrigste Wert unter den verfügbaren Länderwerten ausgewiesen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2023

Die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 2023 wurde gedämpft durch die immer noch hohe Inflation sowie eine schwache Auslandsnachfrage. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verlief die Veränderung für Niedersachsen jedoch deutlich besser als im Bundesdurchschnitt. Der Arbeitsmarkt hielt sich trotz Konjunkturschwäche vergleichsweise gut, aber die Arbeitslosigkeit stieg – auch aufgrund der Registrierung ukrainischer Geflüchteter.

- Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** Niedersachsens stieg im 1. Halbjahr 2023 gegenüber dem 1. Hj. 2022 real um 0,9 % (Deutschland: -0,3 %). Nur 6 der 16 Länder verzeichneten ein reales Wirtschaftswachstum. Stärker als in Niedersachsen war der reale BIP-Anstieg nur in Brandenburg (+6,0 %) und Hamburg (+1,7 %).
- Die **Arbeitslosenquote** lag im Juni 2023 in Niedersachsen bei 5,6 % und damit 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: 5,5 %; +0,3 Prozentpunkte).
- Die **Unterbeschäftigungsquote** (ohne Kurzarbeit) erhöhte sich in Niedersachsen im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat auf 7,2 % und in Deutschland auf 7,3 %, ein Anstieg um jeweils 0,6 Prozentpunkte.

Die **Erwerbstätigenzahlen** im 1. Quartal 2023 entwickelten sich positiv. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten Erwerbstätigen in Niedersachsen stieg um 0,8 % auf rund 4,16 Mio. Personen (Deutschland: +1,0 %).

Die **„bekämpfte Armut“**, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze, lag im Mai 2023 in Niedersachsen bei 8,9 % (Deutschland: 8,7 %). Damit stieg die SGB II-Quote in Niedersachsen und Deutschland gegenüber dem Mai des Vorjahres um 0,9 bzw. 0,8 Prozentpunkte.

Aktuelle Entwicklungen 2023

Land	Veränderung des BIP (real) – vorläufige Ergebnisse ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote ³⁾	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) ⁴⁾	SGB II-Quote ⁵⁾	Veränderung der SGB II-Quote
	1. Hj 2023/ 1. Hj 2022	1. Vj 2023	1. Vj 2023/ 1. Vj 2022	Juni 2023	Juni 2023/ Juni 2022	Juni 2023	Mai 2023	Mai 2023/ Mai 2022
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte
Baden-Württemberg	-0,2	6 410	+1,1	3,8	+0,3	5,1	5,6	+1,0
Bayern	+0,5	7 813	+1,2	3,2	+0,1	4,4	4,4	+0,8
Berlin	-0,1	2 177	+2,2	8,9	+0,2	11,5	15,3	-0,1
Brandenburg	+6,0	1 140	+0,6	5,8	+0,4	7,4	8,0	+0,6
Bremen	+0,8	445	+1,7	10,6	+0,7	13,9	18,4	+0,8
Hamburg	+1,7	1 335	+2,3	7,3	+0,6	9,7	12,5	+1,0
Hessen	+0,4	3 567	+1,2	5,1	+0,5	6,7	8,5	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	-0,2	751	-0,1	7,4	+0,3	9,5	9,7	+0,8
Niedersachsen	+0,9	4 163	+0,8	5,6	+0,5	7,2	8,9	+0,9
Nordrhein-Westfalen	-1,3	9 738	+0,8	7,2	+0,5	9,3	11,4	+0,8
Rheinland-Pfalz	-5,4	2 042	+0,6	4,8	+0,3	6,3	7,2	+0,8
Saarland	-0,4	524	+0,2	6,7	+0,7	9,1	11,2	+1,0
Sachsen	-0,7	2 065	+0,5	6,0	+0,5	7,8	8,5	+1,0
Sachsen-Anhalt	-3,2	987	-0,1	7,3	+0,4	10,1	11,4	+0,9
Schleswig-Holstein	[n]	1 452	+0,7	5,3	+0,3	7,1	9,0	+0,7
Thüringen	-0,6	1 020	+0,2	5,7	+0,6	7,5	8,0	+1,1
Deutschland	-0,3	45 629	+1,0	5,5	+0,3	7,3	8,7	+0,8

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2023 – vorläufige Ergebnisse.

2) Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2023.

3) Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten – Zeitreihe.

4) Vorläufig; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Juli 2023.

5) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (mit und ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter Regelaltersgrenze am 31.12.2022; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Eckwerte der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monatszahlen ab 2007), Nürnberg, August 2023.

Bevölkerung

Wichtige Ergebnisse

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2022 bei 8,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von gut 113 200 Personen bzw. rund 1,4 % (Deutschland: +1,1 Mio. Personen, +1,3 %).
- Die Zahl der Geburten sank 2022 in Niedersachsen im Vergleich zu 2021 deutlich um 5 152 Kinder auf knapp 71 300 Geborene (-6,7 %; Deutschland: -7,1 %). Erstmals seit 10 Jahren gab es in allen Ländern weniger Geburten als Sterbefälle.
- Insgesamt gab es von 2012 bis 2022 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

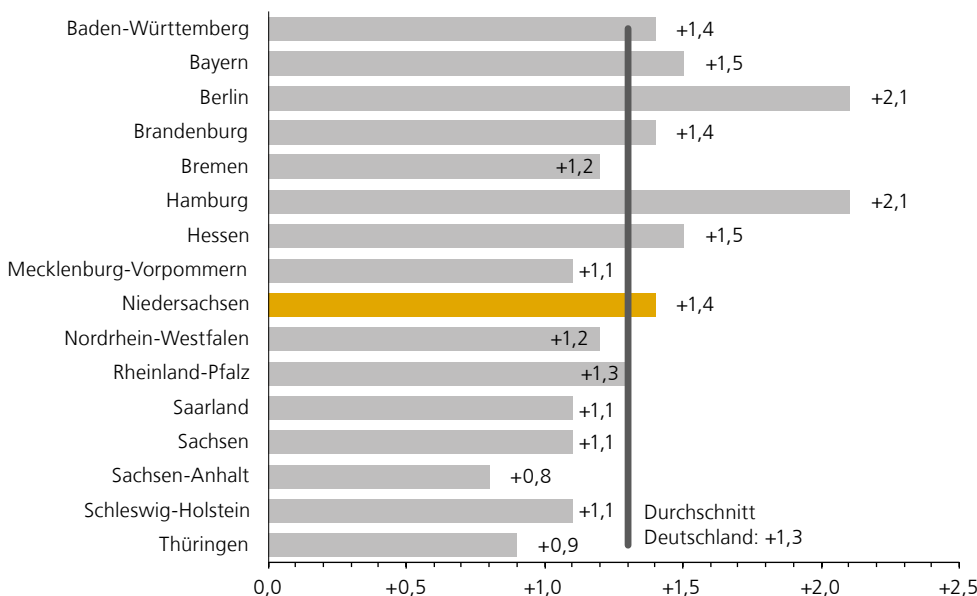
Der im Februar 2022 begonnene Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine hat Auswirkungen auf zahlreiche Entwicklungen der Bevölkerungsstatistik in Deutschland. Durch die hohe Zahl der Schutzsuchenden aus der Ukraine war 2022 nicht nur der Anstieg der Bevölkerungszahl oder des Wanderungssaldos mit dem Ausland besonders hoch, aufgrund der Altersstruktur der Schutzsuchenden ist zum Beispiel auch der Jugendanteil gestiegen und der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter konstant geblieben.

Anstieg der Bevölkerung deutlich höher als im Vorjahr

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2022 bei 8,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich 2022 zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von gut 113 200 Personen bzw. rund 1,4 %. Der Anstieg fiel damit deutlich größer aus als im Vorjahr (2021/2020 rund +23 600 Personen). In Deutschland lebten Ende 2022 insgesamt über 84,3 Mio. Menschen; die Einwohnerzahl Deutschlands stieg somit um 1,1 Mio. Personen bzw. um 1,3 %.

Bevölkerungszahl T1

Veränderung der Bevölkerung 2022 gegenüber 2021 (jeweils 31.12.) – Prozent –



Die Bevölkerungsentwicklung war 2022 in Niedersachsen damit im elften Jahr in Folge steigend. Im Vergleich 2022 gegenüber 2017 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um knapp 177 500 Personen bzw. 2,2 %. In Deutschland waren es 1,57 Mio. Personen mehr (+1,9 %).

Durchschnittlich wohnten 2022 in Niedersachsen 171 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: 236 Personen). Im Ländervergleich hatten nur 4 Länder eine geringere Bevölkerungsdichte: Mecklenburg-Vorpommern (70), Brandenburg (87), Sachsen-Anhalt (107) und Thüringen (131).

Anteil Ältere

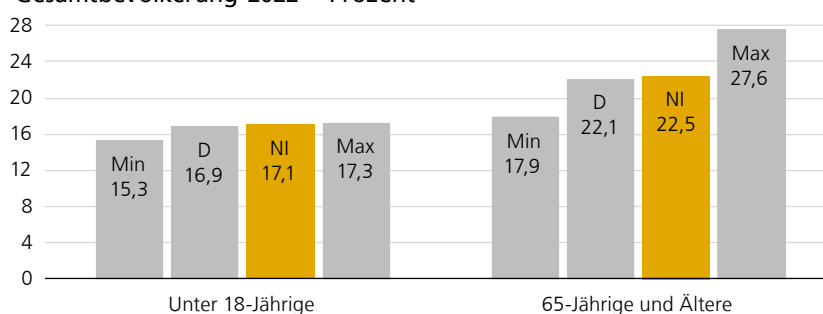
T1a

Jugendanteil gestiegen und Anteil älterer Menschen konstant

Im Vergleich 2022 zum Vorjahr ist der Anteil der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung in Niedersachsen um 0,3 Prozentpunkte auf 17,1 % gestiegen (Deutschland: +0,2 Prozentpunkte auf 16,9 %). Den höchsten Anteil wies Baden-Württemberg (17,3 %) auf. Besonders gering war der Anteil der unter 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt (15,3 %).

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter ist in Niedersachsen und Deutschland im Jahr 2022 konstant geblieben und lag in Niedersachsen weiterhin bei 22,5 % (Deutschland: 22,1 %). In den ostdeutschen Flächenländern gehörte mehr als ein Viertel der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe. Den höchsten Anteil an dieser Altersgruppe wies Sachsen-Anhalt (27,6 %) auf. Nur in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin waren es weniger als ein Fünftel (17,9 % bzw. 18,9 %).

■ Anteil der unter 18-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2022 – Prozent –



Durchschnittsalter

T1a

Das Durchschnittsalter ist 2021 in Niedersachsen mit 44,8 Jahren wie in der Mehrzahl der anderen Länder konstant geblieben (Deutschland: +0,1 auf 44,7 Jahre). Ende 2021 waren im Ländervergleich die ostdeutschen Flächenländer gemessen am Durchschnittsalter auch weiterhin die „ältesten“ (46,9 bis 48,1 Jahre) und die Stadtstaaten Hamburg (42,1 Jahre) und Berlin (42,6 Jahre) die „jüngsten“.

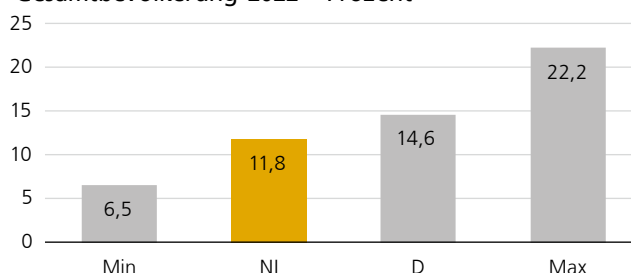
Anteil Ausländerinnen/ Ausländer

T1

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen deutlich gestiegen

In Niedersachsen lebten Ende 2022 laut Bevölkerungsfortschreibung knapp 960 000 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Niedersachsen ist gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 11,8 % gestiegen (Deutschland: +1,5 Prozentpunkte auf 14,6 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung nahm 2022 vor allem aufgrund der Folgen des russischen Angriffskrieges

■ Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung 2022 – Prozent –



auf die Ukraine in allen Ländern deutlich zu. Am stärksten war der Anstieg gegenüber 2021 in den Stadtstaaten Berlin (+2,0 Prozentpunkte) und Hamburg (+1,9 Prozentpunkte), am geringsten in Schleswig-Holstein (+1,2 Prozentpunkte). Die Stadtstaaten Berlin (22,2 %), Bremen (22,2 %) und Hamburg (19,2 %) wiesen 2022 die höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile aus, die ostdeutschen Flächenländer die niedrigsten (6,5 % bis 7,6 %).

Da die Ukraine kein EU-Staat ist, reduziert die hohe Zahl der aufgenommenen Schutzsuchenden aus der Ukraine den Anteil der EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer gemäß Ausländerzentralregister. Eine Staatsangehörigkeit aus einem anderen EU-Staat wiesen 2022 in Niedersachsen 35,6 % (-5,2 Prozentpunkte) aller Ausländerinnen und Ausländer auf (Deutschland: 37,8 %, -4,4 Prozentpunkte). In Bayern (45,2 %) und Baden-Württemberg (44,0 %) verfügten 2022 die meisten der ausländischen Personen über eine EU-Staatsangehörigkeit; hingegen traf dies in den Stadtstaaten Bremen (25,4 %) und Hamburg (25,9 %) sowie in Sachsen-Anhalt (25,9 %) nur auf etwa ein Viertel der Ausländerinnen und Ausländer zu.

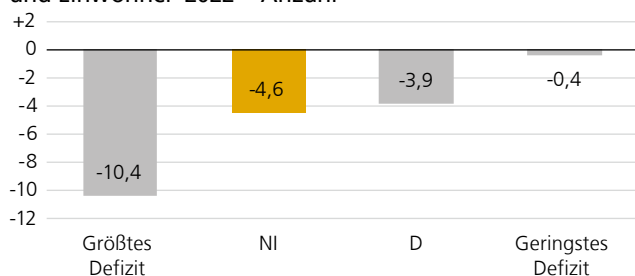
EU-Staatsangehörigkeit
T1

Erstmalig seit 10 Jahren in allen Ländern weniger Geburten als Sterbefälle

Die Zahl der Lebendgeborenen sank 2022 in Niedersachsen im Vergleich zu 2021 deutlich um 5 152 Kinder auf knapp 71 300 Geborene (-6,7 %; Deutschland: -7,1 %). Im mittelfristigen Vergleich zu 2017 sank die Zahl in Niedersachsen (-2,4 %) jedoch deutlich schwächer als im bundesweiten Durchschnitt (-5,9 %).

Geburten
T2

■ **Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 – Anzahl –**



Aufgrund des Geburtenrückgangs ist 2022 im Vergleich zu den Vorjahren auch der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung weitergewachsen: In Niedersachsen wurden rund 37 000 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen war 2022 mit einem Minus von 4,6 Personen deutlich höher als im Vorjahr (-2,9) und lag über dem Bundesdurchschnitt (2022: -3,9 Personen). Am größten war das Geburtendefizit je 1 000 Personen in Sachsen-Anhalt (-10,4). Erstmalig seit 10 Jahren gab es in keinem Land einen Geburtenüberschuss, da sich auch in Berlin (-1,0) und Hamburg (-0,4) ein Geburtendefizit ergab.

Geburtenüberschuss/-defizit
T2

Übersterblichkeit 2022 stärker gestiegen als 2021 – aber nicht nur coronabedingt

Die Zahl der Sterbefälle in Niedersachsen ist im Jahr 2022 nach vorläufigen Daten (Stand August 2023) im Vergleich zum Referenzzeitraum 2017 bis 2021 (Median) um 12,4 % gestiegen (Deutschland: +11,7 %). Dieser Anstieg ist nicht zwingend ausschließlich auf eine coronabedingte Übersterblichkeit zurückzuführen. Aufgrund des bisherigen Trends zu einer steigenden Lebenserwartung (siehe nächste Seite) und den bisher absehbaren Verschiebungen in der Altersstruktur war ein Anstieg der Sterbefälle zu erwarten.

Übersterblichkeit
ohne Tabelle

Das Sterbegeschehen hatte sich in Niedersachsen nach den außergewöhnlich hohen Sterbefallzahlen zum Ende des Jahres 2021 zu Beginn des Jahres 2022 annähernd normalisiert. Erst in den Monaten März und April 2022 lagen die Werte deutlich über denen des Referenzzeitraumes. Eine Erklärung hierfür können die in dieser Zeit immer noch in größerer Zahl aufgetretenen COVID-19-Todesfälle gewesen sein. In den Sommermonaten Juli und August 2022 lagen die Sterbefallzahlen noch deutlicher über den mittleren

Werten der Vorjahre, was mit den starken Hitzeperioden in Verbindung stehen kann. Im Dezember 2022 waren die Sterbefallzahlen besonders hoch. Neben einer hohen Zahl an COVID-19-Todesfällen war die schwere Grippewelle zum Ende des Jahres 2022 ein weiterer Faktor für die hohe Sterbefallzahl in Niedersachsen.

Im Jahr 2021 war die Zahl der Todesfälle in Niedersachsen im Vergleich zum Referenzzeitraum 2017 bis 2020 (Median) um 5,0 % gestiegen. In den Monaten Januar, November und Dezember 2021 waren die Sterbefallzahlen besonders hoch. Im Januar deckten sich die über dem Mittelwert der Vorjahre liegenden zusätzlichen Sterbefälle nahezu komplett mit den gemeldeten COVID-19-Todesfällen. Die im Herbst und zum Ende des Jahres 2021 gemeldeten COVID-19-Fälle erklärten die erhöhten Sterbefallzahlen hingegen nur zum Teil. Mehrere Ursachen sind als Erklärung für den zusätzlichen Anstieg im Jahr 2021 denkbar: Unerkannte COVID-19-Todesfälle (Dunkelziffer), eine zeitliche Verschiebung von Sterbefällen innerhalb eines Jahres infolge der zum Jahresbeginn ausgefallenen Grippewelle („mortality displacement“) sowie Folgen verschobener Operationen und Vorsorgeuntersuchungen (siehe Informationen).

Lebenserwartung

T1a

Lebenserwartung Neugeborener in allen Ländern etwas gesunken

Die (Perioden-)Sterbetafeln zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100 000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2020/2022 betrug die Lebenserwartung für Neugeborene in Niedersachsen bei den Mädchen 82,9 Jahre und bei den Jungen 78,1 Jahre; damit sank die Lebenserwartung um 0,3 bzw. 0,2 Jahre gegenüber der Sterbetafel 2019/2021. Die Lebenserwartung Neugeborener ist in allen Ländern etwas gesunken, im bundesweiten Durchschnitt bei Frauen und Männern jeweils um 0,2 Jahre auf 83,2 bzw. 78,3 Jahre. Die höchste Lebenserwartung bei Geburt wurde wie schon im Vorjahr für Baden-Württemberg berechnet: für Frauen 84,1 Jahre und für Männer 79,7 Jahre. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Frauen im Saarland mit 82,1 Jahre und für Männer in Sachsen-Anhalt mit 75,8 Jahre.

Geburtenziffer

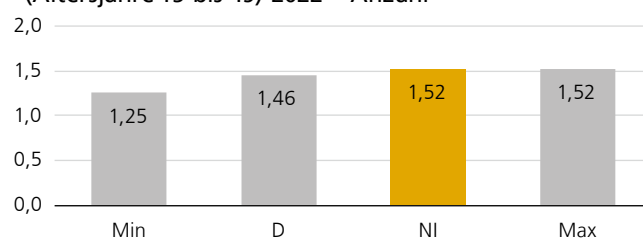
T2

Im Ländervergleich höchste Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer)

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

Die Geburtenziffer ist 2022 in allen Ländern gegenüber dem Vorjahr gesunken, im Bundesdurchschnitt um 0,12 auf 1,46 Kinder je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren. In Niedersachsen war 2022 die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1,52 Kindern je Frau (-0,14) zusammen mit Rheinland-Pfalz im Ländervergleich am höchsten, gefolgt von Bremen (1,51). Besonders niedrige Geburtenziffern hatten dagegen Berlin (1,25) und Hamburg (1,32).

■ Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) für Frauen (Altersjahre 15 bis 49) 2022 – Anzahl –



Mehr Zuzüge als Fortzüge

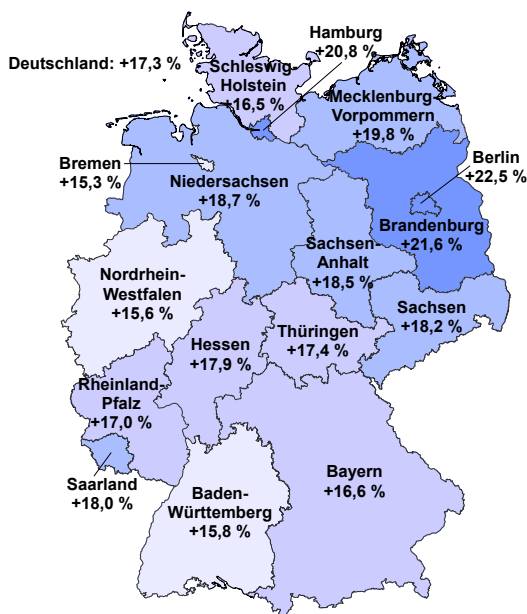
Wanderungssaldo

T3

Im Jahr 2022 sind insgesamt gut 152 200 Personen mehr nach Niedersachsen gezogen als aus Niedersachsen fortzogen. Der Saldo ist damit deutlich höher als im Vorjahr (gut 49 100 Personen). Der Anstieg resultierte insbesondere aus der deutlichen Erhöhung des Wanderungssaldos mit dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes), der rund 148 800 Personen (2021: +41 890) betrug, während sich der Wanderungssaldo mit den anderen Ländern innerhalb des Bundesgebietes mit +3 437 Personen (2021: +7 234) mehr als halbierte. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland war in allen Ländern positiv (Deutschland: rund +1 462 000 Personen). Wanderungsgewinne innerhalb des Bundesgebietes wiesen neben Niedersachsen 7 weitere Länder auf, darunter wie im Vorjahr insbesondere Brandenburg und Schleswig-Holstein mit einem Plus von rund 14 300 bzw. 9 200 Personen, im Gegensatz dazu verzeichneten Berlin und Baden-Württemberg (knapp -11 400 bzw. -10 100 Personen) die höchsten Wanderungsverluste.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag 2022 in allen Ländern über 15 Personen und ist in Niedersachsen mit einem Plus von 18,7 Personen um mehr als das Dreifache gestiegen (2021: +6,1) und liegt auch etwas höher im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt 2022 (+17,3). Im Ländervergleich war dieser Indikator nur in Berlin (+22,5), Brandenburg (+21,6), Hamburg (+20,8) und Mecklenburg-Vorpommern (+19,8) höher.

Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 – Anzahl –



Insgesamt gab es von 2012 bis 2022 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Zahl der Eingebürgerten wieder gestiegen

Einbürgerungen

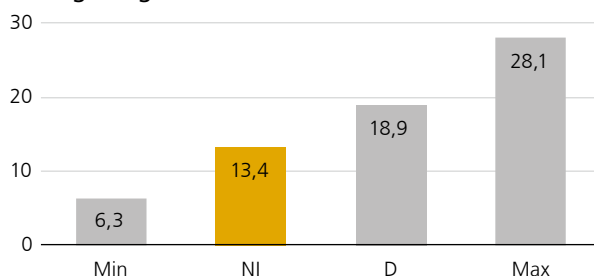
T4

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen stieg 2022 gegenüber 2021 um 28,9 % auf rund 13 500 Personen. Bundesweit erfolgten rund 168 500 Einbürgerungen und damit 28,1 % mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2022 wurden jeweils über 10 000 Personen pro Jahr in Niedersachsen zu Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland.

Weniger als ein Fünftel der Personen, die 2022 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (18,9 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten mit 13,4 % noch niedriger. Die Spanne reichte in den Ländern von 6,3 % in Bremen bis 28,1 % in Hessen.

■ Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2022 – Prozent –



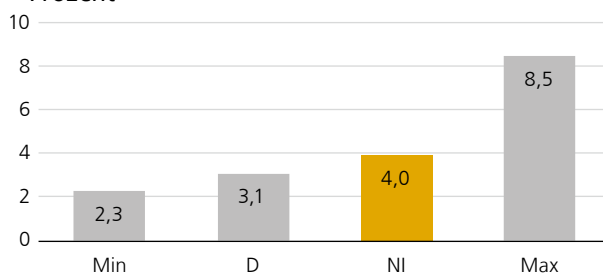
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential

T4

Der Indikator „ausgeschöpftes Einbürgerungspotential“ (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2022 bei 4,0 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 3,1 %. Die höchsten Quoten erreichten Mecklenburg-Vorpommern (8,5 %) und Thüringen (6,0 %). Dagegen wurden in Berlin und in Baden-Württemberg (jeweils 2,3 %) ein deutlich geringerer Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert.

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2022 – Prozent –



In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen waren die Quoten am höchsten und lagen im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2022 bei 4,2 % bzw. 4,1 %. Besonders niedrige durchschnittliche Quoten verzeichneten Berlin (1,9 %), Baden-Württemberg und das Saarland (jeweils 2,0 %). In Niedersachsen betrug der Durchschnitt 3,1 % und lag damit höher als der bundesweite Durchschnitt (2,4 %).

Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 124 Bevölkerungsstand, -vorausberechnung
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > [12612 Statistik der Geburten](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 127 Wanderungen > [12711 Wanderungsstatistik](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bevölkerung > Sterbefälle und Lebenserwartung > Aktuell – [Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen der Jahre 2020 bis 2023](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bevölkerung > Sterbefälle und Lebenserwartung > Aktuell > Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen der Jahre 2020 bis 2023 > [Übersicht zur Entwicklung der Sterbefallzahlen für alle Bundesländer](#)
- LSN: Themen > Gesundheit > Todesursachen in Niedersachsen > [Statistische Berichte](#)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 124 Bevölkerungsstand, -vorausberechnung/126 Natürliche Bevölkerungsbewegung/127 Wanderungsstatistik)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Bevölkerung

Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 12521 Ausländerstatistik (Ausländerzentralregister)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 125 Einbürgerungen, Ausländer > 12521 Ausländerstatistik (Ausländerzentralregister)

Einbürgerungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 125 Einbürgerungen, Ausländer > [12511 Einbürgerungsstatistik](#)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Themen > Integration > Zugewanderte und Kursteilnehmende > [Einbürgerung in Deutschland](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Integration > Migration und Integration > [Monitoring](#)
- LSN: Datenangebote > Monitorings und Analysen > [Analysen, Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 125 Einbürgerungen, Ausländer > 12511 Einbürgerungsstatistik

Autor: Ole Becker

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/-innen	Anteil EU-Ausländer/-innen AZR an Ausländer/-innen AZR ¹⁾	Einwohner/-innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2017	2021	2022					2022/2017	2022/2021
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	11 023 425	11 124 642	11 280 257	13,4	17,8	44,0	316	+2,3	+1,4
Bayern	12 997 204	13 176 989	13 369 393	15,8	15,5	45,2	190	+2,9	+1,5
Berlin	3 613 495	3 677 472	3 755 251	4,5	22,2	32,2	4 214	+3,9	+2,1
Brandenburg	2 504 040	2 537 868	2 573 135	3,1	7,0	29,4	87	+2,8	+1,4
Bremen	681 032	676 463	684 864	0,8	21,0	25,4	1 631	+0,6	+1,2
Hamburg	1 830 584	1 853 935	1 892 122	2,2	19,2	25,9	2 506	+3,4	+2,1
Hessen	6 243 262	6 295 017	6 391 360	7,6	18,7	39,6	303	+2,4	+1,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 611 119	1 611 160	1 628 378	1,9	6,5	31,9	70	+1,1	+1,1
Niedersachsen	7 962 775	8 027 031	8 140 242	9,6	11,8	35,6	171	+2,2	+1,4
Nordrhein-Westfalen	17 912 134	17 924 591	18 139 116	21,5	15,6	34,5	532	+1,3	+1,2
Rheinland-Pfalz	4 073 679	4 106 485	4 159 150	4,9	13,6	42,2	209	+2,1	+1,3
Saarland	994 187	982 348	992 666	1,2	14,0	41,3	386	-0,2	+1,1
Sachsen	4 081 308	4 043 002	4 086 152	4,8	7,3	27,4	221	+0,1	+1,1
Sachsen-Anhalt	2 223 081	2 169 253	2 186 643	2,6	7,4	25,9	107	-1,6	+0,8
Schleswig-Holstein	2 889 821	2 922 005	2 953 270	3,5	10,2	32,4	187	+2,2	+1,1
Thüringen	2 151 205	2 108 863	2 126 846	2,5	7,6	31,1	131	-1,1	+0,9
Deutschland	82 792 351	83 237 124	84 358 845	100	14,6	37,8	236	+1,9	+1,3

1) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2022 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit 8,6 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.

2) Bodenfläche insgesamt am 31.12.2021.

Quelle (EU-Ausländerinnen und -Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2022

1a. Bevölkerungsstand – Alter 31.12.

Land	Anteil der unter 18-Jährigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen 15 bis unter 50 Jahre ¹⁾	Jugendquotient ²⁾	Altenquotient ³⁾	Durchschnittsalter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen	Männer
								nach Sterbetafel 2020/2022	
2022							2021	Jahre	
%									
Baden-Württemberg	17,3	61,8	20,9	20,6	32,4	34,9	43,8	84,1	79,7
Bayern	16,9	62,2	20,9	20,7	31,2	34,7	44,1	83,6	79,1
Berlin	16,9	64,2	18,9	23,5	29,8	30,2	42,6	83,3	78,1
Brandenburg	16,3	58,1	25,5	17,6	31,9	45,2	47,3	83,2	77,2
Bremen	17,1	61,8	21,1	21,2	31,9	35,3	43,6	82,3	76,9
Hamburg	17,2	64,9	17,9	23,8	30,2	28,4	42,1	83,2	78,6
Hessen	17,2	61,7	21,1	20,7	32,1	35,4	44,1	83,3	78,9
Mecklenburg-Vorpommern	15,6	58,0	26,4	17,6	30,8	46,9	47,5	82,8	76,7
Niedersachsen	17,1	60,4	22,5	19,7	32,7	38,4	44,8	82,9	78,1
Nordrhein-Westfalen	17,2	61,3	21,5	20,4	32,4	36,3	44,3	82,7	78,1
Rheinland-Pfalz	16,8	60,6	22,6	19,6	31,8	38,4	45,0	83,0	78,5
Saarland	15,4	59,9	24,8	18,7	29,6	42,6	46,5	82,1	77,2
Sachsen	16,3	57,1	26,6	18,2	32,6	48,1	46,9	83,5	77,3
Sachsen-Anhalt	15,3	57,1	27,6	17,0	30,6	49,7	48,1	82,3	75,8
Schleswig-Holstein	16,5	60,1	23,5	19,4	31,7	40,3	45,6	82,9	78,4
Thüringen	15,6	57,4	27,1	17,3	31,1	48,6	47,6	82,7	76,9
Deutschland	16,9	61,0	22,1	20,1	31,8	37,4	44,7	83,2	78,3

1) An der weiblichen Bevölkerung.

2) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

3) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen 31.12.		Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner/ -innen 31.12.	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer (TFR) ²⁾ Frauen
	2017	2021	2022	2017	2022		2022/2017	2022/2021	
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg	107 375	113 534	104 549	9,7	9,3	-1,8	-2,6	-7,9	1,49
Bayern	126 187	134 321	124 897	9,7	9,3	-2,1	-1,0	-7,0	1,49
Berlin	40 160	39 168	35 729	11,1	9,5	-1,0	-11,0	-8,8	1,25
Brandenburg	20 337	19 029	17 439	8,1	6,8	-7,8	-14,2	-8,4	1,47
Bremen	7 000	6 971	6 720	10,3	9,8	-3,2	-4,0	-3,6	1,51
Hamburg	21 133	21 018	19 054	11,5	10,1	-0,4	-9,8	-9,3	1,32
Hessen	60 988	61 546	57 360	9,8	9,0	-2,8	-5,9	-6,8	1,46
Mecklenburg-Vorpommern	13 081	11 845	10 820	8,1	6,6	-8,9	-17,3	-8,7	1,39
Niedersachsen	73 020	76 441	71 289	9,2	8,8	-4,6	-2,4	-6,7	1,52
Nordrhein-Westfalen	171 979	175 386	164 496	9,6	9,1	-3,8	-4,4	-6,2	1,49
Rheinland-Pfalz	37 443	38 647	36 731	9,2	8,8	-4,1	-1,9	-5,0	1,52
Saarland	8 313	8 339	7 814	8,4	7,9	-7,7	-6,0	-6,3	1,41
Sachsen	36 833	32 548	29 331	9,0	7,2	-7,5	-20,4	-9,9	1,40
Sachsen-Anhalt	17 837	16 024	14 506	8,0	6,6	-10,4	-18,7	-9,5	1,45
Schleswig-Holstein	25 066	25 298	23 953	8,7	8,1	-5,7	-4,4	-5,3	1,45
Thüringen	18 132	15 377	14 131	8,4	6,6	-8,8	-22,1	-8,1	1,43
Deutschland	784 901	795 492	738 819	9,5	8,8	-3,9	-5,9	-7,1	1,46

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt ¹⁾ (Zuzüge minus Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen 31.12.			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				über die Grenzen des Bundes- gebietes	innerhalb des Bundes- gebietes					
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021		
Anzahl										
Baden-Württemberg	+72 113	+29 843	+178 232	+188 311	-10 079	+6,5	+2,7	+15,8	+106 119	+148 389
Bayern	+75 689	+52 772	+222 568	+217 255	+5 313	+5,8	+4,0	+16,6	+146 879	+169 796
Berlin	+33 533	+16 241	+84 584	+95 953	-11 369	+9,3	+4,4	+22,5	+51 051	+68 343
Brandenburg	+20 727	+25 349	+55 521	+41 228	+14 293	+8,3	+10,0	+21,6	+34 794	+30172
Bremen	+3 271	-2 059	+10 508	+14 533	-4 025	+4,8	-3,0	+15,3	+7 237	+12 567
Hamburg	+18 009	-70	+39 428	+44 091	-4 663	+9,8	-0,0	+20,8	+21 419	+39 498
Hessen	+34 108	+13 566	+114 179	+119 880	-5 701	+5,5	+2,2	+17,9	+80 071	+100 613
Mecklenburg-Vorpommern	+8 120	+13 055	+32 291	+26 889	+5 402	+5,0	+8,1	+19,8	+24 171	+19 236
Niedersachsen	+38 068	+49 124	+152 245	+148 808	+3 437	+4,8	+6,1	+18,7	+114 177	+103 121
Nordrhein-Westfalen	+51 622	+45 864	+283 366	+287 628	-4 262	+2,9	+2,6	+15,6	+231 744	+237 502
Rheinland-Pfalz	+17 542	+20 724	+70 499	+67 208	+3 291	+4,3	+5,0	+17,0	+52 957	+49 775
Saarland	+2 668	+4 444	+17 870	+17 957	-87	+2,7	+4,5	+18,0	+15 202	+13 426
Sachsen	+17 421	+18 827	+74 546	+73 577	+969	+4,3	+4,7	+18,2	+57 125	+55 719
Sachsen-Anhalt	+1 919	+9 989	+40 357	+39 680	+677	+0,9	+4,6	+18,5	+38 438	+30 368
Schleswig-Holstein	+17 278	+23 014	+48 825	+39 616	+9 209	+6,0	+7,9	+16,5	+31 547	+25 811
Thüringen	+3 992	+8 480	+37 070	+39 475	-2 405	+1,9	+4,0	+17,4	+33 078	+28 590
Deutschland	+416 080	+329 163	+1 462 089	+1 462 089	[x]	+5,0	+4,0	+17,3	+1 046 009	+1 132 926

1) Einschließlich „unbekanntes Ausland“ sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausgeschöpftes Einbürgerungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2017	2021	2022 (vorläufig)		2017	2022		2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%	Anzahl		%		
Baden-Württemberg	18 299	17 305	20 970	27,5	11	10	2,3	+14,6	+21,2
Bayern	15 638	23 160	28 335	27,8	9	12	3,3	+81,2	+22,3
Berlin	6 479	7 820	8 875	17,5	7	9	2,3	+37,0	+13,5
Brandenburg	765	925	1 195	22,6	7	6	3,3	+56,2	+29,2
Bremen	1 449	2 035	3 000	6,3	12	19	5,4	+107,0	+47,4
Hamburg	5 608	5 250	6 300	13,2	19	17	3,9	+12,3	+20,0
Hessen	11 496	12 160	14 505	28,1	11	11	2,7	+26,2	+19,3
Mecklenburg-Vorpommern	526	860	1 680	8,0	7	14	8,5	+219,4	+95,3
Niedersachsen	8 785	10 420	13 435	13,4	11	13	4,0	+52,9	+28,9
Nordrhein-Westfalen	27 381	29 250	40 825	15,1	11	13	3,0	+49,1	+39,6
Rheinland-Pfalz	5 881	6 620	8 870	18,2	13	15	4,1	+50,8	+34,0
Saarland	1 188	835	1 695	19,2	10	11	2,9	+42,7	+103,0
Sachsen	1 560	1 915	2 275	13,8	8	7	3,9	+45,8	+18,8
Sachsen-Anhalt	734	835	1 470	7,8	7	9	5,6	+100,3	+76,0
Schleswig-Holstein	2 714	3 495	5 200	11,0	11	16	5,3	+91,6	+48,8
Thüringen	701	850	1 360	11,0	7	8	6,0	+94,0	+60,0
Deutschland	112 211	131 595	168 545	18,9	11	13	3,1	+50,2	+28,1

1) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte ab 2018 jeweils auf ein Vielfaches von 5 gerundet. Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2017: 3 007 Personen, 2021: 7 865 Personen, 2022: 8 555 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2022

Familie und Beruf

Wichtige Ergebnisse

- Die Zahl der ganztagsbetreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren stieg in Niedersachsen innerhalb von 5 Jahren deutlich (+46,6 %). Trotzdem lag Niedersachsen 2022 mit einer Ganztagsbetreuungsquote der Kindergartenkinder dieses Alters von 38,8 % im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz.
- Die Zahl der Eheschließungen stieg 2022 um 11,1 % (Deutschland: +9,2 %).
- Die Zahl der Scheidungen ging 2022 marginal um 0,7 % zurück (Deutschland: -3,8 %).

Das Thema Familie und Beruf steht seit längerem im öffentlichen Fokus. Seit 2013 besteht ein gesetzlicher Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Eltern auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Im Oktober 2021 ist das Ganztagsförderungsgesetz in Kraft getreten. Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/27 eingeschult werden, haben bis zum Abschluss der 4. Klasse werktags Anspruch auf eine tägliche Betreuungszeit von 8 Stunden.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen in Niedersachsen deutlicher als im Bundesdurchschnitt

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen T5

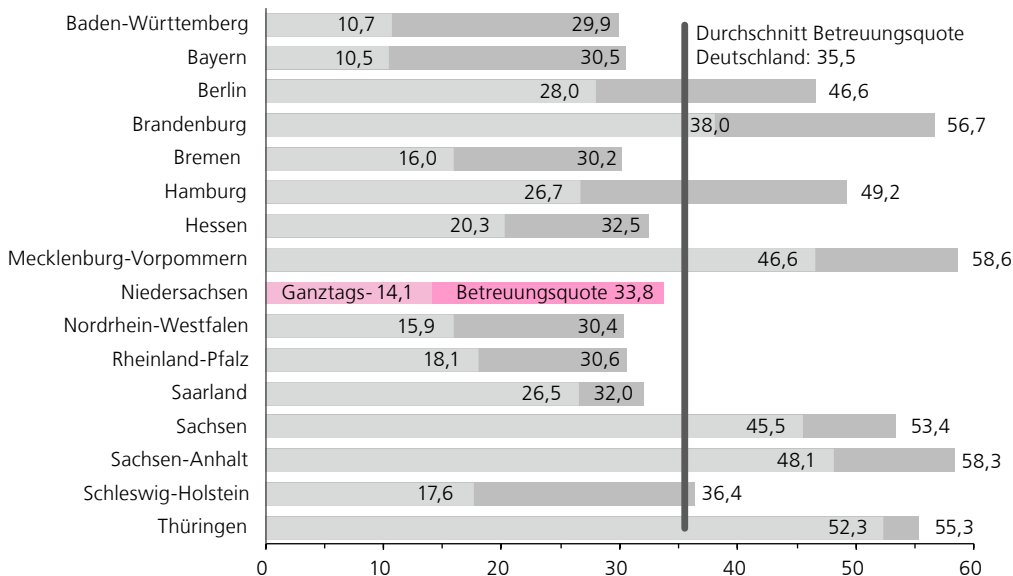
Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe an der gleichaltrigen Bevölkerung. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden je Betreuungstag.

In Niedersachsen wurden zum Stichtag am 1. März 2022 insgesamt rund 77 200 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr waren das rund 5 400 Kinder mehr (+7,5 %), die eine Kindertagesstätte bzw. Tagespflegeeinrichtung besuchten. Einen höheren prozentualen Anstieg verzeichnete nur das Saarland (+9,2 %). Bundesweit stieg die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren im Durchschnitt um 3,6 %. Lediglich in den ostdeutschen Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (-1,4 %), Sachsen (-1,3 %), Brandenburg (-1,2 %) und Thüringen (-1,1 %) ging die Anzahl der betreuten Kinder leicht zurück. Jedoch wiesen diese Länder zusammen mit Sachsen-Anhalt die höchsten Betreuungsquoten (zwischen 53,4 % und 58,6 %) auf.

Die Betreuungsquote betrug 2022 in Niedersachsen 33,8 % und lag damit weiterhin deutlich unter den Quoten der ostdeutschen Flächenländer, die ausnahmslos Quoten von über 50 % verzeichneten. Unter den westdeutschen Flächenländern hatte nur Schleswig-Hol-

Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen T5

Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren 2022 und darunter Ganztagsbetreuungsquote – Prozent –



stein (36,4 %) eine höhere Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen als Niedersachsen. Das im Jahr 2013 politisch formulierte Ziel von 35 % betreuter Kinder in dieser Altersklasse wurde in Niedersachsen noch nicht erreicht. In Deutschland insgesamt betrug die Betreuungsquote 35,5 %.

Vergleichsweise wenige Kinder werden in Niedersachsen ganztags betreut. Die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen lag 2022 bei 14,1 % (Deutschland: 19,3 %). Wie bereits in den Vorjahren war dies 2022 nach Bayern (10,5 %) und Baden-Württemberg (10,7 %) die drittniedrigste Ganztagsbetreuungsquote. Die höchste Quote wies Thüringen mit 52,3 % auf.

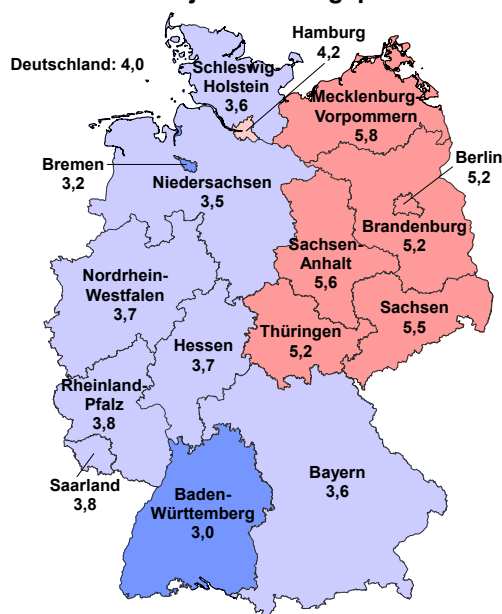
Personal-Kind-Schlüssel bei unter 3-Jährigen

T5

In Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren betreute eine Vollzeitkraft 3 bis 4 Kinder

Das in Deutschland angestrebte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren je pädagogischer Vollzeitstelle (Personal-Kind-Schlüssel 3,0) erreichte 2022 nur Baden-Württemberg. In Niedersachsen ergaben sich rechnerisch 3,5 Kinder je vollzeittätiger Person. Damit lag Niedersachsen näher am empfohlenen Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt (4,0 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle).

Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen: Personal-Kind-Schlüssel 2022 – Zahl der Kinder je Betreuungsperson –



Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

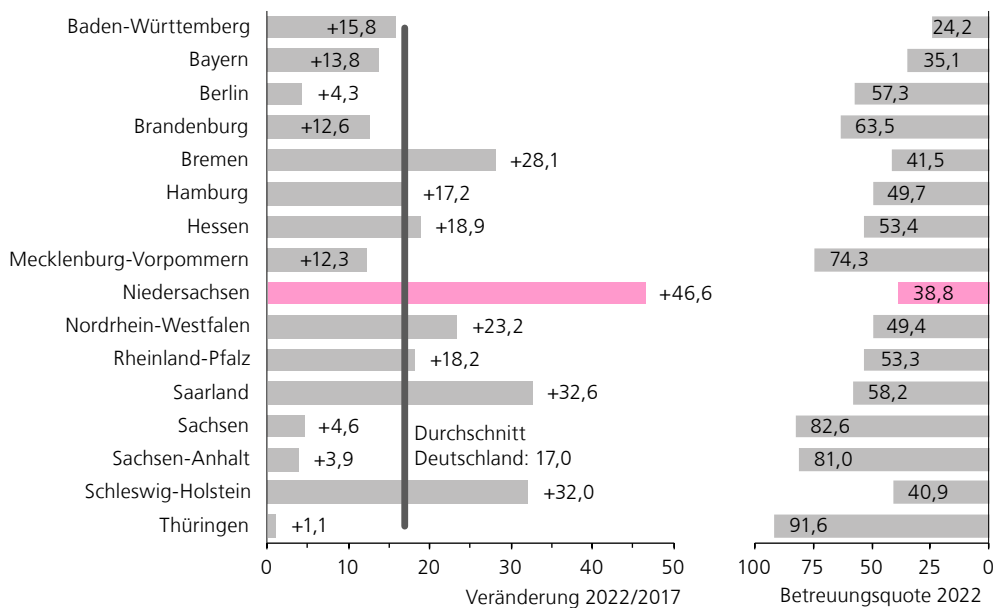
T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen erneut gestiegen

In Niedersachsen wurden 2022 insgesamt knapp 90 800 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt, das entspricht einer Ganztagsbetreuungsquote von 38,8 % (Deutschland: 47,4 %). Damit wurden in dieser Altersgruppe in Niedersachsen 2022 knapp 2 900 Kinder mehr ganztags betreut als noch ein Jahr zuvor. Das entsprach einem Anstieg von 3,3 % gegenüber 2021 und war der dritthöchste im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: +1,2 %).

Im mittelfristigen Ländervergleich 2022 gegenüber 2017 wies Niedersachsen den höchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Die Steigerung von 46,6 % innerhalb von 5 Jahren zeigt einen kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Niedersachsen an. Dennoch hatte Niedersachsen 2022 die drittniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (24,2 %) und Bayern (35,1 %). Die höchste Ganztagsbetreuungsquote wies – wie bei der Betreuung der unter 3-Jährigen – Thüringen auf. Hier wurden mit 91,6 % fast alle 3- bis unter 6-Jährigen ganztags betreut.

■ **Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2022 gegenüber 2017 sowie Betreuungsquote 2022 – Prozent–**



In Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren betreute eine Vollzeitkraft 7 Kinder

Das Betreuungsverhältnis in Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt lag 2022 in Niedersachsen rechnerisch bei 7 Kindern je pädagogischer Vollzeitstelle (Personal-Kind-Schlüssel). Im Ländervergleich erreichte nur Baden-Württemberg (6,5) einen niedrigeren Schlüssel, Hamburg (7,0) lag gleichauf mit Niedersachsen. Im bundesweiten Durchschnitt wurde ein Personal-Kind-Schlüssel von 7,8 für diese Altersgruppe errechnet.

Personal-Kind-Schlüssel bei ab 3-Jährigen

T6

Elterngeldbezug: Positive Auswirkungen des ElterngeldPlus

Elterngeldbezug

T7

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Seit 2015 gibt es neben dem Basis-Elterngeld auch das ElterngeldPlus.

- Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes vor der Geburt (maximal 1 800 Euro monatlich) und kann für mindestens 2 bis zu 14 Monate bezogen werden. Elterngeld wird vom Tag der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausgezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen.
- ElterngeldPlus (maximal 900 Euro monatlich) ermöglicht eine flexiblere Gestaltung des Elterngeldbezugs. Es kann ggf. auch noch nach dem 14. Lebensmonat in Anspruch genommen werden, solange es ab dem 15. Lebensmonat in aufeinanderfolgenden Lebensmonaten von mindestens einem Elternteil ohne Unterbrechung bezogen wird. Für bis Ende August 2021 geborene Kinder endet der Bezug spätestens nach 36 Monaten (für Geburten ab September 2021 spätestens mit Ablauf des 32. Lebensmonats).

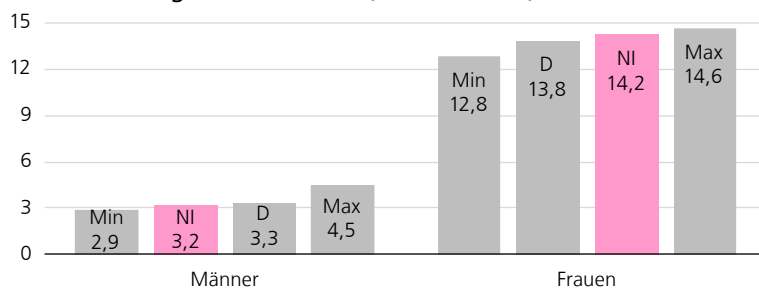
Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbeziehender Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2020 geborene Kinder endete bis März 2023 in Niedersachsen für knapp 100 200 Eltern. Gegenüber 2018 (für 2015 geborene Kinder) stieg die Zahl der beendeten Bezüge um 16,1 % (Bundesdurchschnitt: +10,0 %). Die Väterbeteiligung stieg in Niedersachsen in diesem Zeitraum um 8,3 Prozentpunkte und lag 2023 bei 42,8 %. In Sachsen war der Väteranteil 2023 mit 54,7 % am höchsten, im Saarland (33,8 %) und in Bremen (33,9 %) am niedrigsten (Bundesdurchschnitt: 43,7 %).

Der Anteil der Mütter und Väter von Neugeborenen, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter denjenigen, die im Jahr 2020 Eltern wurden, waren in Niedersachsen 73,0 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 74,7 %); bei den Männern waren es 93,6 % (Deutschland: 94,8 %).

Die Bezugsdauer von Elterngeld beträgt mindestens 2 Monate. Basis-Elterngeld kann bis zu 14 Monate bezogen werden. ElterngeldPlus kann flexibler gestaltet werden und endet für 2020 geborene Kinder spätestens mit Ablauf des 36. Lebensmonats. Die durchschnittliche Bezugsdauer für Mütter von 2020 geborenen Kindern lag in Niedersachsen bei 14,2 Monaten und damit deutlich über der Bezugsdauer der Väter mit 3,2 Monaten. Die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter entsprach damit in etwa dem Bundesdurchschnitt von 3,3 Monaten. Vergleichsweise kurz nahmen Väter in Thüringen und Bayern Elterngeld in Anspruch mit jeweils 2,9 Monaten. Die längsten bezahlten Auszeiten für ihre Kinder erhielten Väter in den Stadtstaaten Berlin (4,5) und Bremen (4,3).

■ **Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen für 2020 geborene Kinder (bis März 2023) – Monate –**



Teilzeitbeschäftigung

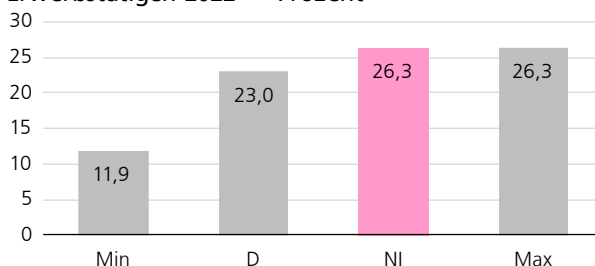
T8

Ein Viertel der Erwerbstätigen arbeitet in Teilzeit

Als Teilzeitbeschäftigte wurden bis zum Jahr 2019 im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten, ab 2020 sind es bis zu 29 Wochenstunden (jeweils ohne Auszubildende). Auf einen Vergleich der Daten ab 2020 mit den Vorjahren wird aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung der Datenbasis Mikrozensus und der eingeschränkten Vergleichbarkeit verzichtet.

In Niedersachsen arbeiteten 2022 nach den Erstergebnissen des Mikrozensus rund 1,04 Mio. Erwerbstätige in Teilzeit. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag bei 26,3 %, was den höchsten Wert unter den Ländern darstellt. In 7 weiteren – ausschließlich westdeutschen – Ländern arbeitete ebenfalls etwa jede vierte erwerbstätige Person in Teilzeit (24,2 % bis 25,7 %). In den 5 ostdeutschen Flächenländern war der Teilzeitanteil mit Werten zwischen 11,9 % und 14,9 % dagegen deutlich niedriger (Deutschland: 23,0 %).

■ **Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2022¹⁾ – Prozent –**



1) Soweit Werte verfügbar.

Teilzeitarbeit ist weiterhin überwiegend von Frauen geprägt. In Niedersachsen waren 2022 mehr als 3 von 4 Teilzeitarbeitskräften Frauen (76,7 %). In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den ostdeutschen Ländern arbeitete ein vergleichsweise höherer Anteil an Männern in Teilzeit. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 61,4 %, in Bayern hingegen 79,6 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 75,0 %.

Mehr als 4 von 5 Alleinerziehenden waren Frauen

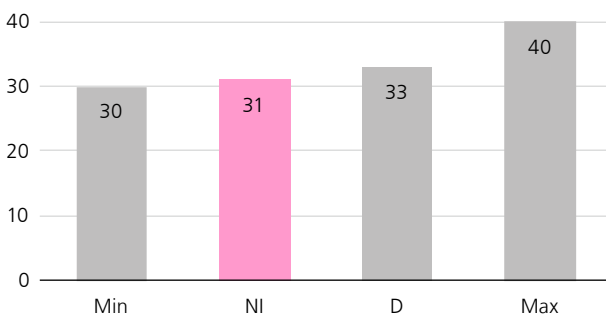
Alleinerziehende

T9

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2022 in Niedersachsen auf rund 252 000 Personen. Damit stieg ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 %. Deutschlandweit waren 2,76 Mio. Personen alleinerziehend (2022/2021: +4,6 %). Mehr als 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2022 in Niedersachsen Frauen (82,3 %), was exakt dem bundesweiten Durchschnitt entsprach. In Thüringen war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden im Ländervergleich am höchsten (84,6 %) und im Saarland am niedrigsten (76,1 %).

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2022 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen 31 Alleinerziehende; bundesweit waren es durchschnittlich 33. Weniger Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner als in Niedersachsen gab es nur in Bayern (30); in Baden-Württemberg war der Wert auf gleichem Niveau (31). Die höchsten Werte (38 bis 40) verzeichneten 4 ostdeutsche Länder sowie die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 – Anzahl –



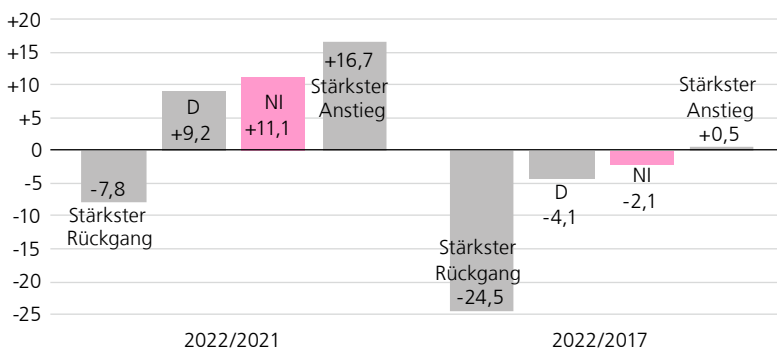
Zahl der Eheschließungen deutlich gestiegen

Eheschließungen

T10

Im Vergleich zu den ersten beiden Corona-Jahren haben 2022 in Niedersachsen mit 40 735 Eheschließungen wieder deutlich mehr Paare geheiratet, ein Plus von 11,1 % gegenüber 2021. Bis auf Hamburg (-7,8 %) verzeichneten alle Länder 2022 eine gestiegene Zahl an Eheschließungen, bundesweit stieg die Zahl um 9,2 %. Das Vor-Corona-Niveau konnte damit jedoch noch nicht wieder erreicht werden. Im Vergleich 2022 zu 2017 war die Zahl der Eheschließungen in Niedersachsen um 2,1 % geringer (Deutschland: -4,1 %).

Veränderung der Zahl der Eheschließungen 2022 gegenüber 2021 und gegenüber 2017 – Prozent –



Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2022 rechnerisch 50,2 Ehen geschlossen. Das waren 4,5 Ehen mehr als 2021, aber 2,0 Ehen weniger als 2017, wenngleich Eheschließungen von Personen gleichen Geschlechts 2017 noch nicht erfasst wurden und damit die Vergleichbarkeit leicht eingeschränkt ist. Im Ländervergleich wiesen Schleswig-Holstein (2022: 60,0) und Mecklenburg-Vorpommern (59,9) die höchsten Werte auf und Hamburg den niedrigsten (23,1). Für die regionale Zuordnung einer

Eheschließung ist allerdings nicht der Wohnort der Eheleute maßgeblich, sondern der Ort der Eheschließung. Häufig sind touristisch beliebte Reiseziele auch beliebte Orte zur Eheschließung, was die regionale Verteilung der Werte beeinflusst.

Ehescheidungen

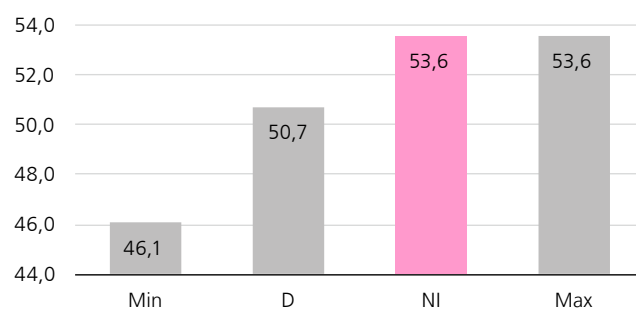
T11

Bei mehr als jeder zweiten Ehe minderjährige Kinder betroffen

Insgesamt wurden 2022 in Niedersachsen 14 315 Ehen durch richterliche Entscheidung geschieden, was marginal weniger war als im Vorjahr (-0,7 %). In Deutschland ging die Zahl um 3,8 % zurück. Im mittelfristigen Vergleich zu 2017 sank die Zahl der Ehescheidungen in Niedersachsen merklich um 10,5 %, was dem Bundesdurchschnitt entsprach. Dieser rückläufige Trend zeigte sich in allen Ländern mit Ausnahme Hamburgs (2022/2017: +7,6 %). Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2022 in Niedersachsen rechnerisch 17,6 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 16,3). Das waren ebenfalls weniger als 2017 (Niedersachsen: 20,1; Deutschland: 18,6). Ein Grund für die sinkende Zahl von Scheidungen kann darin liegen, dass die Zahl der verheirateten Personen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist und die der Ledigen kontinuierlich gestiegen.

Minderjährige Kinder waren 2022 bei jeder zweiten Scheidung in Deutschland betroffen (50,7 %). Der Anteil betrug in Niedersachsen 53,6 % und stellte den höchsten Wert unter den Ländern dar.

■ Anteil Ehescheidungen von Paaren mit minderjährigen Kindern an allen Ehescheidungen 2022 – Prozent –



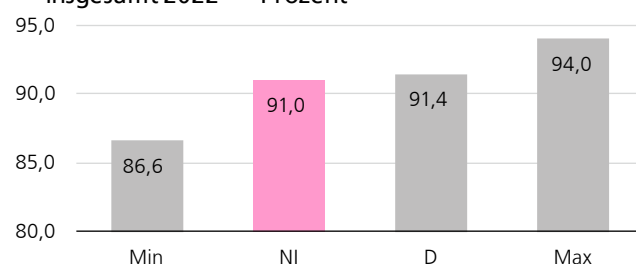
Internetzugang

T12

Unterdurchschnittlicher Anteil privater Haushalte mit Internetzugang

Die amtliche Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wurde bis zum Erhebungsjahr 2020 als eigenständige freiwillige Haushaltsbefragung durchgeführt. Seit 2021 ist die Erhebung als zufallsbasierte Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert, die Auskunft ist zum Teil verpflichtend und zum Teil freiwillig. Aufgrund der Integration in den Mikrozensus und der damit einhergehenden Anpassung des Stichprobendesigns ist die Repräsentativität der IKT-Erhebung gestiegen. Einheitliche Definitionen und methodische Mindeststandards erlauben eine EU-weite Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Mikrozensus-Unterstichprobe zur Internetnutzung dient dazu, ein europaweit vergleichbares Bild der Ausstattung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten zu erstellen.

■ Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang insgesamt 2022¹⁾ – Prozent –



1) Soweit Werte verfügbar.

91,0 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2022 über einen Internetzugang mit einer festen und/oder mobilen Verbindung. Damit lag Niedersachsen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 91,4 %. Im Ländervergleich hatten Schleswig-Holstein (94,0 %), Rheinland-Pfalz (93,8 %) und Hessen (93,3 %) die höchsten Anteile an privaten Haushalten mit Internetzugang, während Thüringen (86,6 %), Brandenburg (87,7 %) und Sachsen-Anhalt (89,0 %) die niedrigsten Anteile aufwiesen. Für Bremen und das Saarland lagen für das Erhebungsjahr 2022 keine Ergebnisse vor.

Aufgrund der Integration der IKT-Erhebung in den Mikrozensus und den damit einhergehenden Veränderungen der Methodik und der Stichprobe sowie den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind Vergleiche zu den Vorjahresergebnissen nur sehr eingeschränkt möglich und werden aus diesem Grund nicht vorgenommen.

Informationen:

Kinderbetreuung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt – Soziales – Kindertagesbetreuung > [Karten zur Statistik der Kindertagesbetreuung](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [Regionaldatenbank Deutschland \(RDB\)](#) > 2 Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Rechtspflege > 22 Öffentliche Sozialleistungen > [22543 Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Soziales > Betreuung und Pflege
- Niedersächsisches Vorschrifteninformationssystem (NI-VORIS): Inhaltsverzeichnis > Rechtsvorschriften > Niedersachsen > N > Nk > NKiTaG, [Niedersächsisches Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege](#), § 7 Abs. 4
- [Gesetze im Netz](#): Gesetze/Verordnungen > S > [SGB 8, Sozialgesetzbuch, Achtes Buch \(VIII\), Kinder- und Jugendhilfe § 24](#)

Elterngeldstatistik:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Soziales > Elterngeld > [Eltern- und Kindergeld](#) > Publikationen > Elterngeld, beendete Leistungsbezüge, jährlich

Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > [Bevölkerung](#) > [Haushalte und Familien](#) > [Publikationen](#) > Haushalte und Familien (Mikrozensus)
- LSN: Themen > Haushalte und Familien > Mikrozensus: [Privathaushalte in Niedersachsen](#)

Eheschließungen:

- [Regionaldatenbank Deutschland](#): 12611 Statistik der Eheschließungen
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > 12611 Statistik der Eheschließungen

Ehescheidungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > [12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen](#)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > 12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen (Ehescheidungen)

Internetzugang:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Einkommen, Konsum und Lebensbedingungen > [IT-Nutzung](#) > Publikationen
- LSN: Themen > Haushalte und Familien, Mikrozensus und weitere Haushaltsbefragungen > [Privathaushalte in Niedersachsen](#)
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Internetnutzung und Online-Einkäufe in Niedersachsen 2022 \(30.6.2023\)](#)

Autorinnen: Hanna Köhler, Rita Skorka, Carola Steenhoff

Tabellen Familie und Beruf

5. Kinderbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztagsbetreuungsquote	Personal-Kind-Schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022			2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%			Anzahl	%		
Baden-Württemberg	89 320	94 007	99 058	28,6	28,7	29,9	10,7	3,0	+10,9	+5,4
Bayern	100 121	113 298	120 208	27,4	29,3	30,5	10,5	3,6	+20,1	+6,1
Berlin	51 636	51 887	52 919	44,4	45,4	46,6	28,0	5,2	+2,5	+2,0
Brandenburg	35 349	34 824	34 416	55,8	56,6	56,7	38,0	5,2	-2,6	-1,2
Bremen	5 272	6 067	6 191	26,4	29,4	30,2	16,0	3,2	+17,4	+2,0
Hamburg	26 483	28 184	29 143	44,7	47,2	49,2	26,7	4,2	+10,0	+3,4
Hessen	53 406	56 559	58 888	30,2	31,3	32,5	20,3	3,7	+10,3	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	22 777	22 219	21 910	56,0	57,9	58,6	46,6	5,8	-3,8	-1,4
Niedersachsen	64 067	71 804	77 199	29,6	31,9	33,8	14,1	3,5	+20,5	+7,5
Nordrhein-Westfalen	132 194	152 948	157 898	26,3	29,6	30,4	15,9	3,7	+19,4	+3,2
Rheinland-Pfalz	33 761	33 506	35 444	30,7	29,2	30,6	18,1	3,8	+5,0	+5,8
Saarland	6 761	7 293	7 961	28,3	29,8	32,0	26,5	3,8	+17,7	+9,2
Sachsen	56 871	54 620	53 910	50,5	52,5	53,4	45,5	5,5	-5,2	-1,3
Sachsen-Anhalt	30 992	28 866	28 963	56,9	56,9	58,3	48,1	5,6	-6,5	+0,3
Schleswig-Holstein	23 882	26 773	27 838	31,9	35,2	36,4	17,6	3,6	+16,6	+4,0
Thüringen	29 469	27 053	26 752	53,2	53,8	55,3	52,3	5,2	-9,2	-1,1
Deutschland	762 361	809 908	838 698	33,1	34,4	35,5	19,3	4,0	+10,0	+3,6

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren; der Personal-Kind-Schlüssel gibt an, wie viele Kinder rechnerisch pro Person betreut werden bzw. wie viele Betreuungsstunden pro Arbeitsstunde des pädagogischen Personals (ohne Einrichtungsleitungen) anfallen. Berücksichtigt werden alle Kindertageseinrichtungen (inklusive Horte und Kitas ohne feste Gruppenstruktur).

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Personal-Kind-Schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten Kinder	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022		2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	69 616	79 817	80 604	23,9	24,4	24,2	6,5	+15,8	+1,0
Bayern	120 050	137 339	136 591	35,2	35,9	35,1	7,7	+13,8	-0,5
Berlin	62 478	67 320	65 179	60,2	59,3	57,3	7,3	+4,3	-3,2
Brandenburg	39 783	44 394	44 779	62,5	63,5	63,5	9,4	+12,6	+0,9
Bremen	6 616	8 514	8 473	38,3	42,5	41,5	7,3	+28,1	-0,5
Hamburg	24 746	28 709	28 990	48,6	49,3	49,7	7,0	+17,2	+1,0
Hessen	83 944	96 992	99 768	50,6	52,4	53,4	8,0	+18,9	+2,9
Mecklenburg-Vorpommern	27 612	30 898	31 013	68,2	73,3	74,3	11,9	+12,3	+0,4
Niedersachsen	61 940	87 906	90 787	30,4	38,4	38,8	7,0	+46,6	+3,3
Nordrhein-Westfalen	213 694	256 682	263 344	45,7	48,9	49,4	7,6	+23,2	+2,6
Rheinland-Pfalz	54 060	62 052	63 909	52,3	52,6	53,3	7,8	+18,2	+3,0
Saarland	11 158	14 086	14 796	49,4	56,2	58,2	9,7	+32,6	+5,0
Sachsen	89 358	93 635	93 437	82,0	81,8	82,6	10,8	+4,6	-0,2
Sachsen-Anhalt	43 505	45 500	45 184	80,9	81,3	81,0	10,1	+3,9	-0,7
Schleswig-Holstein	25 127	31 674	33 162	34,6	39,7	40,9	7,2	+32,0	+4,7
Thüringen	50 248	51 934	50 795	91,8	92,2	91,6	10,0	+1,1	-2,2
Deutschland	983 935	1 137 452	1 150 811	45,5	47,3	47,4	7,8	+17,0	+1,2

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt; der Personal-Kind-Schlüssel gibt an, wie viele Kinder rechnerisch pro Person betreut werden bzw. wie viele Betreuungsstunden pro Arbeitsstunde des pädagogischen Personals (ohne Einrichtungsleitungen) anfallen. Berücksichtigt werden alle Kindertageseinrichtungen (inklusive Horte und Kitas ohne feste Gruppenstruktur).

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt			Veränderung der Zahl beendeter Bezüge – insgesamt	Väterbeteiligung ¹⁾ am Elterngeldbezug		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ²⁾			
	für 2015 geb. Kinder	für 2019 geb. Kinder	für 2020 geb. Kinder		für 2015 geb. Kinder	für 2020 geborene Kinder		Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	bis Sep. 2018	bis März 2022	bis März 2023		2023/2018	bis Sep. 2018	bis März 2023					
	Anzahl						%				Monate	
Baden-Württemberg	134 627	151 372	152 590	+13,3	40,9	47,3	96,3	76,2	3,0	14,0		
Bayern	162 536	182 994	185 276	+14,0	44,8	50,9	96,0	78,3	2,9	13,6		
Berlin	49 031	52 824	51 459	+5,0	40,9	45,6	91,3	70,4	4,5	12,8		
Brandenburg	25 556	27 327	26 794	+4,8	40,0	48,2	95,5	81,6	3,0	12,9		
Bremen	7 894	8 903	8 461	+7,2	28,1	33,9	90,2	56,8	4,3	13,7		
Hamburg	25 631	28 068	27 107	+5,8	40,2	44,9	95,4	75,4	3,6	12,9		
Hessen	70 947	77 200	76 602	+8,0	34,4	39,3	94,1	72,0	3,5	13,8		
Mecklenburg-Vorpommern	16 340	16 761	16 073	-1,6	31,2	41,3	94,3	79,9	3,0	12,8		
Niedersachsen	86 293	99 498	100 172	+16,1	34,5	42,8	93,6	73,0	3,2	14,2		
Nordrhein-Westfalen	191 834	214 961	215 975	+12,6	29,4	37,3	94,1	71,8	3,8	14,1		
Rheinland-Pfalz	42 801	47 722	48 378	+13,0	31,9	39,4	93,8	71,7	3,2	14,6		
Saarland	8 953	10 103	10 350	+15,6	25,3	33,8	93,0	68,3	3,4	14,0		
Sachsen	51 467	51 013	49 320	-4,2	47,5	54,7	95,6	81,3	3,2	13,7		
Sachsen-Anhalt	21 566	21 816	21 240	-1,5	31,7	40,5	94,5	74,1	3,2	13,2		
Schleswig-Holstein	28 734	31 294	31 276	+8,8	30,8	37,8	93,1	75,4	3,6	14,0		
Thüringen	24 543	23 766	22 894	-6,7	43,3	49,6	95,5	79,9	2,9	14,1		
Deutschland	948 753	1 045 622	1 043 967	+10,0	36,9	43,7	94,8	74,7	3,3	13,8		

1) Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbezieher Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten). Elterngeldbezüge können mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an al- len Erwerbstätigen	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2017	2021	2022 ³⁾	2017	2021	2022		2022/2017 ⁴⁾	2022/2021
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 679	1 362	1 428	78,4	78,4	77,8	24,8	[x]	+4,8
Bayern	1 882	1 612	1 669	80,8	80,1	79,6	24,2	[x]	+3,6
Berlin	483	346	349	62,1	60,7	61,4	18,8	[x]	+0,8
Brandenburg	273	157	158	73,6	68,2	65,4	13,0	[x]	+0,8
Bremen ⁵⁾	106	[u]	79	71,7	[u]	72,0	[u]	[x]	[x]
Hamburg	242	191	192	72,6	69,8	68,9	20,1	[x]	+0,5
Hessen	922	741	751	77,0	73,2	73,8	24,5	[x]	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	174	99	111	75,1	66,8	65,0	14,9	[x]	+11,9
Niedersachsen	1 139	986	1 035	80,0	77,7	76,7	26,3	[x]	+5,1
Nordrhein-Westfalen	2 495	2 127	2 186	77,9	75,3	74,6	25,6	[x]	+2,8
Rheinland-Pfalz	624	500	515	78,6	77,1	76,4	25,5	[x]	+3,1
Saarland	141	109	118	80,1	76,3	76,3	25,7	[x]	+7,4
Sachsen	437	250	263	72,7	68,0	67,2	13,7	[x]	+5,1
Sachsen-Anhalt	218	108	117	76,0	68,6	67,4	11,9	[x]	+8,1
Schleswig-Holstein	424	344	349	76,7	76,8	76,0	24,6	[x]	+1,6
Thüringen	226	132	137	74,1	69,1	69,0	13,9	[x]	+4,1
Deutschland	11 466	9 144	9 457	77,3	75,5	75,0	23,0	[x]	+3,4

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte).

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit ab 2020 definiert als bis 29 geleistete Arbeitsstunden pro Woche, bis 2019 als bis zu 31 geleistete Arbeitsstunden pro Woche.

3) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

4) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung sowie neue Teilzeit-Definiton, daher ist ein Vergleich mit den Vorjahren bis 2019 nicht sinnvoll.

5) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Ein- wohner/-innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2017	2021	2022 ¹⁾	2017	2021	2022		2022/2017 ²⁾	2022/2021
	Anzahl in 1 000			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	325	331	348	83,4	80,4	81,6	31	+7,3	+5,2
Bayern	383	351	390	83,2	83,2	81,9	30	+2,0	+11,2
Berlin	145	143	140	85,6	82,8	80,7	38	-3,6	-1,8
Brandenburg	87	95	102	85,0	82,3	82,1	40	+17,1	+7,9
Bremen ³⁾	24	[u]	26	84,9	[u]	84,4	39	+10,8	[x]
Hamburg	64	69	72	87,4	83,8	83,5	39	+13,4	+5,1
Hessen	194	208	212	84,4	82,7	82,4	34	+9,5	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	57	60	61	83,9	84,2	84,5	38	+7,3	+2,0
Niedersachsen	244	242	252	83,0	80,6	82,3	31	+3,2	+4,1
Nordrhein-Westfalen	555	570	588	84,4	82,6	83,2	33	+6,0	+3,2
Rheinland-Pfalz	128	133	133	82,2	81,6	82,4	32	+3,4	-0,3
Saarland	35	32	32	83,9	77,1	76,1	32	-9,8	-1,3
Sachsen	129	130	137	86,3	81,8	82,0	34	+6,2	+5,7
Sachsen-Anhalt	79	81	81	87,1	81,9	82,5	38	+2,0	-0,7
Schleswig-Holstein	89	87	99	84,4	80,5	81,7	34	+11,4	+13,6
Thüringen	80	75	81	82,5	84,0	84,6	39	+1,0	+7,8
Deutschland	2 619	2 635	2 756	84,1	82,1	82,3	33	+5,2	+4,6

1) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

2) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.

3) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2017 ¹⁾	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	54 591	48 883	52 375	49,7	44,0	46,6	-4,1	+7,1
Bayern	66 790	59 670	65 057	51,5	45,4	48,8	-2,6	+9,0
Berlin	12 686	12 163	12 341	35,3	33,2	33,1	-2,7	+1,5
Brandenburg	14 156	11 818	13 178	56,7	46,7	51,4	-6,9	+11,5
Bremen	2 744	2 439	2 642	40,4	36,1	38,8	-3,7	+8,3
Hamburg	5 727	4 689	4 323	31,5	25,3	23,1	-24,5	-7,8
Hessen	29 281	26 589	28 574	47,0	42,3	44,8	-2,4	+7,5
Mecklenburg-Vorpommern	11 399	8 972	9 747	70,8	55,7	59,9	-14,5	+8,6
Niedersachsen	41 601	36 649	40 735	52,2	45,7	50,2	-2,1	+11,1
Nordrhein-Westfalen	86 475	76 771	85 008	48,3	42,9	47,0	-1,7	+10,7
Rheinland-Pfalz	20 747	18 528	20 427	51,0	45,2	49,2	-1,5	+10,2
Saarland	4 698	4 154	4 602	47,2	42,2	46,5	-2,0	+10,8
Sachsen	18 942	15 148	16 246	46,5	37,4	39,8	-14,2	+7,2
Sachsen-Anhalt	10 424	8 427	9 266	46,8	38,8	42,4	-11,1	+10,0
Schleswig-Holstein	17 593	15 157	17 688	60,9	52,0	60,0	+0,5	+16,7
Thüringen	9 612	7 728	8 534	44,6	36,6	40,2	-11,2	+10,4
Deutschland	407 466	357 785	390 743	49,3	43,0	46,5	-4,1	+9,2

1) Bis 2017 ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl		%		Anzahl			%	
Baden-Württemberg	18 356	18 374	17 080	50,5	16,7	16,5	15,2	-7,0	-7,0
Bayern	22 599	21 605	20 290	50,6	17,4	16,4	15,2	-10,2	-6,1
Berlin	6 070	5 842	5 851	47,1	16,9	15,9	15,7	-3,6	+0,2
Brandenburg	4 445	4 167	4 054	46,1	17,8	16,5	15,8	-8,8	-2,7
Bremen	1 332	1 137	1 121	49,9	19,6	16,8	16,5	-15,8	-1,4
Hamburg	2 912	3 275	3 132	49,5	16,0	17,7	16,7	+7,6	-4,4
Hessen	12 500	12 037	10 735	52,5	20,1	19,2	16,8	-14,1	-10,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 976	2 499	2 618	51,0	18,5	15,5	16,1	-12,0	+4,8
Niedersachsen	15 986	14 420	14 315	53,6	20,1	18,0	17,6	-10,5	-0,7
Nordrhein-Westfalen	35 778	31 891	30 448	50,9	20,0	17,8	16,8	-14,9	-4,5
Rheinland-Pfalz	8 362	7 416	7 734	48,8	20,5	18,1	18,6	-7,5	+4,3
Saarland	2 037	1 925	1 905	52,4	20,5	19,6	19,3	-6,5	-1,0
Sachsen	6 427	5 760	5 949	51,4	15,8	14,2	14,6	-7,4	+3,3
Sachsen-Anhalt	3 808	3 458	3 275	52,6	17,1	15,9	15,0	-14,0	-5,3
Schleswig-Holstein	6 123	5 660	5 509	48,9	21,2	19,4	18,7	-10,0	-2,7
Thüringen	3 790	3 285	3 337	48,7	17,6	15,5	15,7	-12,0	+1,6
Deutschland	153 501	142 751	137 353	50,7	18,6	17,2	16,3	-10,5	-3,8

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

12. Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetzugang

Land	Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt ¹⁾			Hochgerechnete private Haushalte ²⁾	Veränderung Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt	
	2017 ³⁾	2021 ³⁾	2022		2022/2017	2022/2021
	%		Anzahl in 1 000		Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	[x]	[x]	91,3	4 178	[x]	[x]
Bayern	[x]	[x]	90,7	5 069	[x]	[x]
Berlin	[x]	[x]	92,7	1 597	[x]	[x]
Brandenburg	[x]	[x]	87,7	945	[x]	[x]
Bremen ⁴⁾	[x]	[x]	[u]	[u]	[x]	[x]
Hamburg	[x]	[x]	92,2	808	[x]	[x]
Hessen	[x]	[x]	93,3	2 494	[x]	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	[x]	[x]	89,7	621	[x]	[x]
Niedersachsen	[x]	[x]	91,0	3 078	[x]	[x]
Nordrhein-Westfalen	[x]	[x]	92,1	6 903	[x]	[x]
Rheinland-Pfalz	[x]	[x]	93,8	1 595	[x]	[x]
Saarland ⁴⁾	[x]	[x]	[u]	[u]	[x]	[x]
Sachsen	[x]	[x]	90,9	1 595	[x]	[x]
Sachsen-Anhalt	[x]	[x]	89,0	838	[x]	[x]
Schleswig-Holstein	[x]	[x]	94,0	1 168	[x]	[x]
Thüringen	[x]	[x]	86,6	785	[x]	[x]
Deutschland	[x]	[x]	91,4	32 307	[x]	[x]

1) Feste und/oder mobile Verbindung; unabhängig davon, ob der Zugang tatsächlich genutzt wird.

2) Die Erhebung „Internet- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) wird seit dem Erhebungsjahr 2020 als zufällige Unterstichprobe des Mikrozensus durchgeführt. Der Mikrozensus befragt jährlich 1 % der Bevölkerung, für die IKT-Unterstichprobe gilt ein Auswahlatz von bis zu 3,5 %.

3) 2020 (und 2021) umfassende methodische Umstellung der Erhebung; Ergebnisse der IKT-Erhebung bis zum Erhebungsjahr 2021 werden an dieser Stelle nicht dargestellt, da die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ab 2022 mit den Vorjahren nur sehr eingeschränkt möglich ist.

4) Ergebnisse 2022 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten

Erwerbstätigkeit

Der Arbeitsmarkt blieb 2022 trotz der Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der damit verbundenen Energiekrise stabil. Im Vergleich zu 2021 ging die Arbeitslosigkeit leicht zurück, blieb aber über dem Niveau von 2019 vor der Corona-Pandemie.

Wichtige Ergebnisse

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %, die Zahl der Minijobs stieg um 0,9 % (Deutschland: +1,9 % bzw. +0,3 %).
- Zugleich sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2022 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,3 % (Deutschland: -0,4 Prozentpunkte auf 5,3 %).

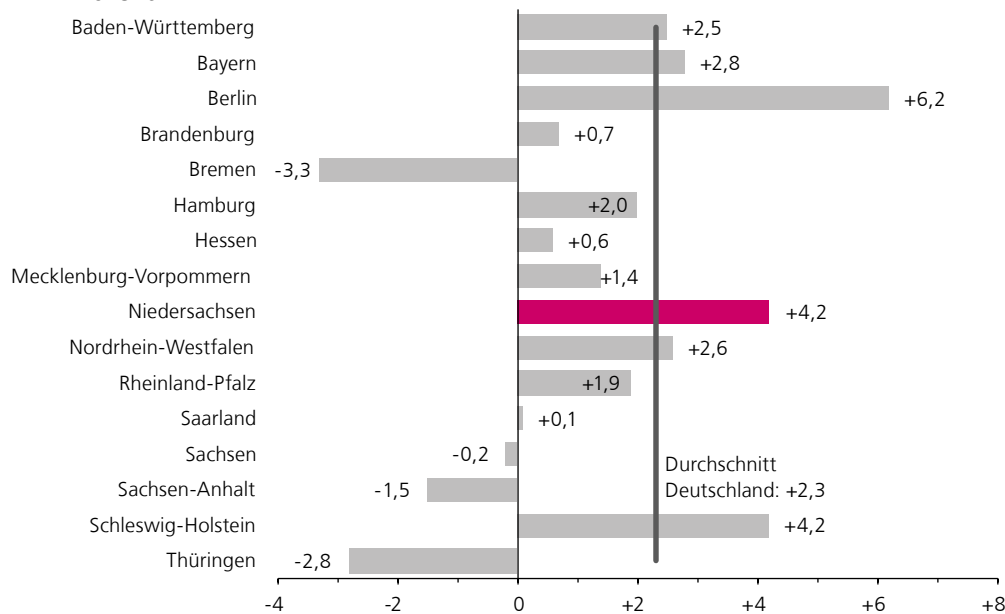
Über 4,1 Millionen Erwerbstätige in Niedersachsen

Erwerbstätige (Wohnort) T13

Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T13, T14) auf Basis des Mikrozensus 2022 (Erstergebnisse) und 2021 (Endergebnisse) sind aufgrund einer umfassenden methodischen Umstellung der Erhebung 2020 nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren bis 2019. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Gut 4,1 Mio. Personen waren 2022 in Niedersachsen erwerbstätig (Erstergebnisse des Mikrozensus 2022). Damit war die Zahl der am Wohnort gezählten Erwerbstätigen um rund 135 000 Personen bzw. 3,4 % höher als im Vorjahr und rund 165 000 Personen bzw. 4,2 % höher als 2017. Insgesamt gab es 2022 in Deutschland rund 42,6 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 2,3 % mehr als 2017. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen lag 2022 in Niedersachsen mit 47,1 % leicht über dem bundesweiten Niveau (46,8 %); im Vorjahr betrug die Frauenanteile noch jeweils 46,7 %.

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2022 gegenüber 2017 – Prozent –



Quote der Selbstständigen unter dem Bundesdurchschnitt

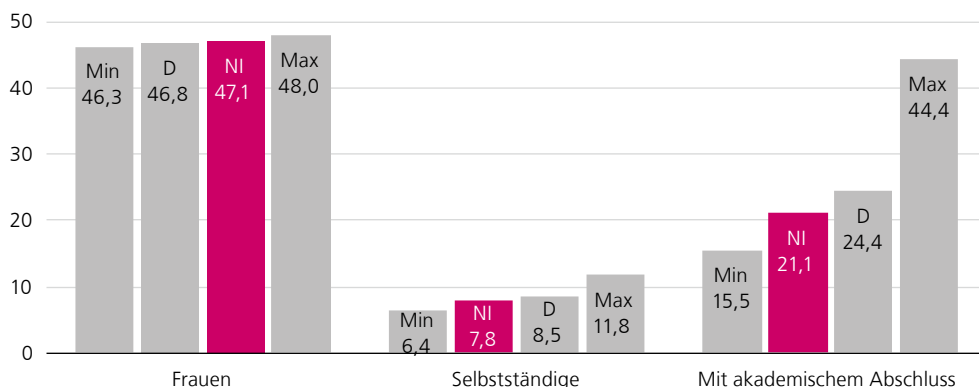
Selbstständige T13

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag nach den Erstergebnissen des Mikrozensus 2022 in Niedersachsen bei 7,8 % und damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 8,5 %. Im Ländervergleich wies Bremen mit 6,4 % die niedrigste Quote auf, die höchste Quote erreichte Berlin mit 11,8 %. In den letzten 10 Jahren sank die Selbstständigenquote in Niedersachsen um 2,4 Prozentpunkte und bundesweit um 2,5 Prozentpunkte; die Selbstständigkeit scheint kontinuierlich an Attraktivität zu verlieren.

Anteil der Hochqualifizierten unter bundesweitem Durchschnitt

Im Jahr 2022 hatten in Niedersachsen 21,1 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil war 3,5 Prozentpunkte höher als 2017. In Deutschland lag der Anteil der Hochqualifizierten 2022 bei 24,4 %. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

■ **Anteile an allen Erwerbstätigen 2022**
– Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –



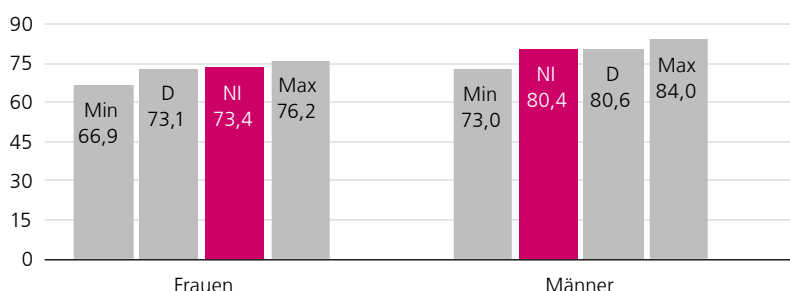
Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten nähern sich weiter an

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2022 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2022 in Niedersachsen mit 73,4 % etwa 3,1 Prozentpunkte höher als 2017. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 80,4 % deutlich höher, stieg jedoch nur um etwa 2,3 Prozentpunkte. Da die Erwerbstätigkeit der Frauen mittelfristig stärker wuchs als bei den Männern, glichen sich die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten in Niedersachsen weiter an, sie unterschieden sich 2022 aber noch um 7,0 Prozentpunkte.

In Deutschland insgesamt stiegen die Erwerbstätigenquoten 2022 gegenüber 2017 bei den Frauen um 1,6 Prozentpunkte auf 73,1 % und bei den Männern um 1,8 Prozentpunkte auf 80,6 %, und damit weniger als in Niedersachsen. Bundesweit erhöhte sich der Unterschied zwischen den geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten 2022 mittelfristig leicht auf 7,5 Prozentpunkte. Im Ländervergleich verzeichnete 2022 Mecklenburg-Vorpommern mit lediglich 2,8 Prozentpunkten den geringsten Niveauunterschied. Die größten Unterschiede gab es in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (8,8 bzw. 8,7 Prozentpunkte).

■ **Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre) 2022 – Prozent –**

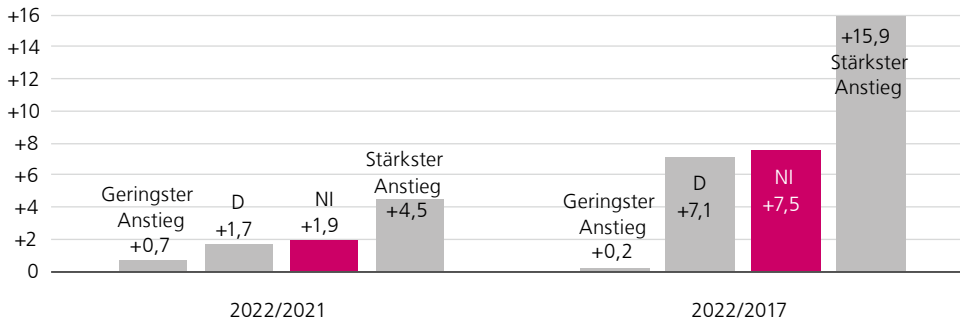


Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter gestiegen

Beschäftigte
(Arbeitsort) T15

Die Zahl der am Arbeitsort gezählten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen lag 2022 bei 3,11 Millionen; gegenüber dem 30.6. des Vorjahres stieg die Zahl um knapp 50 600 Beschäftigte bzw. 1,7 %. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in allen Ländern; den geringsten Anstieg verzeichnete Sachsen-Anhalt (+0,7 %), den stärksten Berlin (+4,5 %). Im bundesweiten Durchschnitt gab es 2022 einen Anstieg um 1,9 % auf 34,45 Mio. Personen, das waren über 640 000 mehr als im Vorjahr. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung teilte in seinem Kurzbericht 5/2023 mit, dass damit 2022 wieder gut drei Viertel der Erwerbstätigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachging, ein Anteil wie zuletzt vor 30 Jahren.

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2022 gegenüber 2021 und 2017 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich im Zeitraum Juni 2021 bis Juni 2022 in Niedersachsen und bundesweit kaum verändert (jeweils +0,1 Prozentpunkte) und blieb damit 2022 in Niedersachsen mit 46,1 % weiter leicht unter dem Deutschlandwert (46,4 %). Während der Frauenanteil in Mecklenburg-Vorpommern (50,4 %) und Berlin (49,0 %) nahezu ausgeglichen war, lagen die niedrigsten Frauenanteile bei 44,3 % in Bremen und 45,4 % in Baden-Württemberg.

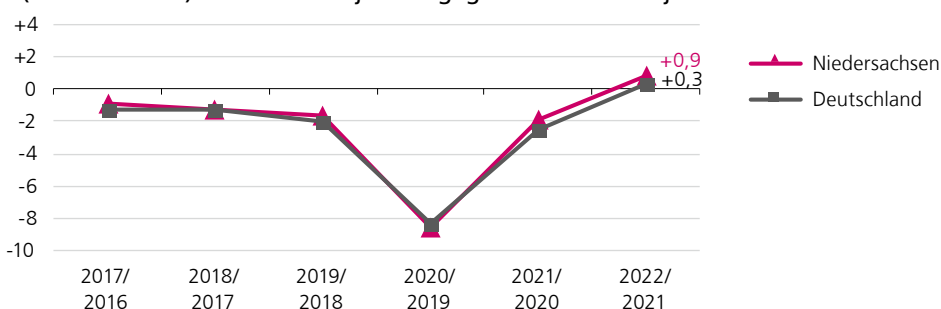
Zahl der Minijobs erstmals seit 7 Jahren gestiegen

Minijobs
T16

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig aktuell 520 Euro (ab 1.10.2022 bzw. davor 450 Euro) im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnten Beschäftigten.

Am 30.6.2022 gingen in Niedersachsen knapp 442 700 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach, das waren knapp 3 800 bzw. 0,9 % mehr als im Vorjahr. Erstmals seit 7 Jahren stieg die Zahl der Minijobs 2022 in Niedersachsen und 9 weiteren Ländern wieder, im bundesweiten Durchschnitt gab es einen leichten Anstieg um 0,3 %.

Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2017 bis 2022 jeweils gegenüber dem Vorjahr – Prozent –



Im 5-Jahres-Vergleich 2022 gegenüber 2017 sank die Zahl der Minijobs bundesweit (-13,3 %) stärker als in Niedersachsen (-12,3 %). Die stärksten Rückgänge gab es mittelfristig im Saarland (-17,0 %), in Bremen (-15,2 %) und Berlin (-15,1 %), die geringsten Rückgänge in Mecklenburg-Vorpommern (-10,9 %) und Bayern (-12,0 %).

In Niedersachsen kamen 2022 etwa 14 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Bundesweit lag dieser Quotient bei 12, wobei die Spanne im Ländervergleich von 7 (Berlin) bis 15 (Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) reichte.

Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten lag im Juni 2022 in Niedersachsen mit 60,3 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (60,1 %). Der Frauenanteil in den Ländern reichte von 51,1 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 63,3 % in Bayern.

Arbeitslosenquote

T17

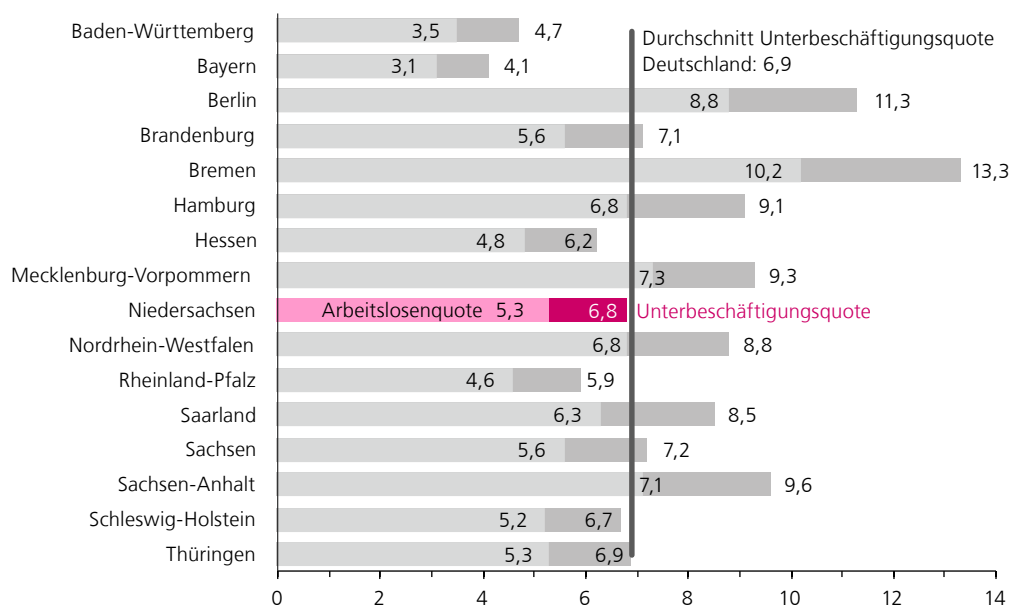
Arbeitslosenquote weiterhin über dem Niveau vor der Corona-Pandemie

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2022 im Jahresdurchschnitt knapp 230 600 Personen arbeitslos gemeldet. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 5,1 % gegenüber dem 2. Corona-Jahr 2021 fiel geringer aus als im bundesweiten Durchschnitt (-7,5 %).

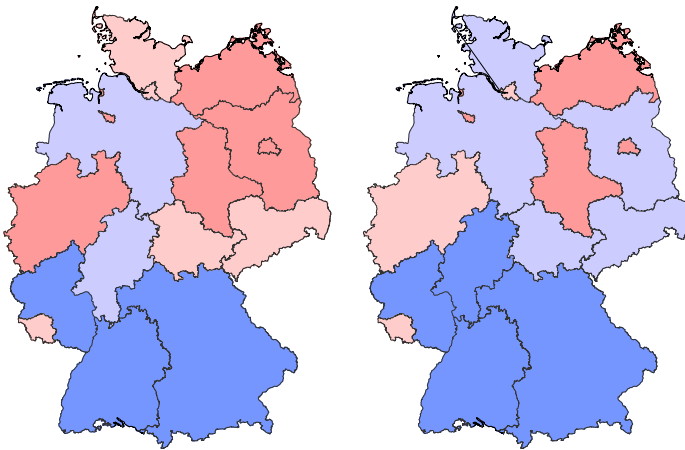
Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen sank 2022 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,3 %, der bundesdurchschnittliche Rückgang war mit 0,4 Prozentpunkten (auf 5,3 %) etwas stärker. Damit lag die Arbeitslosenquote 2022 in Niedersachsen und Deutschland insgesamt noch 0,3 Prozentpunkte über der Quote von 2019 vor der Pandemie. Im Ländervergleich war die Arbeitslosenquote 2022 in Bremen (10,2 %) und Berlin (8,8 %) am höchsten und in Bayern (3,1 %) und Baden-Württemberg (3,5 %) am niedrigsten.

■ Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2022 – Prozent –



Im mittelfristigen Vergleich 2022 gegenüber 2017 sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen um 0,5 Prozentpunkte und damit stärker als im bundesweiten Durchschnitt (-0,4 Prozentpunkte). Die stärksten Rückgänge erzielten Brandenburg (-1,4 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils -1,3 Prozentpunkte).

Arbeitslosenquote 2017 und 2022 – Prozent –



– Prozent –	2017 (Anzahl der Länder)	2022 (Anzahl der Länder)	
7,0 und mehr	(6)	(4)	Deutschland: 2017: 5,7 %;
6,0 bis unter 7,0	(5)	(3)	2022: 5,3 %
5,0 bis unter 6,0	(2)	(5)	Niedersachsen: 2017: 5,8 %;
unter 5,0	(3)	(4)	2022: 5,3 %

Unterbeschäftigungsquote stabil

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

Die Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) lag 2022 in Niedersachsen bei 6,8 % (Deutschland: 6,9 %). Die Differenz zur Arbeitslosenquote in Niedersachsen blieb wie im Vorjahr bei 1,5 Prozentpunkten (Deutschland: 1,6 Prozentpunkte). Die Quote der Menschen, die sich in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus befinden, war in den letzten Jahren relativ stabil.

Unterbeschäftigungsquote

T17

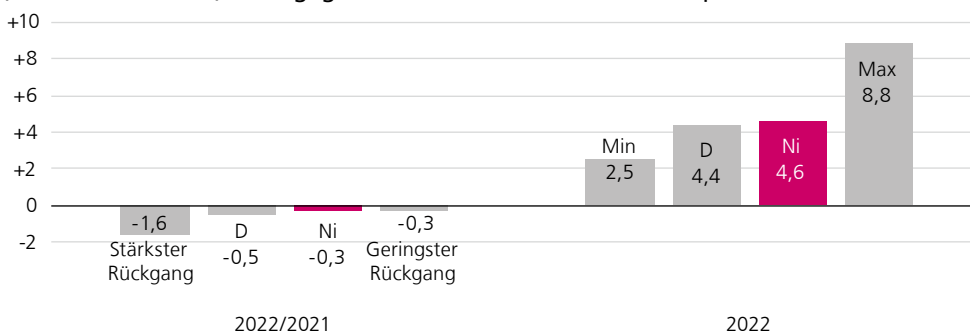
Jugendarbeitslosigkeit mittelfristig deutlich gesunken

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren in Niedersachsen gut 21 700 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 7,5 % weniger als im Vorjahr (Deutschland: -10,2 %). Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, sank mittelfristig 2022 gegenüber 2017 bundesweit um 11,8 % und in Niedersachsen um 15,3 %. Besonders stark war der Rückgang mit über 20 % in Schleswig-Holstein,

Jugendarbeitslosigkeit

T18

Veränderung der Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2022 gegenüber 2021 sowie Arbeitslosenquote 2022 – Prozent –



dem Saarland und in Rheinland-Pfalz. Die Arbeitslosenquote unter den jungen Erwachsenen sank 2022 in Niedersachsen um 0,3 Prozentpunkte auf 4,6 %, im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozentpunkte auf 4,4 %.

Die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen waren 2022 in allen Ländern höher als die der weiblichen, die Unterschiede reichten von 0,3 bis 2,2 Prozentpunkte. In Niedersachsen und Deutschland war die Differenz mit 0,8 bzw. 0,9 Prozentpunkten etwa gleich.

Informationen:

Erwerbstätigkeit:

- LSN: Themen > Haushalte und Familien, Mikrozensus und weitere Haushaltsbefragungen > Privathaushalte in Niedersachsen > Tabellen: [Bevölkerung und Erwerbstätige](#) in Niedersachsen
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 122 Mikrozensus > [12211 Mikrozensus](#)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 13 Arbeitsmarkt > 131 Beschäftigte > [13111 Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [Regionaldatenbank Deutschland \(RDB\)](#) > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 13 Arbeitsmarkt > 131 Beschäftigte > [13111 Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Arbeit und Beschäftigung > Beschäftigte
- Institut für Arbeit und Berufsforschung (IAB): Publikationen > IAB-Publikationen > IAB-Kurzbericht > [IAB-Prognose 2023: Rekord-Arbeitskräftebedarf in schwierigen Zeiten \(IAB-Kurzbericht 5/2023, Nürnberg\)](#)

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Beschäftigung > Produkte > Alle Produkte > Beschäftigte > [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Arbeits- und Wohnort > Deutschland, Länder, Kreise und Gemeinden \(Jahreszahlen\)](#)

Arbeitslosigkeit:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung > Produkte > Alle Produkte > [Arbeitslose nach Rechtskreisen, Deutschland, West/Ost, Länder und Agenturen für Arbeit \(Jahreszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Beschäftigung > Produkte > Alle Produkte > [Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Deutschland, West/Ost und Länder \(Monatszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Themen im Fokus > Migration > [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Arbeit und Beschäftigung > Arbeitslosigkeit

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Tabellen Erwerbstätigkeit

13. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil	Selbstständig- quote	mit akademischem Abschluss ²⁾			
			Anteil an Erwerbstätigen			Veränderung des Anteils			
	2017	2021	2022 ³⁾			2022/2017 ⁴⁾		2022/2021	
Anzahl in 1 000			%			Prozentpunkte	%		
Baden-Württemberg	5 850	5 825	5 997	46,5	7,8	25,8	+4,2	+2,5	+3,0
Bayern	6 956	7 020	7 151	46,6	9,0	24,5	+3,1	+2,8	+1,9
Berlin	1 791	1 822	1 901	47,6	11,8	44,4	+6,5	+6,2	+4,3
Brandenburg	1 240	1 233	1 249	47,7	8,1	21,5	+3,6	+0,7	+1,3
Bremen ⁵⁾	326	[u]	315	47,0	6,4	27,7	+3,7	-3,3	[x]
Hamburg	963	962	982	47,7	10,7	36,3	+3,3	+2,0	+2,1
Hessen	3 153	3 081	3 173	46,8	8,9	26,5	+1,5	+0,6	+3,0
Mecklenburg-Vorpommern	757	774	767	48,0	8,2	17,5	+1,0	+1,4	-0,9
Niedersachsen	3 942	3 972	4 107	47,1	7,8	21,1	+3,5	+4,2	+3,4
Nordrhein-Westfalen	8 657	8 617	8 885	46,7	8,2	23,5	+3,0	+2,6	+3,1
Rheinland-Pfalz	2 060	2 056	2 100	46,3	7,7	21,1	+2,8	+1,9	+2,1
Saarland	478	474	479	46,9	7,3	19,5	+2,8	+0,1	+1,0
Sachsen	1 976	1 929	1 971	46,5	8,5	23,1	+3,6	-0,2	+2,2
Sachsen-Anhalt	1 028	997	1 013	46,8	7,2	15,5	+1,3	-1,5	+1,5
Schleswig-Holstein	1 416	1 462	1 476	47,2	9,1	19,2	+1,1	+4,2	+1,0
Thüringen	1 049	1 017	1 020	46,6	7,6	18,0	+1,6	-2,8	+0,3
Deutschland	41 641	41 552	42 585	46,8	8,5	24,4	+3,2	+2,3	+2,5

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte); als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss (Bachelor, Master und Diplom) sowie Promotion (ab 2021 inklusive Abschlüsse an Berufsakademien).

3) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

4) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.

5) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

14. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen	Männer	Frauen	Männer
	2017	2021	2022 ²⁾	2017	2021	2022 ²⁾	2022/2017 ³⁾		2022/2021	
	%						Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	73,5	73,4	75,0	81,9	81,6	82,8	+1,5	+0,9	+1,5	+1,2
Bayern	74,3	75,1	75,9	83,0	83,1	84,0	+1,6	+1,0	+0,9	+0,9
Berlin	69,7	70,4	72,1	75,8	75,5	78,6	+2,4	+2,7	+1,7	+3,1
Brandenburg	76,1	76,8	76,0	77,5	79,0	80,0	-0,1	+2,6	-0,7	+1,0
Bremen ⁴⁾	68,7	[u]	66,9	74,6	[u]	73,0	-1,7	-1,5	[u]	[u]
Hamburg	72,8	72,3	72,2	79,9	78,0	78,5	-0,6	-1,4	-0,1	+0,5
Hessen	70,5	69,2	70,7	79,1	77,8	79,2	+0,2	+0,1	+1,5	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	72,1	75,2	74,6	74,7	78,0	77,4	+2,5	+2,6	-0,5	-0,6
Niedersachsen	70,3	71,5	73,4	78,1	78,7	80,4	+3,1	+2,3	+2,0	+1,7
Nordrhein-Westfalen	67,8	68,4	69,9	76,1	76,3	78,6	+2,1	+2,5	+1,4	+2,3
Rheinland-Pfalz	70,6	71,3	72,5	78,8	79,9	81,3	+1,8	+2,5	+1,1	+1,4
Saarland	68,7	70,0	70,2	76,3	77,1	77,7	+1,6	+1,4	+0,2	+0,6
Sachsen	75,4	75,5	76,2	79,4	80,8	82,1	+0,8	+2,7	+0,8	+1,3
Sachsen-Anhalt	72,8	72,6	73,5	74,9	78,7	79,2	+0,7	+4,4	+1,0	+0,5
Schleswig-Holstein	72,2	73,1	73,0	78,1	80,7	80,9	+0,8	+2,8	-0,1	+0,3
Thüringen	74,1	75,6	75,5	78,9	79,6	80,3	+1,5	+1,3	-0,1	+0,6
Deutschland	71,5	72,0	73,1	78,9	79,2	80,6	+1,6	+1,8	+1,1	+1,4

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte).

2) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

3) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.

4) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

15. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 566 739	4 781 049	4 859 072	2 206 682	45,1	45,3	45,4	+6,4	+1,6
Bayern	5 460 683	5 749 848	5 865 583	2 694 852	45,7	45,9	45,9	+7,4	+2,0
Berlin	1 426 462	1 582 539	1 653 911	810 988	50,2	49,3	49,0	+15,9	+4,5
Brandenburg	834 579	866 537	882 206	421 675	48,3	47,8	47,8	+5,7	+1,8
Bremen	325 375	336 656	342 243	151 538	43,9	44,3	44,3	+5,2	+1,7
Hamburg	952 959	1 008 635	1 038 539	481 288	46,6	46,4	46,3	+9,0	+3,0
Hessen	2 524 156	2 657 751	2 711 176	1 234 332	45,4	45,5	45,5	+7,4	+2,0
Mecklenburg-Vorpommern	567 650	577 776	584 373	294 243	51,1	50,3	50,4	+2,9	+1,1
Niedersachsen	2 894 119	3 059 368	3 109 957	1 433 673	45,8	46,0	46,1	+7,5	+1,7
Nordrhein-Westfalen	6 698 306	7 096 396	7 232 841	3 299 942	45,2	45,5	45,6	+8,0	+1,9
Rheinland-Pfalz	1 388 764	1 453 918	1 479 655	690 871	46,7	46,6	46,7	+6,5	+1,8
Saarland	384 202	388 172	391 902	181 279	45,5	46,2	46,3	+2,0	+1,0
Sachsen	1 580 184	1 623 463	1 641 202	787 728	48,8	48,1	48,0	+3,9	+1,1
Sachsen-Anhalt	792 591	798 783	804 195	391 932	49,4	48,8	48,7	+1,5	+0,7
Schleswig-Holstein	964 957	1 023 488	1 043 551	500 149	47,8	47,8	47,9	+8,1	+2,0
Thüringen	801 728	796 232	803 295	385 171	48,6	48,0	47,9	+0,2	+0,9
Deutschland¹⁾	32 164 973	33 802 173	34 445 087	15 966 879	46,3	46,3	46,4	+7,1	+1,9

1) Einschließlich Beschäftigte, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand Dezember 2022; eigene Berechnungen

16. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte insgesamt	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	692 126	601 015	604 542	372 275	63,7	61,8	61,6	-12,7	+0,6
Bayern	765 996	672 574	674 287	426 587	65,6	63,6	63,3	-12,0	+0,3
Berlin	144 237	118 854	122 436	66 073	54,2	53,3	54,0	-15,1	+3,0
Brandenburg	90 576	80 128	79 389	41 828	53,9	52,7	52,7	-12,4	-0,9
Bremen	45 046	37 807	38 184	21 915	58,8	57,5	57,4	-15,2	+1,0
Hamburg	102 670	86 927	89 342	51 949	59,7	57,9	58,1	-13,0	+2,8
Hessen	372 991	326 691	326 171	196 862	62,6	60,4	60,4	-12,6	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	63 052	55 711	56 168	28 690	52,0	50,4	51,1	-10,9	+0,8
Niedersachsen	504 717	438 888	442 665	266 872	63,2	60,7	60,3	-12,3	+0,9
Nordrhein-Westfalen	1 200 982	1 026 989	1 024 028	622 735	63,2	61,2	60,8	-14,7	-0,3
Rheinland-Pfalz	262 066	224 166	223 810	137 264	63,4	61,6	61,3	-14,6	-0,2
Saarland	67 899	56 864	56 385	33 573	62,5	60,0	59,5	-17,0	-0,8
Sachsen	157 217	135 372	137 516	73 817	54,4	53,0	53,7	-12,5	+1,6
Sachsen-Anhalt	76 587	65 133	65 527	34 772	55,9	52,9	53,1	-14,4	+0,6
Schleswig-Holstein	173 851	152 520	151 560	87 574	59,9	57,9	57,8	-12,8	-0,6
Thüringen	80 748	70 103	70 919	37 489	54,5	52,5	52,9	-12,2	+1,2
Deutschland¹⁾	4 801 922	4 150 664	4 163 860	2 500 818	62,2	60,3	60,1	-13,3	+0,3

1) Einschließlich Beschäftigte, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftragsnummer 318497, Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach dem Geschlecht, Juli 2023; eigene Berechnungen

17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl		
	2017	2021	2022	2017	2021	2022		2022/2017	2022/2021	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	212 837	247 774	223 119	3,5	3,9	3,5		4,7	+4,8	-10,0
Bayern	231 353	262 186	235 851	3,2	3,5	3,1		4,1	+1,9	-10,0
Berlin	168 991	198 401	179 327	9,0	9,8	8,8		11,3	+6,1	-9,6
Brandenburg	92 648	78 463	74 242	7,0	5,9	5,6		7,1	-19,9	-5,4
Bremen	35 687	39 292	37 214	10,2	10,7	10,2		13,3	+4,3	-5,3
Hamburg	69 248	80 395	73 800	6,8	7,5	6,8		9,1	+6,6	-8,2
Hessen	166 287	178 086	164 492	5,0	5,2	4,8		6,2	-1,1	-7,6
Mecklenburg-Vorpommern	70 982	62 410	59 571	8,6	7,6	7,3		9,3	-16,1	-4,5
Niedersachsen	244 260	243 021	230 553	5,8	5,5	5,3		6,8	-5,6	-5,1
Nordrhein-Westfalen	701 219	718 220	668 502	7,4	7,3	6,8		8,8	-4,7	-6,9
Rheinland-Pfalz	106 299	112 137	102 515	4,8	5,0	4,6		5,9	-3,6	-8,6
Saarland	34 672	36 156	33 017	6,7	6,8	6,3		8,5	-4,8	-8,7
Sachsen	140 348	124 743	118 216	6,7	5,9	5,6		7,2	-15,8	-5,2
Sachsen-Anhalt	96 960	81 093	77 978	8,4	7,3	7,1		9,6	-19,6	-3,8
Schleswig-Holstein	92 434	88 865	81 564	6,0	5,6	5,2		6,7	-11,8	-8,2
Thüringen	68 614	62 249	58 172	6,1	5,6	5,3		6,9	-15,2	-6,5
Deutschland	2 532 837	2 613 489	2 418 133	5,7	5,7	5,3		6,9	-4,5	-7,5

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Januar 2023; Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Jahreszahlen – Teil Arbeitsmarkt, Mai 2023

18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾					Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen insgesamt	
	2017	2021	2022	insgesamt		Männer	Frauen	2022/2017	2022/2021	
				2017	2021	2022				
Anzahl			%							
Baden-Württemberg	19 506	20 540	17 453	2,8	2,9	2,5	2,8	2,3	-10,5	-15,0
Bayern	23 106	23 794	20 436	2,8	2,9	2,5	2,7	2,3	-11,6	-14,1
Berlin	13 771	16 682	14 178	9,6	10,4	8,8	9,8	7,6	+3,0	-15,0
Brandenburg	6 255	6 293	6 029	7,9	6,4	5,9	6,2	5,4	-3,6	-4,2
Bremen	3 402	3 677	3 319	9,3	9,3	8,4	9,3	7,3	-2,5	-9,8
Hamburg	5 408	6 206	5 414	5,6	6,1	5,4	6,0	4,6	+0,1	-12,8
Hessen	16 797	16 838	15 435	5,0	4,8	4,5	4,8	4,0	-8,1	-8,3
Mecklenburg-Vorpommern	5 879	5 865	5 668	10,2	8,6	8,0	8,4	7,5	-3,6	-3,3
Niedersachsen	25 649	23 471	21 716	5,5	4,9	4,6	4,9	4,1	-15,3	-7,5
Nordrhein-Westfalen	64 090	59 085	53 199	6,3	5,7	5,2	5,7	4,6	-17,0	-10,0
Rheinland-Pfalz	11 457	10 383	9 081	4,6	4,3	3,8	4,1	3,4	-20,7	-12,5
Saarland	2 841	2 638	2 211	5,3	5,2	4,4	5,0	3,7	-22,2	-16,2
Sachsen	10 333	10 542	9 911	7,1	6,1	5,6	5,8	5,3	-4,1	-6,0
Sachsen-Anhalt	7 298	7 125	6 945	9,5	8,2	7,7	8,0	7,2	-4,8	-2,5
Schleswig-Holstein	9 703	8 191	7 379	5,9	4,9	4,4	4,9	3,8	-23,9	-9,9
Thüringen	5 200	5 267	5 097	6,7	5,9	5,6	5,7	5,4	-2,0	-3,2
Deutschland	230 694	226 596	203 469	5,1	4,9	4,4	4,8	3,9	-11,8	-10,2

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Januar 2023; Sonderauswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Juli 2018/Juli 2022/April 2023

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens zeigte sich im Jahr 2022 eher unbeeinträchtigt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine. Die Erholungstendenz nach der Corona-Pandemie setzte sich 2022 fort.

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2022 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 1,1 % und damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+1,8 %).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2022 um 1,2 % auf rund 4,17 Mio. Personen (Deutschland: +1,3 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2022 pro Kopf rund 81 500 Euro und lag damit bei 96,0 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2022 um real 1,1 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (-0,6 %).
- Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) nahm die BWS in Niedersachsen 2022 real um 2,3 % zu und damit etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen war in Niedersachsen 2022 etwas niedriger als 2017 (-0,5 %); Deutschland: -1,9 %.
- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2021 in Niedersachsen bei 23 375 Euro, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 1,4 % (Deutschland: 24 415 Euro, +2,1 %).
- Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % und lagen damit bei 93,3 % des Bundesdurchschnitts.

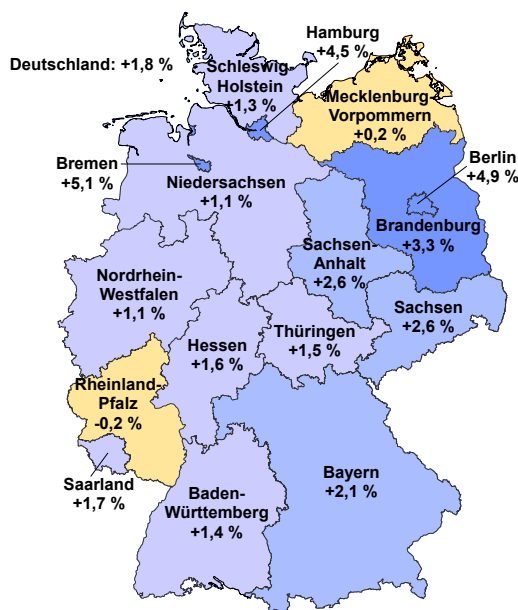
Wichtige Ergebnisse

Wirtschaftsleistung steigt wieder

Bruttoinlandsprodukt
(BIP) T19

Im Jahr 2022 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von über 339 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 1,1 % mehr als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft wuchs damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+1,8 %). Den stärksten BIP-Zuwachs verzeichnete Bremen mit 5,1 %; einzig in Rheinland-Pfalz schrumpfte die Wirtschaft um 0,2 %. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft konnte aber im Vorjahr ein Rekordwachstum verbuchen, was auf einen Sondereffekt im Bereich Forschung und Entwicklung zurückzuführen war.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 51,5 Mrd. Euro sowie real um 1,1 %. Im selben Zeitraum wuchs das BIP in Deutschland um 2,7 %, wobei die Veränderungsdaten in den Ländern zwischen -4,5 % (Saarland) und +12,8 % (Berlin) lagen.

Das BIP für Deutschland lag 2022 bei rund 3,87 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,8 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschaftete Nordrhein-Westfalen mit 20,5 %, gefolgt von Bayern mit 18,5 % und Baden-Württemberg mit 14,8 %.

BIP je Erwerbstätigen T19

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2022 pro Kopf rund 81 500 Euro und lag damit bei 96,0 % des Bundesdurchschnitts (rund 84 900 Euro). Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit rund 109 300 Euro, das niedrigste Thüringen mit gut 69 700 Euro.

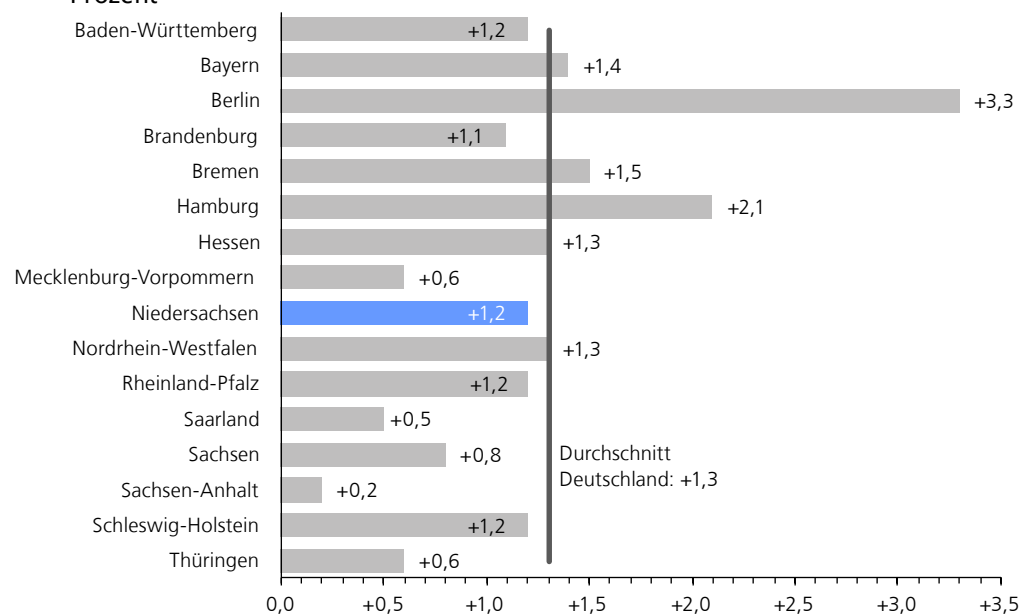
Erwerbstätige (Arbeitsort) T20

Zahl der Erwerbstätigen leicht gestiegen

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort im Jahresdurchschnitt auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, wuchs 2022 moderat um 1,2 % auf rund 4,17 Mio. Personen. Im Bundesdurchschnitt war der Anstieg ähnlich (+1,3 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2022 zu 2017 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um 2,8 %, der bundesweite Durchschnitt lag bei 3,0 %. Die höchste Zuwachsrate in den letzten fünf Jahren hatte Berlin mit einem Plus von 9,8 %, hingegen sank die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum in 3 Ländern, am stärksten in Thüringen (-1,9 %).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2022 waren hier 73,9 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,8 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,3 % im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Bruttowertschöpfung (BWS) T21-23

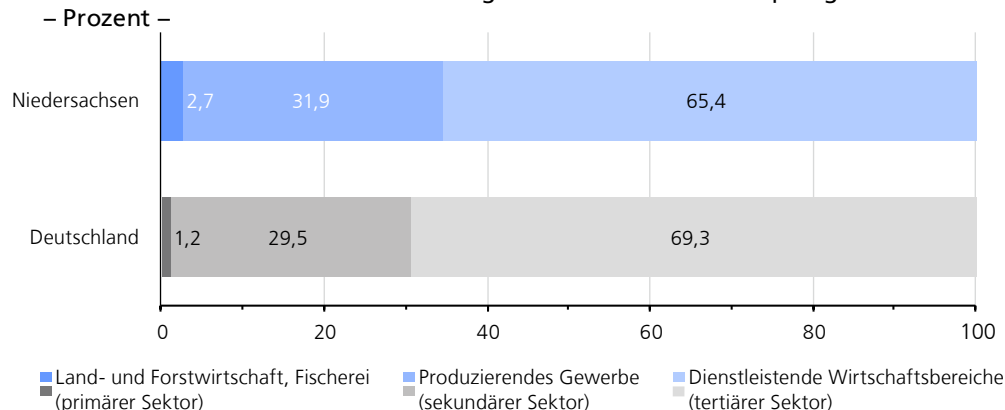
Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich nimmt zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2022 überwiegend im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich 65,4 %) und zu knapp einem Drittel im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe 31,9 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft,

Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 2,7 %, dennoch hatte Niedersachsen 2022 mit knapp 19,2 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor im Ländervergleich den zweithöchsten Anteil knapp hinter Bayern (19,3 %).

BWS Landwirtschaft, Fortwirtschaft, Fischerei
T21

Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2022 – Prozent –



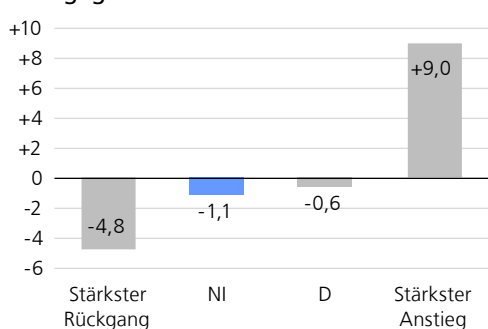
Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die BWS in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr um real 1,1 %. Dieser Rückgang war stärker als im Bundesdurchschnitt (-0,6 %). Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen 2021 mit 9,5 % den viertgrößten Anteil bei. Im mittelfristigen Vergleich 2022 gegenüber 2017 sank die BWS im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen real um -2,2 % und damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (-3,6 %).

BWS Produzierendes Gewerbe
T22

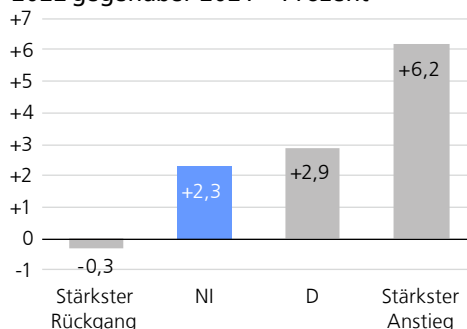
Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) nahm die BWS 2022 in Niedersachsen real um 2,3 % zu; dies war etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,3 % den fünftgrößten Anteil bei.

BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche
T23

Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbereich 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



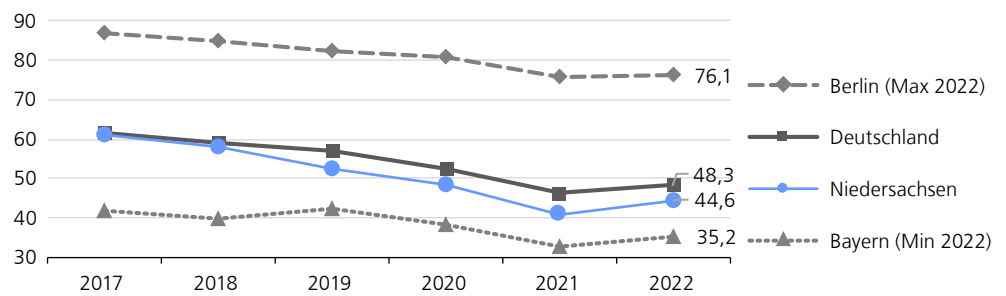
Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen

Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 8,7 % auf 1 164. Im Bundesdurchschnitt war der Anstieg gegenüber dem Vorjahr weniger stark (+4,3 %). Im Vergleich zu 2017 wurden 2022 in Niedersachsen 31,9 % weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 27,4 % weniger.

Unternehmensinsolvenzen
T24

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 steuerpflichtiger Unternehmen stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr in 13 von 16 Ländern. In Niedersachsen lag dieser Indikator 2022 mit 44,6 leicht unter dem durchschnittlichen Wert für Deutschland (48,3).

Zahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen¹⁾ 2017 bis 2022 – Prozent –



1) Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22 000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17 500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

Kleine und mittlere Unternehmen

T25

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz gesunken

Die Abgrenzung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kleinstunternehmen erfolgt an dieser Stelle auf Basis der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ausschließlich nach dem Jahresumsatz. Für die Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen nach EU-Unternehmensdefinition wird für die Definition der Größenklassen zusätzlich zum Umsatz auch die Zahl der tätigen Personen berücksichtigt.

Der Umsatz der umsatzsteuerpflichtigen kleinen und mittleren Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen von jährlich weniger als 50 Mio. Euro lag in Niedersachsen im Jahr 2021 bei rund 234 Mrd. Euro. Der Anteil dieser Unternehmen an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen sank damit um 6,7 Prozentpunkte auf 35,8 % und lag über dem Bundesdurchschnitt von 32,7 %.

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen jährlich, worunter in Niedersachsen knapp 92 % der kleinen und mittleren Unternehmen fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 10,8 % (Deutschland: 9,9 %). In Mecklenburg-Vorpommern war der Umsatzanteil der Kleinstunternehmen an allen Unternehmen mit 26,6 % am höchsten, in Hamburg mit 4,8 % am niedrigsten.

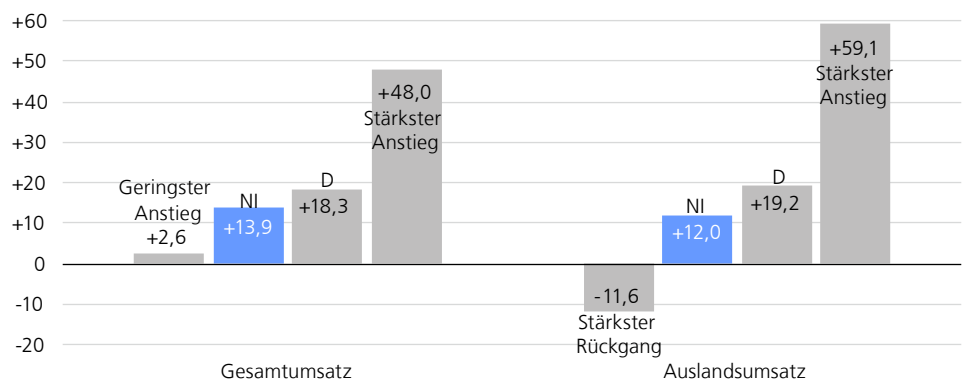
Umsatz Verarbeitendes Gewerbe

T26

Umsatzzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2022 deutlich um 13,9 % auf rund 242,2 Mrd. Euro. Im Bundesdurchschnitt gab es einen Zuwachs von 18,3 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 2017 nahm der Umsatz in Niedersachsen um 13,3 % zu und damit weniger stark als in Deutschland insgesamt (+24,0 %). Das größte Plus, allerdings bei geringeren Absolutwerten, verzeichnete Hamburg (+81,0 %) in diesem Zeitraum.

Veränderung des Gesamt- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Von den Gesamtumsätzen wurden 2022 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau 45,6 % im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Aus-

landsumsatz um 12,0 %. Für Deutschland (Anteil: 48,7 %) gab es beim Auslandsumsatz einen Zuwachs von 19,2 %. Im 5-Jahres-Vergleich 2022 zu 2017 stieg der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 10,7 %; im Bundesdurchschnitt nahm er um 25,2 % zu.

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des baugewerblichen Umsatzes 2022 im Vergleich zum Vorjahr bei +15,1 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von +9,9 %. Mit einem Anteil am Bundeswert von 12,4 % hatte Niedersachsen 2022 das viertstärkste Baugewerbe nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Im Zeitraum 2017 bis 2022 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 52,6 % (Bundesdurchschnitt: +41,5 %).

Umsatz Bauhauptgewerbe
T27

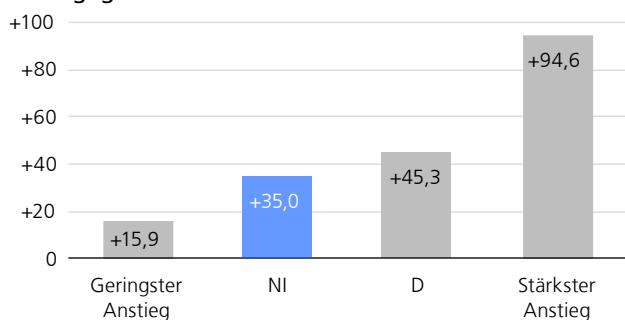
Zahl der Übernachtungen nahezu auf dem Niveau vor der Pandemie

Die Jahre 2020 und 2021 waren pandemiebedingt keine guten Jahre für den niedersächsischen Tourismus. Im Jahr 2022 setzte jedoch in den Beherbergungsstätten eine deutliche Erholung ein, so dass das Niveau der Jahre vor Corona nahezu wieder erreicht werden konnte.

Gästeübernachtungen
T28

Insgesamt wurden 2022 in Niedersachsen knapp 43,3 Mio. Übernachtungen gebucht und damit 35,0 % mehr als 2021. Deutschlandweit lag das Plus sogar bei 45,3 %. Im Vergleich zu 2017 übernachteten 2022 etwas weniger Gäste (-0,5 %) in Niedersachsen; im Bundesdurchschnitt gab es ein Minus von 1,9 %.

Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Nur 7,6 % der Übernachtungen in Niedersachsen entfielen 2022 auf Gäste aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet waren es 15,1 %. Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte wiederum Berlin mit 38,2 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen sank 2022 auf 3,2 Tage (2021: 3,6 Tage). Damit stand Niedersachsen 2022 an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 4,3 Tage) blieben die Gäste länger (Deutschland: 2,8 Tage).

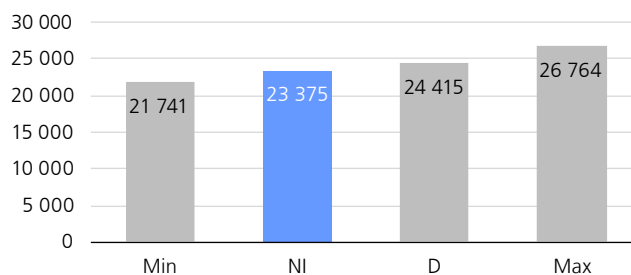
Verfügbares Einkommen 2021 und Verdienste 2022 erneut gestiegen

Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten 2021 pro Kopf durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von 23 375 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 1,4 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag leicht

Verfügbares Einkommen/Bruttojahresverdienste
T29/T30

darüber bei 24 415 Euro pro Kopf (+2,1 %). Im Zeitraum 2016 bis 2021 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 12,5 % in etwa im Bundesdurchschnitt (+12,6 %).

■ Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Euro –



1) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Bei den durchschnittlichen Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gab es 2022 in Niedersachsen ein Plus von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr, ein etwas geringerer Anstieg als im Bundesdurchschnitt (+4,3 %). Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2022 in Niedersachsen 52 692 Euro und lag damit bei 93,3 % des Bundesdurchschnitts (56 490 Euro).

Verdienstabstand (Gender Pay Gap) T30

Hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern war 2022 im Vergleich zu 2017 keine merkliche Annäherung festzustellen. 2022 entsprach der durchschnittliche Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 83,4 % des Verdienstes der Männer (2017: 83,8 %). Beim Verdienstabstand gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es einen geringen Rückgang: 2022 verdienen Frauen in Niedersachsen 18 % weniger als Männer, 2021 lag der Unterschied bei 19 %. Dieser sogenannte unbereinigte Gender Pay Gap lag im Bundesdurchschnitt 2021 und 2022 bei 18 % (siehe auch Kapitel Gleichstellung).

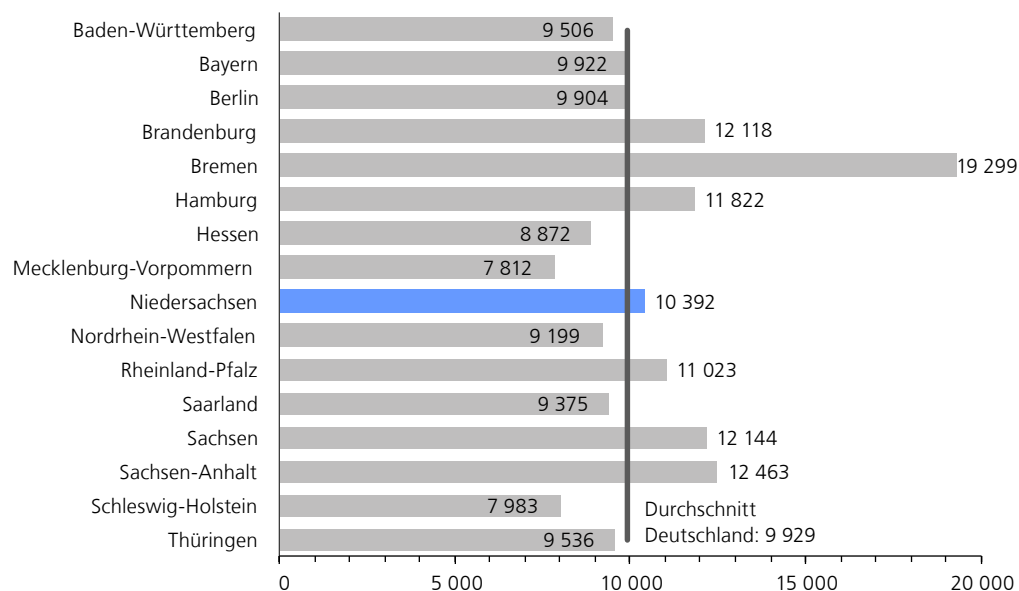
Investitionen Verarbeitendes Gewerbe T31

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin rückläufig

Nachdem im Jahr 2020 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen pandemiebedingt um 9,6 % einbrachen, wurde 2021 ein weiterer Rückgang um 4,6 % verzeichnet. In Deutschland hingegen stiegen die Investitionen 2021 um 2,9 %. Bezogen auf den für einen Vergleich

■ Investitionen je tätiger Person 2021 – Euro –

– Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden –



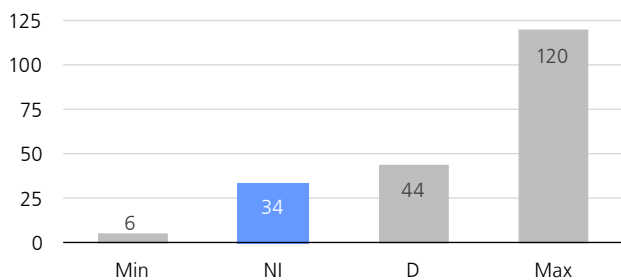
aussagekräftigeren Zeitraum von 2016 bis 2021 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 6,3 % und bundesweit lediglich um 0,3 %.

Rückgang der Patentanmeldungen

Patentanmeldungen
T32

Die Zahl der Patentanmeldungen in Niedersachsen sank 2022 im Vergleich zu 2021 um 6,5 % und damit etwa so stark wie im Bundesdurchschnitt (-6,6 %). Im Vergleich der Jahre 2022 zu 2017 ging die Zahl noch deutlicher um 20,5 % zurück (Deutschland: -22,2 %). Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen im Jahr 2022 mit 2 792 Patentanmeldungen im Ländervergleich unverändert an vierter Stelle. Die meisten Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichen im Ländervergleich Baden-Württemberg (120), Bayern (79) und Niedersachsen (34).

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 – Anzahl –



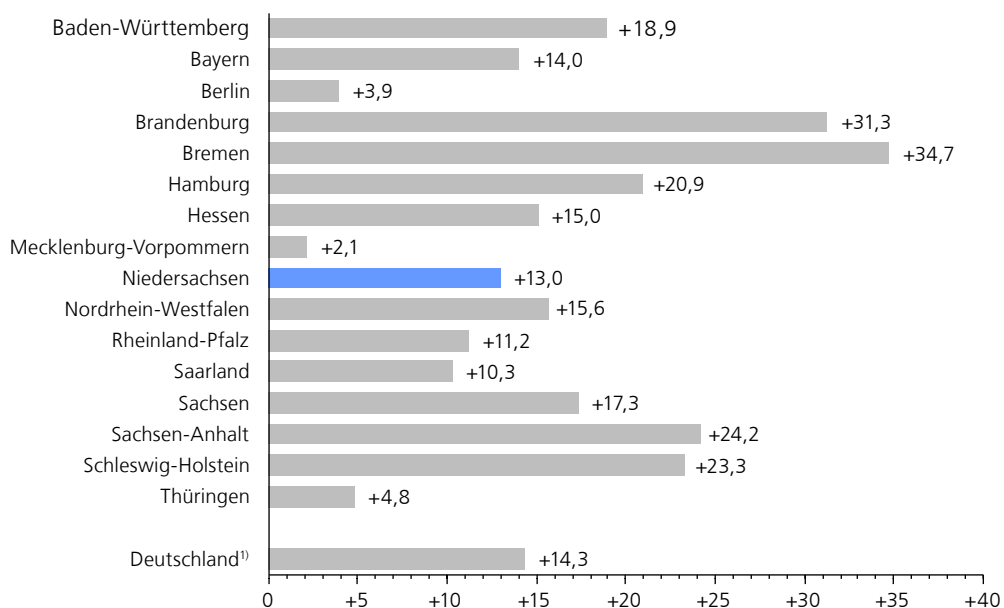
Deutliche Zuwächse der Exporte ...

Exporte
T33

Der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen stieg 2022 deutlich an. Mit einem Plus von 13,0 % fiel der Exportzuwachs jedoch nicht ganz so stark aus wie im Bundesdurchschnitt (+14,3 %). Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 97,7 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,1 % an der den Ländern zuordenbaren Ausfuhr für das gesamte Bundesgebiet entsprach.

Im Vergleich der Jahre 2022 und 2017 stieg der Wert der aus Niedersachsen exportierten Waren um 11,2 %, wobei die Spanne in den anderen Ländern von -3,0 % (Hamburg) bis +54,2 % (Sachsen-Anhalt) reichte. Deutschland erreichte einen Zuwachs von 23,3 % (einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordenbarer Exporte).

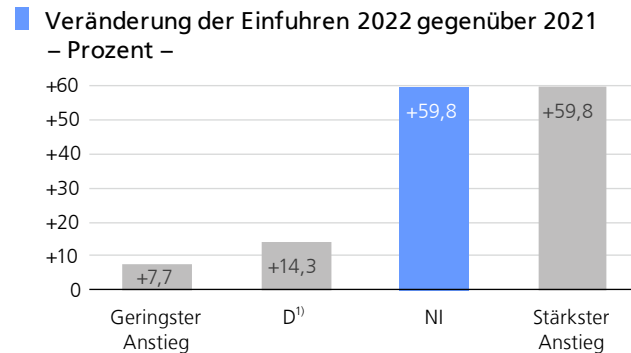
■ Veränderung der Ausfuhren 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



1) Deutschland einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordenbarer Exporte.

... und im Ländervergleich stärkster Anstieg der Importe

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2022 einen starken Anstieg um 59,8 %, was den höchsten Wert unter den Ländern darstellte (Deutschland: +14,3 %). Der Wert der nach Niedersachsen importierten Waren betrug rund 169,2 Mrd. Euro, was einem Anteil von 11,6 % an der gesamtdeutschen Einfuhr entsprach. Die wichtigsten Abnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (21,4 %), Baden-Württemberg (17,8 %) und Bayern (17,1 %).



1) Deutschland einschließlich regional nicht zuordenbarer Importe.

Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Regionale Gesamtrechnungen > [Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder \(VGRdL\)](#)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Regionale Gesamtrechnungen > [Erwerbstätigenrechnung der Länder \(AK ETR\)](#)
- LSN: Themen > [Konjunktur: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen \(VGR\) Niedersachsen](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Wirtschaft
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen 2022](#) (27.4.2023)

Verdienste:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Verdienste > [Verdienste nach Branchen und Berufen](#) > Publikationen > [Arbeitnehmerverdienste Jahresergebnisse \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 6 Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch > 62 Verdienste, Arbeitskosten > 623 Laufende Verdiensterhebungen > [62321 Vierteljährliche Verdiensterhebung/62361 Verdiensterhebung](#)
- LSN: Themen > Verdienste und Arbeitskosten > [Verdienste in Niedersachsen](#)

Unternehmensinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#) > Publikationen > Insolvenzen > [Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Veröffentlichungen > Statistische Berichte > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen > [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 4 Wirtschaftsbereiche > 42 Verarb. Gewerbe, Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden > 422 Strukturhebungen > [42271 Jahresbericht für Betriebe im Verarb. Gewerbe](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 4 Wirtschaftsbereiche > 44 Baugewerbe > 441 Konjunkturerhebungen im Bereich Baugewerbe > [44111 Monatsbericht im Bauhauptgewerbe](#)

Gästeübernachtungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > [Gastgewerbe, Tourismus](#) > Publikationen > [Tourismus Monatsergebnisse \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > Statistische Erhebung > 736 Monatserhebung im Tourismus (ab 2009)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Wirtschaft > Tourismus

Patentanmeldungen:

- Deutsches Patent- und Markenamt (DPMA): Das DPMA > Veröffentlichungen > [Jahresberichte](#)

Ein- und Ausfuhren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 5 Außenhandel, Unternehmen, Handwerk > [51 Außenhandel](#)

Autor: Sascha Ebigt

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

19. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017 ²⁾	2022/2021
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	497 299	538 948	572 837	79 537	85 429	89 729	+1,4	+1,4
Bayern	605 752	666 388	716 784	80 517	86 684	91 958	+3,3	+2,1
Berlin	141 322	165 457	179 379	71 905	79 182	83 032	+12,8	+4,9
Brandenburg	70 644	80 562	88 800	63 401	71 125	77 626	+5,7	+3,3
Bremen	32 389	35 151	38 698	75 810	80 835	87 752	+4,1	+5,1
Hamburg	116 589	130 873	144 220	92 846	101 308	109 266	+6,3	+4,5
Hessen	280 094	303 310	323 352	81 277	86 485	91 013	+1,1	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	44 183	49 871	53 440	58 889	65 865	70 146	+1,6	+0,2
Niedersachsen	287 902	315 720	339 414	70 992	76 670	81 454	+1,1	+1,1
Nordrhein-Westfalen	678 970	742 818	793 790	72 027	77 379	81 608	+0,9	+1,1
Rheinland-Pfalz	140 117	162 169	171 699	69 551	80 139	83 935	+5,3	-0,2
Saarland	35 347	36 112	38 505	66 401	69 179	73 438	-4,5	+1,7
Sachsen	121 844	134 984	146 511	59 649	65 682	70 722	+3,1	+2,6
Sachsen-Anhalt	60 909	68 253	75 436	60 616	68 729	75 839	+3,6	+2,6
Schleswig-Holstein	92 620	104 709	112 755	66 403	72 735	77 404	+3,7	+1,3
Thüringen	61 180	66 424	71 430	58 546	65 158	69 717	+0,1	+1,5
Deutschland	3 267 160	3 601 750	3 867 050	73 832	80 074	84 860	+2,7	+1,8

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2022/Februar 2023; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

20. Erwerbstätigenrechnung der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2017	2021	2022				2022/2017 ²⁾	2022/2021
Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	6 252,4	6 308,7	6 384,7	1,1	30,4	68,6	+2,1	+1,2
Bayern	7 523,3	7 687,6	7 795,9	1,4	26,9	71,7	+3,6	+1,4
Berlin	1 965,4	2 089,6	2 158,0	0,0	10,4	89,6	+9,8	+3,3
Brandenburg	1 114,2	1 132,7	1 145,0	2,3	22,0	75,7	+2,8	+1,1
Bremen	427,2	434,8	441,2	0,1	17,6	82,3	+3,3	+1,5
Hamburg	1 255,7	1 291,8	1 319,6	0,2	12,2	87,6	+5,1	+2,1
Hessen	3 446,2	3 507,1	3 553,1	0,7	20,2	79,0	+3,1	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	750,3	757,2	761,6	2,8	19,4	77,8	+1,5	+0,6
Niedersachsen	4 055,4	4 117,9	4 167,8	2,3	23,8	73,9	+2,8	+1,2
Nordrhein-Westfalen	9 426,6	9 599,7	9 725,4	0,8	21,7	77,5	+3,2	+1,3
Rheinland-Pfalz	2 014,6	2 023,6	2 047,4	1,9	25,2	73,0	+1,6	+1,2
Saarland	532,3	522,0	524,5	0,4	24,6	75,0	-1,5	+0,5
Sachsen	2 042,7	2 055,1	2 071,4	1,2	26,2	72,6	+1,4	+0,8
Sachsen-Anhalt	1 004,8	993,1	994,7	1,8	25,6	72,6	-1,0	+0,2
Schleswig-Holstein	1 394,8	1 439,6	1 456,3	2,1	19,9	78,0	+4,4	+1,2
Thüringen	1 045,0	1 019,4	1 025,1	1,6	29,0	69,3	-1,9	+0,6
Deutschland	44 251,0	44 980,0	45 572,0	1,2	23,6	75,2	+3,0	+1,3

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2023; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (ETR).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2017	2021	2022	2017	2022		2022/2017 ²⁾	2022/2021	
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 471	2 916	4 090	0,6	0,8	9,5	61 137	+12,2	+0,5
Bayern	5 535	5 906	8 260	1,0	1,3	19,3	73 198	-3,7	-5,6
Berlin	9	9	13	0,0	0,0	0,0	21 928	-13,9	-5,6
Brandenburg	1 223	1 164	1 602	1,9	2,0	3,7	61 238	-17,0	-7,0
Bremen	22	15	18	0,1	0,1	0,0	48 032	-48,8	-4,0
Hamburg	74	102	144	0,1	0,1	0,3	69 117	+16,9	-5,6
Hessen	1 051	1 100	1 527	0,4	0,5	3,6	61 341	-1,1	-4,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 179	1 717	1 898	3,0	3,9	4,4	89 233	-0,4	-24,4
Niedersachsen	5 763	5 507	8 225	2,2	2,7	19,2	86 929	-14,7	-1,8
Nordrhein-Westfalen	3 939	4 192	5 967	0,6	0,8	13,9	79 680	-5,8	-3,4
Rheinland-Pfalz	1 873	2 352	2 995	1,5	1,9	7,0	79 037	+13,2	-3,0
Saarland	60	55	82	0,2	0,2	0,2	37 620	-9,2	+1,7
Sachsen	1 128	1 307	1 858	1,0	1,4	4,3	74 515	+1,1	-5,8
Sachsen-Anhalt	1 341	1 689	2 424	2,4	3,6	5,7	133 847	+9,3	-5,3
Schleswig-Holstein	1 313	1 542	2 368	1,6	2,3	5,5	77 071	+8,9	+2,2
Thüringen	846	1 068	1 429	1,5	2,2	3,3	86 221	+8,1	-9,7
Deutschland	27 828	30 641	42 898	0,9	1,2	100	77 294	-2,3	-4,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2022/Februar 2023; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2017	2021	2022	2017	2022		2022/2017 ²⁾	2022/2021	
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	177 795	188 700	198 590	39,7	38,3	19,3	102 470	-2,6	-0,4
Bayern	184 010	198 952	215 234	33,7	33,2	20,9	102 825	+0,0	+1,4
Berlin	18 512	19 628	20 399	14,5	12,6	2,0	91 227	-7,6	-3,4
Brandenburg	17 120	20 192	23 655	26,9	29,4	2,3	93 907	+6,0	+5,2
Bremen	8 321	8 488	9 687	28,5	27,7	0,9	125 207	+1,5	+9,0
Hamburg	18 117	19 529	20 914	17,2	16,0	2,0	128 707	-0,6	+0,7
Hessen	63 201	64 599	66 089	25,0	22,6	6,4	92 144	-12,0	-4,8
Mecklenburg-Vorpommern	9 517	11 058	11 667	23,9	24,1	1,1	78 478	-5,3	-4,7
Niedersachsen	83 570	91 690	97 931	32,2	31,9	9,5	98 729	-2,2	-1,1
Nordrhein-Westfalen	170 069	180 511	193 559	27,8	27,0	18,8	91 604	-6,9	-1,9
Rheinland-Pfalz	43 351	46 640	51 067	34,3	32,9	5,0	99 115	-4,0	+0,1
Saarland	11 076	9 915	10 683	34,8	30,7	1,0	83 164	-17,8	+0,4
Sachsen	34 870	37 765	41 582	31,8	31,4	4,0	76 820	-3,1	+1,1
Sachsen-Anhalt	17 738	20 613	23 138	32,3	33,9	2,2	91 300	+1,6	-0,0
Schleswig-Holstein	21 010	24 541	25 829	25,2	25,3	2,5	88 786	+0,3	-3,3
Thüringen	18 960	20 161	21 602	34,4	33,4	2,1	72 908	-6,8	-1,7
Deutschland	897 238	962 982	1 031 625	30,5	29,5	100	96 028	-3,6	-0,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2022/Februar 2023; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2017	2021	2022	2017	2022		€	2022/2017 ²⁾	2022/2021
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	267 855	295 979	315 563	59,8	60,9	13,0	72 060	+3,3	+2,5
Bayern	356 305	398 036	424 976	65,3	65,5	17,5	76 043	+4,4	+2,6
Berlin	108 826	130 055	141 871	85,5	87,4	5,9	73 274	+15,8	+6,2
Brandenburg	45 315	51 530	55 080	71,2	68,6	2,3	63 611	+5,6	+2,7
Bremen	20 842	23 298	25 304	71,4	72,3	1,0	69 661	+4,6	+3,7
Hamburg	86 868	98 772	109 416	82,7	83,9	4,5	94 707	+7,2	+5,3
Hessen	188 144	208 712	224 919	74,5	76,9	9,3	80 023	+5,1	+3,6
Mecklenburg-Vorpommern	29 117	32 344	34 782	73,1	71,9	1,4	58 763	+3,4	+3,2
Niedersachsen	170 097	188 441	200 910	65,6	65,4	8,3	65 221	+2,7	+2,3
Nordrhein-Westfalen	437 820	487 337	518 610	71,6	72,2	21,4	68 790	+3,5	+2,2
Rheinland-Pfalz	81 038	97 726	101 272	64,2	65,2	4,2	67 854	+9,4	-0,3
Saarland	20 715	22 701	24 071	65,0	69,1	1,0	61 141	+2,0	+2,3
Sachsen	73 797	83 050	89 108	67,2	67,2	3,7	59 191	+5,6	+3,5
Sachsen-Anhalt	35 807	39 448	42 685	65,2	62,5	1,8	59 027	+3,8	+4,3
Schleswig-Holstein	61 138	68 649	73 811	73,3	72,4	3,0	65 028	+4,1	+2,9
Thüringen	35 324	38 866	41 592	64,1	64,4	1,7	58 439	+3,0	+3,5
Deutschland	2 019 008	2 264 944	2 423 972	68,6	69,3	100	70 727	+4,9	+2,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2022/Februar 2023; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen (beantragt)			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022 ²⁾	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 902	1 513	1 516	42,2	36,7	36,7	-20,3	+0,2
Bayern	2 559	1 840	1 994	41,9	32,5	35,2	-22,1	+8,4
Berlin	1 349	1 242	1 252	87,0	75,5	76,1	-7,2	+0,8
Brandenburg	436	247	357	47,1	29,0	41,9	-18,1	+44,5
Bremen	206	229	153	91,2	110,2	73,6	-25,7	-33,2
Hamburg	741	488	543	79,9	57,1	63,5	-26,7	+11,3
Hessen	1 457	1 071	1 203	58,5	47,1	52,9	-17,4	+12,3
Mecklenburg-Vorpommern	251	194	207	45,2	37,7	40,2	-17,5	+6,7
Niedersachsen	1 710	1 071	1 164	61,1	41,0	44,6	-31,9	+8,7
Nordrhein-Westfalen	5 892	3 950	3 783	88,4	64,6	61,9	-35,8	-4,2
Rheinland-Pfalz	715	508	596	46,1	35,8	42,0	-16,6	+17,3
Saarland	245	182	166	71,2	58,0	52,9	-32,2	-8,8
Sachsen	918	521	605	62,1	39,6	46,0	-34,1	+16,1
Sachsen-Anhalt	501	285	298	77,3	49,5	51,8	-40,5	+4,6
Schleswig-Holstein	888	446	520	76,6	40,9	47,7	-41,4	+16,6
Thüringen	323	206	233	44,1	31,8	36,0	-27,9	+13,1
Deutschland	20 093	13 993	14 590	61,5	46,3	48,3	-27,4	+4,3

1) Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22 000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17 500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

2) Bezogen auf die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 2021.

25. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen¹⁾ unter 50 Millionen Euro Umsatz

Land	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen		Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter von Unternehmen mit unter 50 Mio. Euro Umsatz	Anteil der Unternehmen mit unter 50 Mio. Euro Umsatz			Anteil Kleinunternehmen mit unter 2 Mio. Euro Umsatz	Veränderung des Anteils der Unternehmen mit unter 50 Mio. Euro Umsatz	
	unter 50 Mio. Euro Umsatz	unter 2 Mio. Euro Umsatz			an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen					
	2021				2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Anzahl		Mio. €		%					
Baden-Württemberg	410 127	375 729	1 268 404	373 688	32,2	31,5	29,5	8,3	-8,5	-6,4
Bayern	563 811	521 909	1 327 820	454 733	39,1	37,8	34,2	10,7	-12,4	-9,4
Berlin	163 969	154 765	300 518	99 363	39,7	36,9	33,1	12,1	-16,8	-10,4
Brandenburg	85 124	79 537	97 804	59 277	61,2	64,7	60,6	21,3	-0,9	-6,3
Bremen	20 549	18 325	85 073	26 202	34,6	32,6	30,8	6,3	-10,9	-5,6
Hamburg	84 819	77 266	442 090	80 309	18,3	20,2	18,2	4,8	-0,7	-9,9
Hessen	226 296	209 234	806 325	185 706	35,4	33,9	23,0	7,1	-35,0	-32,0
Mecklenburg-Vorpommern	51 351	47 617	51 720	38 111	75,2	76,3	73,7	26,6	-2,0	-3,4
Niedersachsen	259 904	237 856	652 413	233 782	37,0	38,4	35,8	10,8	-3,2	-6,7
Nordrhein-Westfalen	607 487	557 368	1 754 916	550 542	35,1	34,7	31,4	8,9	-10,6	-9,6
Rheinland-Pfalz	141 370	131 275	284 106	107 798	42,3	43,8	37,9	12,6	-10,4	-13,5
Saarland	31 209	28 459	91 674	27 272	35,1	32,5	29,7	9,1	-15,2	-8,4
Sachsen	131 303	122 258	177 327	96 382	67,2	60,9	54,4	18,2	-19,2	-10,7
Sachsen-Anhalt	57 402	52 938	80 408	45 721	62,4	60,2	56,9	18,5	-8,9	-5,6
Schleswig-Holstein	108 459	100 350	200 246	87 722	47,7	46,2	43,8	14,2	-8,2	-5,3
Thüringen	64 626	59 811	71 484	49 775	75,3	72,5	69,6	22,1	-7,6	-4,0
Deutschland	3 007 806	2 774 697	7 692 327	2 516 381	37,2	36,8	32,7	9,9	-12,0	-11,1

1) Abgrenzung nur nach Jahresumsatz; steuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen nach dem Umsatzsteuergesetz (UStG) mit einem Jahresumsatz von über 22 000 Euro (bis 2019: über 17 500 Euro), daher ist ein Vergleich der Daten ab 2020 mit den Vorjahren insbesondere der Kleinunternehmen mit unter 2 Mio. Euro Umsatz nicht möglich.

26. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamtumsatz je tätiger Person	Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2017	2021	2022			2022/2017	2022/2021	2022/2017	2022/2021
	Mio. €			€	%				
Baden-Württemberg	361 454	389 970	437 292	336 955	57,7	+26,9	+14,3	+21,0	+12,1
Bayern	369 883	380 838	475 026	360 621	57,3	+38,5	+32,4	+28,4	+24,7
Berlin	25 175	28 241	41 797	494 776	44,7	+29,5	+18,8	+66,0	+48,0
Brandenburg	26 272	28 209	37 242	354 775	34,4	+74,2	+59,1	+41,8	+32,0
Bremen	35 856	27 619	36 149	742 228	66,8	+5,1	+38,1	+0,8	+30,9
Hamburg	78 171	98 145	141 465	1 567 197	23,9	+40,2	+46,0	+81,0	+44,1
Hessen	115 863	128 933	136 053	346 300	53,0	+18,2	+3,9	+17,4	+5,5
Mecklenburg-Vorpommern	15 967	17 930	18 388	293 158	35,7	+23,7	-11,6	+15,2	+2,6
Niedersachsen	213 803	212 653	242 218	426 283	45,6	+10,7	+12,0	+13,3	+13,9
Nordrhein-Westfalen	350 097	356 852	411 070	335 192	44,6	+17,9	+15,7	+17,4	+15,2
Rheinland-Pfalz	99 426	105 135	122 487	413 654	53,0	+21,2	+13,6	+23,2	+16,5
Saarland	29 156	25 286	29 346	368 793	47,6	-5,7	+15,9	+0,7	+16,1
Sachsen	67 396	72 414	83 572	293 140	37,6	+24,8	+13,2	+24,0	+15,4
Sachsen-Anhalt	40 923	44 787	58 852	453 847	32,0	+56,6	+33,6	+43,8	+31,4
Schleswig-Holstein	37 902	39 715	46 153	336 842	38,6	+23,4	+20,9	+21,8	+16,2
Thüringen	35 480	36 779	42 100	248 357	35,3	+28,6	+13,8	+18,7	+14,5
Deutschland	1 902 825	1 993 505	2 359 210	375 037	48,7	+25,2	+19,2	+24,0	+18,3

27. Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Baugew. Umsatz je tätiger Person im Baugewerbe	Veränderung baugewerblicher Umsatz	
	2017	2021	2022	2017	2022		2022/2017	2022/2021
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	11 162	14 500	15 511	14,5	14,3	224 309	+39,0	+7,0
Bayern	15 952	19 855	21 536	20,7	19,8	200 029	+35,0	+8,5
Berlin	2 773	3 562	4 051	3,6	3,7	248 271	+46,1	+13,7
Brandenburg	2 791	3 775	3 927	3,6	3,6	210 923	+40,7	+4,0
Bremen	488	617	563	0,6	0,5	194 735	+15,5	-8,7
Hamburg	1 612	2 246	2 574	2,1	2,4	328 750	+59,7	+14,6
Hessen	4 365	5 480	5 910	5,7	5,4	169 313	+35,4	+7,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 396	1 765	2 111	1,8	1,9	202 465	+51,2	+19,6
Niedersachsen	8 813	11 681	13 447	11,5	12,4	219 226	+52,6	+15,1
Nordrhein-Westfalen	11 906	16 150	17 705	15,5	16,3	208 655	+48,7	+9,6
Rheinland-Pfalz	3 436	4 356	4 764	4,5	4,4	196 072	+38,7	+9,4
Saarland	828	884	1 038	1,1	1,0	195 287	+25,3	+17,4
Sachsen	4 964	6 185	6 881	6,5	6,3	202 876	+38,6	+11,2
Sachsen-Anhalt	2 157	2 651	2 769	2,8	2,5	163 182	+28,3	+4,5
Schleswig-Holstein	2 087	2 995	3 566	2,7	3,3	202 234	+70,9	+19,1
Thüringen	2 165	2 288	2 458	2,8	2,3	172 725	+13,6	+7,4
Deutschland	76 895	98 989	108 811	100	100	206 725	+41,5	+9,9

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)¹⁾

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Übernachtungen insgesamt je Einwohner/-in	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ²⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2017	2021	2022			2017	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl in 1 000			%	Anzahl	Tage		%	
Baden-Württemberg	52 932	35 614	52 262	19,0	4,7	2,4	2,6	-1,3	+46,7
Bayern	94 369	60 970	92 268	17,6	6,9	2,5	2,7	-2,2	+51,3
Berlin	31 150	13 960	26 526	38,2	7,1	2,4	2,5	-14,8	+90,0
Brandenburg	13 090	10 107	13 521	7,2	5,3	2,7	2,8	+3,3	+33,8
Bremen	2 448	1 662	2 573	16,6	3,8	1,8	2,0	+5,1	+54,8
Hamburg	13 822	7 559	14 711	20,8	7,8	2,0	2,2	+6,4	+94,6
Hessen	34 104	18 784	29 768	19,1	4,7	2,2	2,3	-12,7	+58,5
Mecklenburg-Vorpommern	29 743	26 550	31 764	2,4	19,5	4,0	4,3	+6,8	+19,6
Niedersachsen	43 495	32 030	43 256	7,6	5,3	3,0	3,2	-0,5	+35,0
Nordrhein-Westfalen	51 509	29 609	47 535	17,9	2,6	2,2	2,3	-7,7	+60,5
Rheinland-Pfalz	22 226	14 213	21 065	20,8	5,1	2,5	2,7	-5,2	+48,2
Saarland	3 089	2 072	3 018	13,4	3,1	2,9	2,9	-2,3	+45,6
Sachsen	19 513	12 297	17 911	9,3	4,4	2,5	2,6	-8,2	+45,7
Sachsen-Anhalt	8 135	5 816	7 912	6,7	3,6	2,4	2,5	-2,7	+36,0
Schleswig-Holstein	29 892	32 385	37 531	4,6	12,7	3,9	4,3	+25,6	+15,9
Thüringen	9 927	6 619	9 087	5,1	4,3	2,6	2,7	-8,5	+37,3
Deutschland	459 445	310 245	450 707	15,1	5,4	2,6	2,8	-1,9	+45,3

1) Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit 10 und mehr Schlafgelegenheiten bzw. auf Campingplätzen mit 10 und mehr Stellplätzen.

2) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in			Deutschland = 100 ²⁾			Veränderung je Einwohner/-in	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016 ²⁾	2021/2020
	€			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	23 755	25 508	26 039	109,6	106,7	106,7	+9,6	+2,1
Bayern	24 253	26 226	26 764	111,9	109,7	109,6	+10,4	+2,1
Berlin	19 406	22 009	22 658	89,5	92,0	92,8	+16,8	+2,9
Brandenburg	19 293	22 459	22 928	89,0	93,9	93,9	+18,8	+2,1
Bremen	20 103	22 232	22 738	92,7	93,0	93,1	+13,1	+2,3
Hamburg	24 205	25 682	26 158	111,7	107,4	107,1	+8,1	+1,9
Hessen	22 594	24 456	25 023	104,2	102,3	102,5	+10,8	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	18 265	21 496	21 880	84,3	89,9	89,6	+19,8	+1,8
Niedersachsen	20 782	23 049	23 375	95,9	96,4	95,7	+12,5	+1,4
Nordrhein-Westfalen	20 971	23 294	23 812	96,8	97,4	97,5	+13,5	+2,2
Rheinland-Pfalz	21 745	23 944	24 367	100,3	100,1	99,8	+12,1	+1,8
Saarland	19 836	21 841	22 370	91,5	91,3	91,6	+12,8	+2,4
Sachsen	19 101	21 733	22 120	88,1	90,9	90,6	+15,8	+1,8
Sachsen-Anhalt	18 455	21 280	21 741	85,1	89,0	89,0	+17,8	+2,2
Schleswig-Holstein	21 652	24 345	24 888	99,9	101,8	101,9	+14,9	+2,2
Thüringen	18 601	21 311	21 803	85,8	89,1	89,3	+17,2	+2,3
Deutschland	21 675	23 916	24 415	100	100	100	+12,6	+2,1

1) Einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022/Februar 2023.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich¹⁾

Land	Bruttojahresverdienste ²⁾ von Vollzeitbeschäftigten			Bruttojahresverdienst ²⁾ (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern		Veränderung der Bruttojahresverdienste ²⁾ (Vollzeitbeschäftigte)		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap)		
	2017	2021	2022	2017	2022	2022/2017	2022/2021	2017	2021	2022
	€					%				
Baden-Württemberg	54 203	57 784	61 090	75,6	77,6	+12,7	+5,7	25	22	23
Bayern	52 786	57 648	59 395	79,7	78,3	+12,5	+3,0	24	21	21
Berlin	48 409	55 946	58 532	88,1	85,1	+20,9	+4,6	10	10	10
Brandenburg	39 260	44 212	46 367	98,0	95,5	+18,1	+4,9	6	5	6
Bremen	51 417	54 457	58 236	78,8	77,3	+13,3	+6,9	24	22	20
Hamburg	56 584	62 506	64 934	79,8	78,6	+14,8	+3,9	21	21	18
Hessen	56 153	60 194	63 777	80,5	81,0	+13,6	+6,0	22	18	21
Mecklenburg-Vorpommern	37 441	41 715	43 569	97,0	96,2	+16,4	+4,4	6	5	6
Niedersachsen	46 722	50 809	52 692	83,8	83,4	+12,8	+3,7	21	19	18
Nordrhein-Westfalen	50 665	54 559	56 381	82,1	82,4	+11,3	+3,3	21	17	17
Rheinland-Pfalz	47 982	51 930	55 127	82,6	84,3	+14,9	+6,2	19	15	15
Saarland	47 312	49 101	52 566	81,1	84,9	+11,1	+7,1	24	20	18
Sachsen	39 823	44 531	45 667	92,8	94,2	+14,7	+2,6	9	6	8
Sachsen-Anhalt	39 167	43 686	44 930	98,1	94,7	+14,7	+2,8	6	7	6
Schleswig-Holstein	45 021	49 005	51 404	85,1	88,4	+14,2	+4,9	14	12	12
Thüringen	37 924	42 507	44 830	96,5	93,1	+18,2	+5,5	6	5	7
Deutschland	49 792	54 163	56 490	81,9	82,2	+13,5	+4,3	20	18	18

1) Die Ergebnisse der neuen Verdiensterhebung ab Berichtsjahr 2022 sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte eingeschränkt vergleichbar mit den früheren Daten aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (bis 2021).

2) Einschließlich Sonderzahlungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Auswertung für durchschnittliche Bruttojahresverdienste und Sonderzahlungen nach Geschlecht, Wiesbaden 28.6.2023; eigene Berechnungen; für Verdienstabstand: Statistisches Bundesamt (Destatis) unter Verdienste – Verdienstunterschiede, Tabelle Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person	2021/2016	2021/2020
	2016	2020	2021			
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	12 867	12 010	12 158	9 506	-5,5	+1,2
Bayern	13 921	12 629	12 827	9 922	-7,9	+1,6
Berlin	948	786	822	9 904	-13,3	+4,5
Brandenburg	1 225	1 288	1 193	12 118	-2,6	-7,4
Bremen	666	1 054	928	19 299	+39,4	-11,9
Hamburg	1 053	1 029	1 024	11 822	-2,7	-0,4
Hessen	3 897	3 498	3 486	8 872	-10,5	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	599	453	495	7 812	-17,4	+9,3
Niedersachsen	5 507	6 132	5 853	10 392	+6,3	-4,6
Nordrhein-Westfalen	10 427	10 499	11 176	9 199	+7,2	+6,4
Rheinland-Pfalz	2 543	2 994	3 206	11 023	+26,1	+7,1
Saarland	858	635	748	9 375	-12,9	+17,8
Sachsen	2 431	2 843	3 408	12 144	+40,2	+19,8
Sachsen-Anhalt	1 636	1 479	1 625	12 463	-0,7	+9,9
Schleswig-Holstein	933	1 000	1 086	7 983	+16,4	+8,6
Thüringen	1 547	1 525	1 560	9 536	+0,9	+2,3
Deutschland	61 398	59 854	61 595	9 929	+0,3	+2,9

32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 530	13 571	13 444	132	122	120	-7,5	-0,9
Bayern	15 457	11 879	10 548	119	90	79	-31,8	-11,2
Berlin	716	526	480	20	14	13	-33,0	-8,7
Brandenburg	329	257	228	13	10	9	-30,7	-11,3
Bremen	129	102	105	19	15	15	-18,6	+2,9
Hamburg	790	463	375	43	25	20	-52,5	-19,0
Hessen	1 930	1 479	1 202	31	24	19	-37,7	-18,7
Mecklenburg-Vorpommern	135	98	176	8	6	11	+30,4	+79,6
Niedersachsen	3 513	2 985	2 792	44	37	34	-20,5	-6,5
Nordrhein-Westfalen	7 208	5 675	5 292	40	32	29	-26,6	-6,7
Rheinland-Pfalz	922	856	804	23	21	19	-12,8	-6,1
Saarland	197	178	137	20	18	14	-30,5	-23,0
Sachsen	717	604	592	18	15	15	-17,4	-2,0
Sachsen-Anhalt	186	154	122	8	7	6	-34,4	-20,8
Schleswig-Holstein	490	475	427	17	16	14	-12,9	-10,1
Thüringen	537	525	470	25	25	22	-12,5	-10,5
Deutschland	47 786	39 827	37 194	58	48	44	-22,2	-6,6

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deutschen Ausfuhr ¹⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2017	2021	2022 ²⁾		2022/2017	2022/2021
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	200 235	221 180	262 955	21,8	+31,3	+18,9
Bayern	190 696	189 861	216 479	17,9	+13,5	+14,0
Berlin	14 819	15 877	16 497	1,4	+11,3	+3,9
Brandenburg	12 655	13 525	17 753	1,5	+40,3	+31,3
Bremen	21 239	15 926	21 456	1,8	+1,0	+34,7
Hamburg	53 403	42 860	51 805	4,3	-3,0	+20,9
Hessen	63 237	69 110	79 508	6,6	+25,7	+15,0
Mecklenburg-Vorpommern	7 215	9 592	9 798	0,8	+35,8	+2,1
Niedersachsen	87 821	86 422	97 663	8,1	+11,2	+13,0
Nordrhein-Westfalen	190 343	202 343	233 995	19,4	+22,9	+15,6
Rheinland-Pfalz	54 833	54 702	60 817	5,0	+10,9	+11,2
Saarland	16 534	15 131	16 693	1,4	+1,0	+10,3
Sachsen	41 257	44 974	52 752	4,4	+27,9	+17,3
Sachsen-Anhalt	15 490	19 235	23 882	2,0	+54,2	+24,2
Schleswig-Holstein	22 000	22 980	28 331	2,3	+28,8	+23,3
Thüringen	15 158	16 995	17 805	1,5	+17,5	+4,8
Deutschland³⁾	1 278 958	1 379 346	1 576 820	100	+23,3	+14,3

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordenbaren Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 7. Juli 2023.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordenbarer Exporte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deutschen Einfuhr ¹⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2017	2021	2022 ²⁾		2022/2017	2022/2021
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	170 036	198 107	260 336	17,8	+53,1	+31,4
Bayern	179 362	211 820	250 604	17,1	+39,7	+18,3
Berlin	13 977	16 132	17 783	1,2	+27,2	+10,2
Brandenburg	17 250	20 616	26 315	1,8	+52,6	+27,6
Bremen	14 457	16 019	19 686	1,3	+36,2	+22,9
Hamburg	66 222	66 256	81 139	5,5	+22,5	+22,5
Hessen	94 498	119 902	132 415	9,0	+40,1	+10,4
Mecklenburg-Vorpommern	6 268	7 240	10 314	0,7	+64,6	+42,5
Niedersachsen	85 695	105 866	169 197	11,6	+97,4	+59,8
Nordrhein-Westfalen	228 201	262 704	313 758	21,4	+37,5	+19,4
Rheinland-Pfalz	40 348	42 206	48 253	3,3	+19,6	+14,3
Saarland	14 332	15 942	17 374	1,2	+21,2	+9,0
Sachsen	24 038	32 455	34 954	2,4	+45,4	+7,7
Sachsen-Anhalt	16 373	19 023	25 022	1,7	+52,8	+31,5
Schleswig-Holstein	20 778	27 684	38 055	2,6	+83,2	+37,5
Thüringen	10 388	13 736	18 138	1,2	+74,6	+32,0
Deutschland³⁾	1 037 394	1 379 346	1 576 820	100	+52,0	+14,3

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordenbaren Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 7. Juli 2023.

3) Spezialhandel; einschließlich regional nicht zuordenbarer Importe.

Finanzen

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 35 bis 41 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden. Tabelle 42 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen innerhalb der finanzstatistischen Aggregate (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2022 in Niedersachsen um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr auf 7 939 Euro pro Kopf (Deutschland: +4,9 % auf 8 584 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 5,7 % (Deutschland: +4,2 %).
- Die Zinsausgaben in Niedersachsen sind 2022 deutlich gestiegen, lagen aber mit 132 Euro pro Kopf unter dem bundesweiten Durchschnitt (134 Euro pro Kopf).
- Der Finanzierungsüberschuss (mehr Einnahmen als Ausgaben) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug 2022 für Niedersachsen 0,4 % (Deutschland: 0,3 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2022 in Niedersachsen auf 9 611 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 8 892 Euro pro Kopf.

Wichtige Ergebnisse

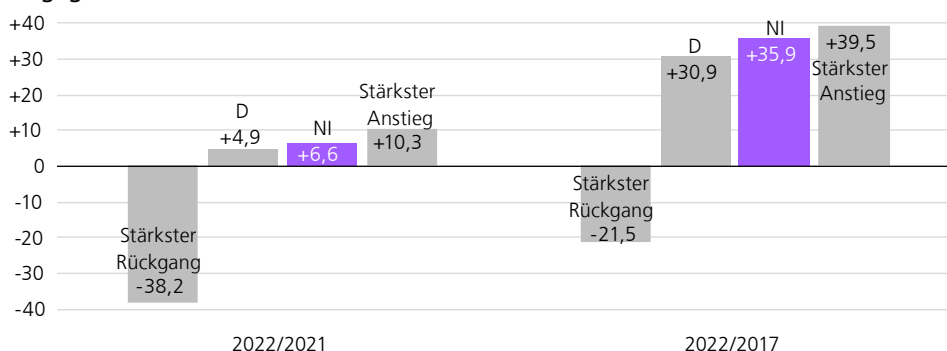
Einnahmen und Steuereinnahmen weiterhin leicht gestiegen

Die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen stiegen in Niedersachsen 2022 um 6,6 % (Bundesschnitt: +4,9 %). Erneut war in 15 von 16 Ländern ein Anstieg der Einnahmen zu beobachten. Lediglich im Saarland gab es einen hohen Einnahmerückgang um 38,2 %, da im 4. Quartal 2022 ein buchhalterisches Sondervermögen (Transformationsfonds) gebildet wurde. Die deutlichsten Zuwäch-

Einnahmen der Gesamthaushalte

T35

Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2022 gegenüber 2021 und 2017 – Prozent –



se erzielten Mecklenburg-Vorpommern (+10,3 %), Hamburg (+9,7 %) und Schleswig-Holstein (+9,3 %).

Im mittelfristigen Vergleich der Einnahmen 2022 gegenüber 2017 hatten alle Länder außer dem Saarland (-21,5 %) positive Veränderungsrate von mehr als 20 %: Die höchsten Zuwächse verbuchten Hamburg (+39,5 %), Schleswig-Holstein (+37,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+36,7 %). An vierter Stelle folgt Niedersachsen mit einer Veränderungsrate von +35,9 % (Bundesdurchschnitt: +30,9 %).

Bundesweit erzielten die öffentlichen Gesamthaushalte 2022 pro Kopf gerechnet Einnahmen von 8 584 Euro. Die höchsten Einnahmen pro Kopf fielen erneut in den Stadtstaaten Hamburg (14 162 Euro), Bremen (12 013 Euro) und Berlin (10 816 Euro) an, die niedrigsten verzeichneten 2022 das Saarland (4 776 Euro), Rheinland-Pfalz (7 838 Euro) und Niedersachsen (7 939 Euro).

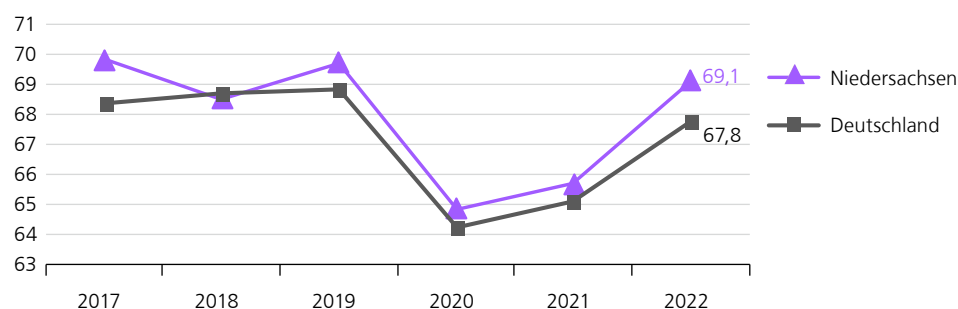
Steuereinnahmequote

T35

Die Steuereinnahmequote ist in Tabelle 35 als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen 2022 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 69,1 % ihrer Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 67,8 %.

■ Steuereinnahmequote 2017 bis 2022 – Prozent –

– Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes –



Steuereinnahmen

T36

Bundesweit erhöhten sich die Steuereinnahmen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 % auf 5 816 Euro pro Kopf und mittelfristig seit dem Jahr 2017 um 29,7 %. Im Ländervergleich stiegen die Steuereinnahmen mittelfristig am stärksten in den 3 Stadtstaaten, gefolgt von den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (+36,8 %), Schleswig-Holstein (+34,8 %) und Niedersachsen (+34,6 %). Kurzfristig wuchs das Steueraufkommen in Niedersachsen 2022 um 12,3 % gegenüber dem Vorjahr auf 44,5 Mrd. Euro. Mit einem Pro-Kopf-Betrag von 5 487 Euro blieb Niedersachsen auch 2022 im Mittelfeld, die Spanne in den Ländern reichte von 8 517 Euro (Hamburg) bis 5 048 Euro (Thüringen).

Quotient Steuereinnahmen/BIP

T36

Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Mecklenburg-Vorpommern wies 2022 die höchste Quote mit 15,5 % auf, gefolgt von Berlin (15,2 %) und Thüringen (15,0 %). Die eher wirtschaftsstarke Länder wie Bayern (11,0 %), Hamburg (11,1 %) und Baden-Württemberg (11,5 %) wiesen erneut die geringsten Quoten auf. Niedersachsen lag mit einem Wert von 13,1 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 12,6 %.

Ausgaben der Gesamthaushalte

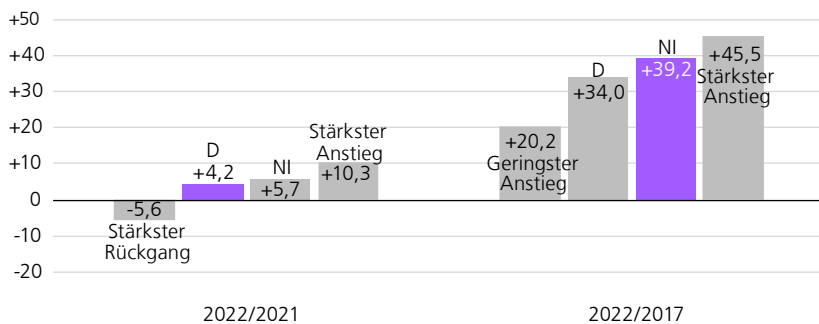
T37

Länder mit moderaten Ausgabensteigerungen

Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte beliefen sich 2022 im Bundesdurchschnitt auf 8 425 Euro pro Kopf. Die Stadtstaaten Hamburg (12 399 Euro), Bremen (12 211 Euro) und Berlin (10 422 Euro) wiesen erneut die höchsten Ausgaben pro Kopf auf. Niedersachsen hatte mit 7 759 Euro die viertniedrigsten Ausgaben pro Kopf.

Die Ausgaben der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen wuchsen 2022 gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 4,2 %; Niedersachsen hatte mit 5,7 % den fünfthöchsten Ausgabenanstieg. Anders als in den beiden Corona-Jahren 2020 und 2021 verbuchte 2022 nur Nordrhein-Westfalen einen Anstieg von über 10 %. Hamburg (-5,6 %), Berlin (-4,6 %) und Thüringen (-0,4 %) konnten ihre Ausgaben sogar reduzieren.

Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2022 gegenüber 2021 und 2017 – Prozent –



Im mittelfristigen Vergleich 2022 gegenüber 2017 gab es bundesweit einen Anstieg der Ausgaben um knapp über ein Drittel (34,0 %), in Niedersachsen um 39,2 %.

Im Verhältnis der Ausgaben zur Wirtschaftsleistung (BIP) wiesen Mecklenburg-Vorpommern (25,7 %), Sachsen-Anhalt (24,0 %) und Brandenburg (23,7 %) die höchsten Quoten auf. Die geringsten Quoten entfielen auf die wirtschaftsstarken Länder Bayern (15,0 %), Baden-Württemberg (15,2 %) und Hamburg (16,1 %). Für Niedersachsen lag dieser Wert mit 18,6 % geringfügig über dem Bundesdurchschnitt (18,3 %).

Quotient Ausgaben/BIP
T37

Anstieg der Personalausgaben in allen Ländern

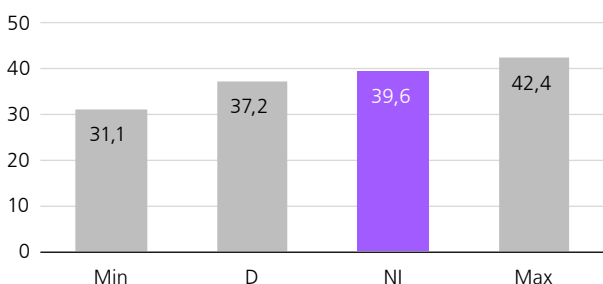
Personalausgaben
T38

Die Personalausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen stiegen 2022 bundesweit um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr. In Niedersachsen stieg der Wert um 5,1 %. Im Vergleich 2022 gegenüber 2017 war beim Ausgabenposten Personal bundesweit ein Wachstum um 25,2 % zu verzeichnen. Niedersachsen lag im 5-Jahres-Vergleich mit 24,1 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Bundesweit verwendeten die Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 2022 durchschnittlich 37,2 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 39,6 % über dem Durchschnitt. Höhere Personalausgabenquoten wurden nur für Baden-Württemberg (42,4 %), Rheinland-Pfalz (42,0 %) und das Saarland (41,2 %) berechnet. Die niedrigsten Quoten wiesen Mecklenburg-Vorpommern (31,1 %), Bremen (33,0 %) und Hamburg (33,1 %) auf.

Personalausgabenquote
T38

Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2022 – Prozent –



Zinsausgaben

T39

Zinsausgaben in Niedersachsen stark gestiegen

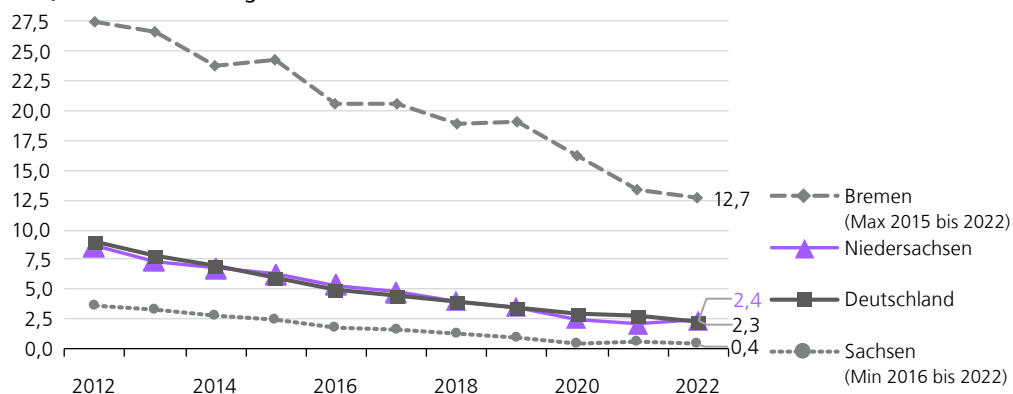
Die bundesweiten Aufwendungen für Zinsen der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen sind im Gegensatz zum letzten Jahr mit -6,7 % wieder leicht gesunken. In 13 von 16 Ländern waren die Zinsausgaben rückläufig. Ursächlich dürfte hier weiterhin vor allem das niedrige Zinsniveau sein. Die deutlichsten Senkungen der Zinsausgaben 2022 im Vorjahresvergleich wurden für Sachsen (-22,7 %) und Baden-Württemberg (-20,6 %) errechnet. Hingegen verbuchte Niedersachsen mit +27,8 % kurzfristig gegenüber dem Vorjahr den deutlich höchsten Anstieg der Zinsausgaben; dies ist unter anderem begründet durch die Trendwende am Zinsmarkt 2022 sowie durch Veränderungen im Anleihenmarkt (2021 erhöhte Zinserträge; 2022 erhöhte Zinsausgaben). Im mittelfristigen Vergleich 2022 gegenüber 2017 belief sich der Rückgang bundesdurchschnittlich auf 33,5 %, in Niedersachsen auf 31,8 %. Pro Kopf gaben die öffentlichen Gesamthaushalte 2022 bundesweit durchschnittlich 134 Euro für Zinsen aus, in Niedersachsen waren es 132 Euro.

Zins-Steuer-Quote

T39

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf: Sachsen und Bayern verwendeten lediglich 0,4 % bzw. 0,7 % der Steuererträge für Zinszahlungen, Bremen und das Saarland hingegen 12,7 % bzw. 5,7 %. Bundesweit betrug die Zins-Steuer-Quote 2,3 %, in Niedersachsen 2,4 %.

■ Zins-Steuer-Quote 2012 bis 2022 – Prozent –
– Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen –



Finanzierungssaldo

T40

Länder wieder mit kleineren Finanzierungsüberschüssen

Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

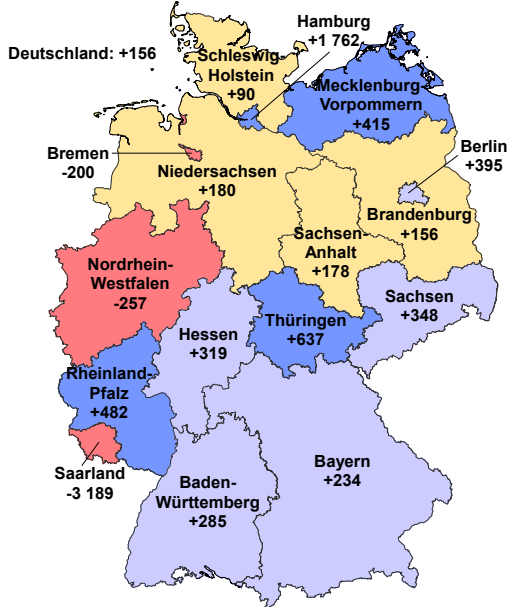
Die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen erzielten in 13 der 16 Länder Finanzierungsüberschüsse (mehr Einnahmen als Ausgaben). Bundesweit betrug der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Gesamthaushalte pro Kopf gerechnet 156 Euro. Die höchsten positiven Salden pro Kopf ergaben sich in Hamburg (1 762 Euro), Thüringen (637 Euro) und Rheinland-Pfalz (482 Euro). Finanzierungsdefizite (die Ausgaben überstiegen die Einnahmen) entstanden im Saarland (-3 189 Euro pro Kopf; das erhöhte Finanzierungsdefizit steht in Zusammenhang mit der Bildung eines buchhalterischen Sondervermögens), Nordrhein-Westfalen (-257 Euro pro Kopf) und Bremen (-200 Euro pro Kopf). Niedersachsen wies einen Finanzierungsüberschuss von 180 Euro pro Kopf auf.

Quotient Finanzierungssaldo/BIP

T40

Um einen weiteren Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich der Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen 2022 auf +0,3 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Die entsprechenden Quoten betragen in 12 Ländern 1 % und weniger. Nur Hamburg (+2,3 %), Thüringen (+1,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (+1,3 %) und Rheinland-Pfalz (+1,2 %) können mit einer höheren positiven Quote aufwarten. In Niedersachsen betrug diese Quote +0,4 % gemessen am BIP. Die höchste negative Quote gemessen am BIP wies das Saarland (-8,2 %) auf (siehe Anmerkung im vorherigen Absatz).

**Finanzierungssaldo der Länder u. Kommunen
(Kernhaushalte und Extrahaushalte)
je Einwohnerin und Einwohner 2022 – Euro –**

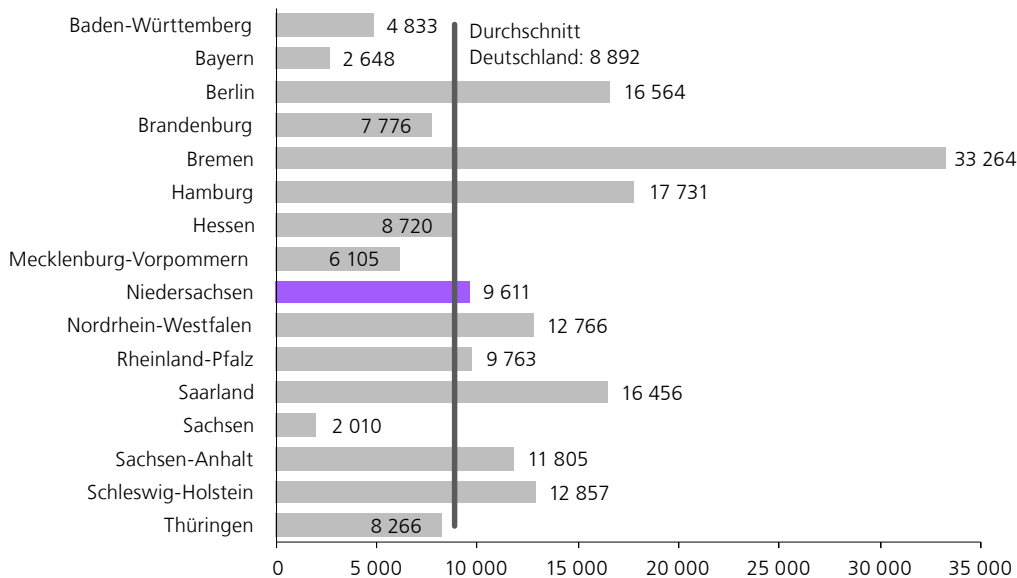


Verschuldung in Niedersachsen erstmals seit 2019 leicht gesunken

Schulden
T41

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen konnte in Niedersachsen erstmals seit dem Jahr 2019 wieder gesenkt werden. Die Verschuldung wurde 2022 gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 3,2 % gesenkt, damit belief sich der Schuldenstand am 31.12.2022 auf 747,6 Mrd. Euro. Die Verschuldung der Gesamthaushalte in Niedersachsen verringerte sich marginal um 0,8 % auf 78,0 Mrd. Euro.

**Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2022 – Euro –
– Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kernhaushalte und Extrahaushalte) –**



Nur in zwei Ländern – Sachsen-Anhalt (+5,1 %) und Bayern (+2,5 %) – ist der Schuldenstand gestiegen. In allen anderen 14 Ländern ist eine Senkung der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich zu erkennen. Die deutlichste Reduzierung der Verschuldung um über ein Drittel (-37,8 %) konnte Bremen erreichen.

Im mittelfristigen Vergleich der Jahre 2017 und 2022 konnten nur 5 der 16 Länder die Verschuldung zurückfahren. In den verbleibenden 11 Ländern stieg die Verschuldung dagegen weiter an. Sachsen ragt hier mit einem Anstieg der Schulden um 75,3 % heraus. Niedersachsen wies im 5-Jahres-Vergleich eine moderate Zunahme der Verschuldung um 7,0 % auf.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31.12.2022 erneut die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (33 264 Euro), Hamburg (17 731 Euro) und Berlin (16 564 Euro) aus; die geringsten Sachsen (2 010 Euro), Bayern (2 648 Euro) und Baden-Württemberg (4 833 Euro). Niedersachsen lag mit einem Schuldenstand pro Kopf von 9 611 Euro über dem bundesweiten Durchschnitt von 8 892 Euro.

Quotient Schulden/BIP

T41

Ein weiteres Maß zur Abbildung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Schulden in Niedersachsen entsprachen 2022 fast einem Viertel des BIP (23,0 %), die Quote lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 19,3 %; 6 Länder erreichten niedrigere Quoten als Niedersachsen. Im Ländervergleich ergab sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 58,5 % den höchsten Anteil der Schulden gemessen am BIP, gefolgt vom Saarland (42,3 %) und Berlin (34,4 %). Die geringsten Anteile wiesen wiederum Bayern (4,9 %), Sachsen (5,6 %) und Baden-Württemberg (9,5 %) auf.

Finanzausgleich

T42

Volumen des Finanzausgleichs gestiegen

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2021 und 2022 sind die Werte noch vorläufig). Durch die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist die Struktur des Ausgleichssystems ab dem Jahr 2020 geändert worden. Der horizontale Ausgleich der Finanzkraft erfolgt nicht mehr durch den Länderfinanzausgleich (LFA), sondern durch finanzkraftabhängige Zu- und Abschläge bei der horizontalen Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (sog. Finanzkraftausgleich, FKA). Nach der Hinzurechnung dieser Zu- und Abschläge wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer vollständig nach der Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder verteilt. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (FKA und BEZ) stieg 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Mrd. Euro auf knapp 29,3 Mrd. Euro. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Finanzkraftausgleichs (FKA), dessen Volumen rund 18,5 Mrd. Euro umfasste, zwischen den Geber- und Nehmerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2022 aus dem Finanzausgleich rund 2,6 Mrd. Euro (bzw. 320 Euro pro Kopf), was einer Reduzierung um 193 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr entsprach.

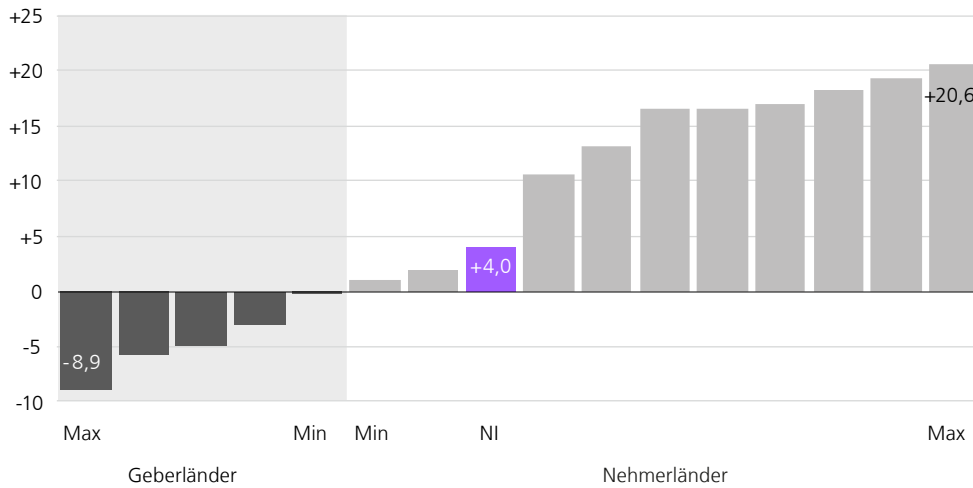
Die 5 Geberländer waren 2022 wie im Vorjahr Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Unter den 11 Nehmerländern erhielten 6 Zuweisungen von über 1 300 Euro pro Kopf, darunter Bremen (1 994 Euro), Sachsen-Anhalt (1 550 Euro) und Thüringen (1 536 Euro) die höchsten.

Quotient Finanzausgleich/BIP

T42

Der Quotient aus Finanzausgleich (FKA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 8,9 %, Hessen 5,7 %, Baden-Württemberg 4,9 %, Hamburg 3,1 % und Rheinland-Pfalz 0,2 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für das Saarland (20,6 %), Thüringen (19,2 %) und Sachsen-Anhalt (18,3 %) ein hohes Gewicht. Für Nordrhein-Westfalen (1,1 %) und Schleswig-Holstein (1,9 %) hatte der Finanzausgleich eine eher geringfügige Bedeutung. Auch für Niedersachsen war das Gewicht des Finanzausgleichs mit 4,0 % gemessen an den Einnahmen vergleichsweise klein.

Anteil des Finanzausgleichs (FKA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2022 – Prozent –



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Öffentliche Finanzen > [Ausgaben und Einnahmen](#) > Publikationen > Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts > [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts, 1. bis 4. Vierteljahr \(Fachserie 14 Reihe 2\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Öffentliche Finanzen > [Schulden, Finanzvermögen](#) > Publikationen > Schulden > [Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts \(Fachserie 14 Reihe 5\)](#)
- LSN: Veröffentlichungen > [Statistische Berichte](#) > Finanzen, Personal im öffentlichen Dienst, Steuern
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Staats- und Kommunalfinanzen in Niedersachsen 2022 \(10.8.2023\)](#)

Länderfinanzausgleich:

- Bundesministerium der Finanzen: Themen > Öffentliche Finanzen > Föderale Finanzbeziehungen > Länderfinanzausgleich > [Das System des Länderfinanzausgleichs](#) > Detaillierte Abrechnungen nach Jahren
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Der kommunale Finanzausgleich im Jahr 2023 \(31.5.2023\)](#)

Autor: Dominik Kroll

Tabellen Finanzen

35. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	71 673	86 752	90 430	6 522	7 808	8 048	+26,2	+4,2	73,0
Bayern	89 742	107 697	110 697	6 916	8 187	8 304	+23,4	+2,8	71,4
Berlin	29 810	38 512	40 297	8 299	10 511	10 816	+35,2	+4,6	67,7
Brandenburg	16 778	20 250	21 437	6 717	7 997	8 355	+27,8	+5,9	61,2
Bremen	6 311	8 125	8 170	9 294	12 033	12 013	+29,5	+0,6	57,4
Hamburg	19 034	24 212	26 557	10 453	13 086	14 162	+39,5	+9,7	60,1
Hessen	45 699	55 344	57 073	7 337	8 811	8 958	+24,9	+3,1	68,4
Mecklenburg-Vorpommern	10 528	13 049	14 396	6 536	8 101	8 846	+36,7	+10,3	57,7
Niedersachsen	47 398	60 413	64 427	5 953	7 537	7 939	+35,9	+6,6	69,1
Nordrhein-Westfalen	122 405	148 456	158 491	6 841	8 291	8 767	+29,5	+6,8	65,4
Rheinland-Pfalz	25 300	32 234	32 534	6 216	7 860	7 838	+28,6	+0,9	70,5
Saarland ³⁾	6 015	7 639	[x]	6 042	7 769	[x]	[x]	[x]	[x]
Sachsen	26 044	30 385	32 727	6 387	7 512	8 021	+25,7	+7,7	63,4
Sachsen-Anhalt	15 114	16 966	18 530	6 778	7 809	8 476	+22,6	+9,2	59,9
Schleswig-Holstein	18 611	23 335	25 513	6 447	8 006	8 660	+37,1	+9,3	65,6
Thüringen	13 516	15 711	16 964	6 276	7 437	7 993	+25,5	+8,0	63,2
Deutschland	551 290	687 949	721 737	6 669	8 276	8 584	+30,9	+4,9	67,8

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

3) Das Saarland kann für 2022 keine statistisch plausiblen Ergebnisse ausweisen, da die Einnahmen in einen Transformationsfonds ausgegliedert wurden.

36. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuerein- nahmen/BIP 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	53 584	59 547	65 996	4 876	5 360	5 874	+23,2	+10,8	11,5
Bayern	65 828	73 224	78 984	5 073	5 566	5 925	+20,0	+7,9	11,0
Berlin	15 425	24 679	27 262	4 294	6 735	7 317	+76,7	+10,5	15,2
Brandenburg	9 790	12 076	13 119	3 919	4 769	5 113	+34,0	+8,6	14,8
Bremen	3 136	4 511	4 687	4 618	6 681	6 892	+49,5	+3,9	12,1
Hamburg	11 624	14 080	15 970	6 383	7 610	8 517	+37,4	+13,4	11,1
Hessen	32 375	36 840	39 010	5 198	5 865	6 123	+20,5	+5,9	12,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 073	7 401	8 309	3 770	4 594	5 106	+36,8	+12,3	15,5
Niedersachsen	33 077	39 661	44 530	4 154	4 948	5 487	+34,6	+12,3	13,1
Nordrhein-Westfalen	80 122	95 880	103 712	4 478	5 355	5 737	+29,4	+8,2	13,1
Rheinland-Pfalz	17 326	22 599	22 922	4 257	5 510	5 522	+32,3	+1,4	13,4
Saarland	4 018	4 699	5 239	4 036	4 778	5 296	+30,4	+11,5	13,6
Sachsen	15 618	18 630	20 742	3 830	4 606	5 084	+32,8	+11,3	14,2
Sachsen-Anhalt	8 370	9 668	11 108	3 754	4 450	5 081	+32,7	+14,9	14,7
Schleswig-Holstein	12 407	14 889	16 731	4 298	5 108	5 679	+34,8	+12,4	14,8
Thüringen	8 149	9 495	10 714	3 784	4 495	5 048	+31,5	+12,8	15,0
Deutschland	376 921	447 879	489 034	4 560	5 388	5 816	+29,7	+9,2	12,6

37. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	70 343	83 175	87 246	6 401	7 486	7 765	+24,0	+4,9	15,2
Bayern	84 131	106 719	107 580	6 483	8 113	8 070	+27,9	+0,8	15,0
Berlin	27 380	40 683	38 829	7 622	11 103	10 422	+41,8	-4,6	21,6
Brandenburg	15 785	20 419	21 044	6 319	8 064	8 202	+33,3	+3,1	23,7
Bremen	6 204	8 151	8 305	9 135	12 073	12 211	+33,9	+1,9	21,5
Hamburg	19 337	24 635	23 251	10 619	13 315	12 399	+20,2	-5,6	16,1
Hessen	44 114	54 158	54 916	7 082	8 622	8 619	+24,5	+1,4	17,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 430	12 826	13 722	5 854	7 962	8 431	+45,5	+7,0	25,7
Niedersachsen	45 233	59 565	62 964	5 681	7 431	7 759	+39,2	+5,7	18,6
Nordrhein-Westfalen	119 692	147 882	163 133	6 689	8 259	9 024	+36,3	+10,3	20,6
Rheinland-Pfalz	23 785	29 331	30 535	5 844	7 152	7 357	+28,4	+4,1	17,8
Saarland	5 969	7 593	7 848	5 996	7 722	7 933	+31,5	+3,4	20,4
Sachsen	24 968	30 234	31 308	6 123	7 474	7 673	+25,4	+3,6	21,4
Sachsen-Anhalt	14 399	16 721	18 140	6 458	7 696	8 297	+26,0	+8,5	24,0
Schleswig-Holstein	18 196	23 120	25 249	6 303	7 932	8 571	+38,8	+9,2	22,4
Thüringen	12 209	15 625	15 566	5 669	7 396	7 334	+27,5	-0,4	21,8
Deutschland	528 484	679 705	708 402	6 393	8 176	8 425	+34,0	+4,2	18,3

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

38. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	28 883	34 109	36 956	2 628	3 070	3 289	+27,9	+8,3	42,4
Bayern	32 577	38 793	40 392	2 510	2 949	3 030	+24,0	+4,1	37,5
Berlin	10 067	12 873	13 328	2 803	3 513	3 577	+32,4	+3,5	34,3
Brandenburg	5 816	7 037	7 451	2 328	2 779	2 904	+28,1	+5,9	35,4
Bremen	2 138	2 636	2 738	3 148	3 904	4 025	+28,0	+3,8	33,0
Hamburg	6 263	7 358	7 701	3 439	3 977	4 107	+23,0	+4,7	33,1
Hessen	16 695	20 156	21 114	2 680	3 209	3 314	+26,5	+4,8	38,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 634	4 141	4 272	2 256	2 571	2 625	+17,5	+3,2	31,1
Niedersachsen	20 062	23 694	24 904	2 520	2 956	3 069	+24,1	+5,1	39,6
Nordrhein-Westfalen	45 367	53 696	56 702	2 535	2 999	3 137	+25,0	+5,6	34,8
Rheinland-Pfalz	10 356	12 447	12 830	2 544	3 035	3 091	+23,9	+3,1	42,0
Saarland	2 716	3 114	3 230	2 728	3 166	3 265	+18,9	+3,7	41,2
Sachsen	9 295	11 015	11 553	2 280	2 723	2 832	+24,3	+4,9	36,9
Sachsen-Anhalt	5 173	5 882	6 153	2 320	2 707	2 815	+19,0	+4,6	33,9
Schleswig-Holstein	6 817	8 152	8 544	2 361	2 797	2 900	+25,3	+4,8	33,8
Thüringen	4 828	5 719	5 974	2 242	2 707	2 815	+23,7	+4,5	38,4
Deutschland	210 686	250 821	263 841	2 549	3 017	3 138	+25,2	+5,2	37,2

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

39. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 817	1 881	1 493	165	169	133	-17,8	-20,6	2,3
Bayern	1 055	610	587	81	46	44	-44,3	-3,7	0,7
Berlin	1 318	1 102	992	367	301	266	-24,7	-10,0	3,6
Brandenburg	358	291	242	143	115	94	-32,4	-16,9	1,8
Bremen	644	604	597	949	895	877	-7,4	-1,3	12,7
Hamburg	849	631	532	466	341	284	-37,3	-15,7	3,3
Hessen	1 451	1 230	1 111	233	196	174	-23,5	-9,7	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	253	184	182	157	114	112	-28,1	-1,2	2,2
Niedersachsen	1 566	836	1 069	197	104	132	-31,8	+27,8	2,4
Nordrhein-Westfalen	4 306	2 652	2 499	241	148	138	-42,0	-5,7	2,4
Rheinland-Pfalz	1 032	546	567	254	133	137	-45,0	+3,9	2,5
Saarland	458	305	300	460	310	304	-34,4	-1,6	5,7
Sachsen	245	101	78	60	25	19	-68,1	-22,7	0,4
Sachsen-Anhalt	502	357	298	225	164	136	-40,6	-16,6	2,7
Schleswig-Holstein	656	435	443	227	149	150	-32,4	+2,0	2,6
Thüringen	448	323	291	208	153	137	-35,1	-10,0	2,7
Deutschland	16 958	12 089	11 282	205	145	134	-33,5	-6,7	2,3

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

40. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2022
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	+1 369	+3 581	+3 197	+125	+322	+285	+1 828	-384	+0,6
Bayern	+5 612	+978	+3 119	+432	+74	+234	-2 493	+2 141	+0,4
Berlin	+2 433	-2 169	+1 472	+677	-592	+395	-960	+3 641	+0,8
Brandenburg	+996	-164	+400	+399	-65	+156	-597	+564	+0,4
Bremen	+104	-25	-136	+153	-37	-200	-240	-111	-0,4
Hamburg	-302	-423	+3 305	-166	-229	+1 762	+3 607	+3 728	+2,3
Hessen	+1 549	+1 188	+2 032	+249	+189	+319	+482	+844	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	+1 098	+224	+675	+682	+139	+415	-424	+451	+1,3
Niedersachsen	+2 145	+848	+1 464	+269	+106	+180	-681	+616	+0,4
Nordrhein-Westfalen	+2 713	+574	-4 642	+152	+32	-257	-7 355	-5 215	-0,6
Rheinland-Pfalz	+1 516	+2 904	+2 000	+372	+708	+482	+484	-904	+1,2
Saarland	+46	-80	-3 155	+46	-81	-3 189	-3 201	-3 075	-8,2
Sachsen	+1 099	+151	+1 420	+270	+37	+348	+321	+1 269	+1,0
Sachsen-Anhalt	+714	+245	+390	+320	+113	+178	-324	+145	+0,5
Schleswig-Holstein	+416	+216	+264	+144	+74	+90	-152	+48	+0,2
Thüringen	+1 307	+85	+1 352	+607	+40	+637	+45	+1 267	+1,9
Deutschland	+22 816	+8 134	+13 155	+276	+98	+156	-9 660	+5 021	+0,3

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

41. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Anteil der Kassenkredite	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/ BIP 2022
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			%	€			%		
Baden-Württemberg	54 691	57 274	54 306	1,4	4 977	5 155	4 833	-0,7	-5,2	9,5
Bayern	30 347	34 449	35 298	0,5	2 339	2 619	2 648	+16,3	+2,5	4,9
Berlin	56 554	61 913	61 712	0,0	15 744	16 897	16 564	+9,1	-0,3	34,4
Brandenburg	18 813	20 440	19 952	3,0	7 531	8 072	7 776	+6,1	-2,4	22,5
Bremen	21 043	36 347	22 623	1,0	30 987	53 834	33 264	+7,5	-37,8	58,5
Hamburg	32 568	35 351	33 248	0,5	17 885	19 106	17 731	+2,1	-5,9	23,1
Hessen	58 610	58 688	55 558	0,8	9 409	9 343	8 720	-5,2	-5,3	17,2
Mecklenburg-Vorpommern	9 804	10 123	9 936	1,6	6 087	6 284	6 105	+1,3	-1,9	18,6
Niedersachsen	72 926	78 647	77 995	1,5	9 159	9 812	9 611	+7,0	-0,8	23,0
Nordrhein-Westfalen	227 731	231 678	230 786	8,7	12 727	12 939	12 766	+1,3	-0,4	29,1
Rheinland-Pfalz	45 063	40 949	40 524	12,1	11 071	9 985	9 763	-10,1	-1,0	23,6
Saarland	17 726	17 434	16 278	5,6	17 806	17 729	16 456	-8,2	-6,6	42,3
Sachsen	4 679	8 508	8 203	3,9	1 148	2 103	2 010	+75,3	-3,6	5,6
Sachsen-Anhalt	23 555	24 545	25 809	4,6	10 564	11 298	11 805	+9,6	+5,1	34,2
Schleswig-Holstein	33 534	37 874	37 877	4,7	11 616	12 994	12 857	+13,0	+0,0	33,6
Thüringen	18 476	18 388	17 544	0,1	8 579	8 704	8 266	-5,0	-4,6	24,6
Deutschland	726 119	772 609	747 648	4,4	8 784	9 294	8 892	+3,0	-3,2	19,3

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung), Wertpapierschulden und Kredite.

42. Finanzkraftausgleich (FKA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	FKA und BEZ der Länder insgesamt			FKA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (FKA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾ 2022
	2017	2021 ¹⁾	2022 ¹⁾	2017	2021 ¹⁾	2022 ¹⁾	2022/2017	2022/2021	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 763	-4 015	-4 473	-251	-361	-398	-1 710	-458	-4,9
Bayern	-5 866	-9 044	-9 865	-452	-688	-740	-3 999	-821	-8,9
Berlin	6 300	5 304	5 310	1 754	1 448	1 425	-990	+6	13,2
Brandenburg	1 530	2 153	2 282	613	850	889	+752	+129	10,6
Bremen	974	1 274	1 356	1 434	1 887	1 994	+382	+82	16,6
Hamburg	-35	-230	-814	-19	-124	-434	-779	-584	-3,1
Hessen	-2 475	-3 556	-3 250	-397	-566	-510	-775	+306	-5,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 232	2 191	2 439	765	1 360	1 499	+1 207	+248	16,9
Niedersachsen	1 074	2 791	2 598	135	348	320	+1 524	-193	4,0
Nordrhein-Westfalen	1 887	200	1 730	105	11	96	-157	+1 530	1,1
Rheinland-Pfalz	647	-239	-59	159	-58	-14	-706	+180	-0,2
Saarland	350	837	971	352	851	982	+621	+134	20,6
Sachsen	2 781	5 348	5 411	682	1 322	1 326	+2 630	+63	16,5
Sachsen-Anhalt	1 475	3 279	3 389	662	1 509	1 550	+1 914	+110	18,3
Schleswig-Holstein	421	517	496	146	177	168	+75	-21	1,9
Thüringen	1 553	3 118	3 259	721	1 476	1 536	+1 706	+141	19,2
Deutschland³⁾	9 086	9 928	10 778	110	119	128	+1 692	+850	1,5

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

3) Volumen der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ); die Abschläge und Zuschläge im Finanzkraftausgleich (FKA) saldieren sich zwischen den Geber- und Nehmerländern. Das Volumen des Finanz- ausgleichs (FKA und BEZ) betrug 2022 rund 29,3 Mrd. Euro, 2021 rund 27,1 Mrd. Euro und 2017 rund 20,2 Mrd. Euro.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schulische und berufliche Qualifikation

- Die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger lag 2022 in Niedersachsen mit 14,0 % (Bundesdurchschnitt: 12,2 %) deutlich über der Zielmarke von 9,5 %.
- In der beruflichen Bildung ging 2022 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung gegenüber 2017 um 8,1 % (Deutschland: -4,0 %) und bei den Aufstiegsfortbildungen um 12,1 % (Deutschland: -11,4 %) zurück.

Wichtige Ergebnisse

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss etwa auf Vorjahresniveau

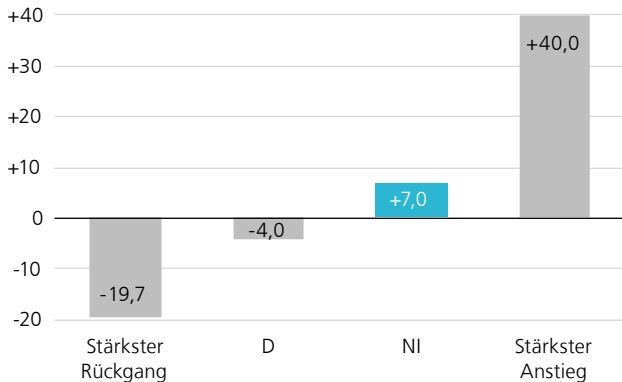
Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

T43

Ein Teil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss hat einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt *Lernen* bzw. *Geistige Entwicklung* und schließt die allgemein bildende Schulzeit mit dem Abschluss des entsprechenden Bildungsgangs ab, der Hauptschulabschluss ist nicht das Ziel (s. Informationen, KMK Dokumentation Nr. 235).

Im Jahr 2021 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 590 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben; darunter 1 705 Jugendliche aus Förderschulklassen (37,1 %) und 31,4 % mit Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen. Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen kaum, sie ging um 22 Personen zurück (-0,5 %). In 4 weiteren Ländern ging die Anzahl zurück. In der Mehrzahl der Länder war hingegen ein Anstieg zu verzeichnen, am stärksten in Hessen (+23,4 %) und Brandenburg (+22,6 %). Auch im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % auf gut 47 000 Personen, darunter beinahe die Hälfte aus Förderschulklassen (rund 22 300).

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2021 gegenüber 2016 – Prozent–



Im Vergleich 2021 zu 2016 stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen um 7,0 % an. Höhere Anstiege verzeichneten Bremen (+40,0 %), Thüringen (+13,0 %) sowie Sachsen (+10,3 %). Im selben Zeitraum zeigte sich bundesweit hingegen ein rückläufiger Trend (-4,0 %). (Angaben zu den Anteilen weiblicher Schulentlassener nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2021 sind im Kapitel Gleichstellung aufgeführt.)

Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

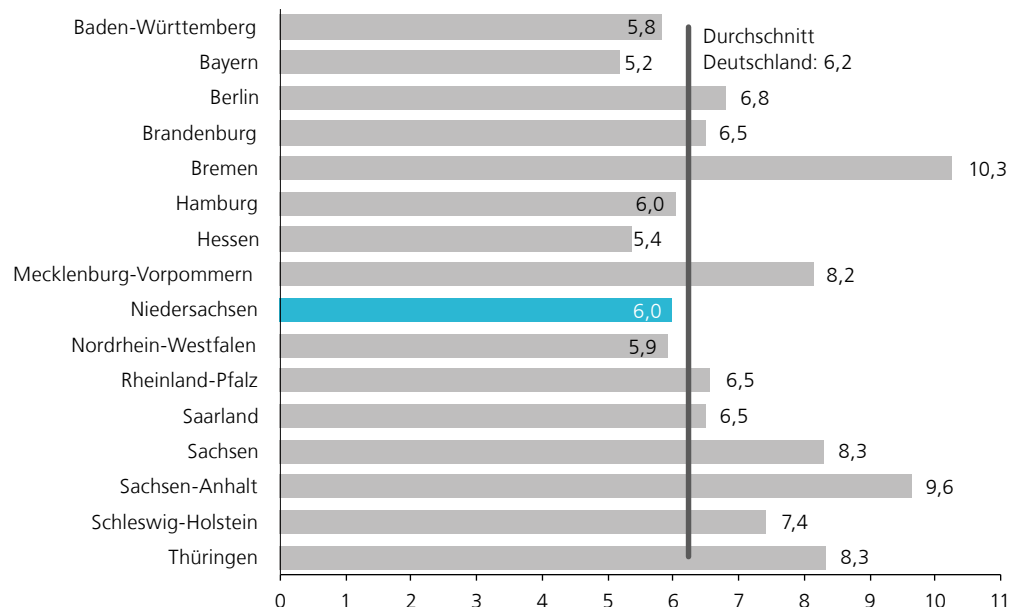
T43

Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T43), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T45) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T49) in Kapitel Wissenschaft und Kultur erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2021 in Niedersachsen bei 6,0 % und stieg damit im Vergleich zu 2020 um 0,2 Prozentpunkte an. Bundesweit zeigte sich ebenfalls ein leichter Anstieg der Quote um 0,3 Prozentpunkte auf 6,2 %. Die nied-

rigste Quote unter den Ländern wies 2021 Bayern auf (5,2 %) und die höchste Bremen (10,3 %).

■ Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2021 – Prozent –



Quote der frühen Schulabgängerinnen/ Schulabgänger

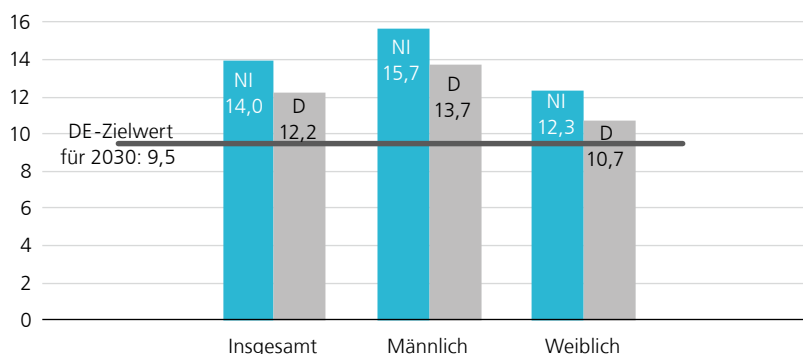
T44

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gestiegen

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahren zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung des Mikrozensus 2020 ist die Vergleichbarkeit der Quoten mit den Vorjahren eingeschränkt. Die in Tabelle 44 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2030 auf 9,5 % zu verringern. Im Jahr 2022 lag die Quote in Niedersachsen mit 14,0 % allerdings noch deutlich über dieser Zielmarke, gegenüber 2021 stieg der Wert sogar leicht an (+0,3 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt ging die Quote im selben Zeitraum hingegen leicht zurück (-0,3 Prozentpunkte) auf 12,2 %. Im Vergleich zu 2017 zeigt sich sowohl für Niedersachsen (+2,7 Prozentpunkte) als auch für Deutschland insgesamt (+2,1 Prozentpunkte) ein deutlicher Anstieg.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) insgesamt sowie nach Geschlecht 2022 – Prozent –



Soweit Werte nach Geschlecht vorlagen, fiel die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in allen Ländern höher aus als die der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der frühen Schulabgänger bei 15,7 % und die der frühen Schulabgängerinnen bei 12,3 %, im Bundesdurchschnitt bei 13,7 % bzw. 10,7 %.

Abiturientenquote unter Bundesniveau

Im Jahr 2021 erlangten 29 985 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich ein sprunghafter Anstieg der Zahl der Absolventinnen und Absolventen (2020: 9 858). Da es im Schuljahr 2019/2020 wegen der Rückkehr zum 9-jährigen Abitur keinen vollständigen Abschlussjahrgang an niedersächsischen Gymnasien gab, sind die Zahlen der beiden Jahre jedoch nicht vergleichbar. Bundesweit stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen von 2020 zu 2021 um 4,6 % auf rund 313 000 Personen.

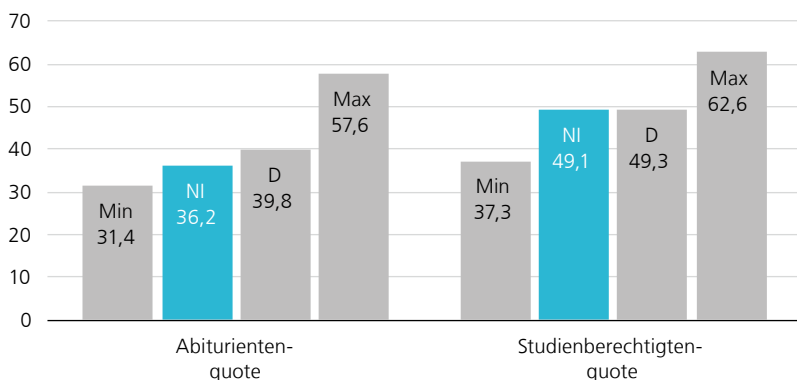
Aufgrund der beschriebenen Entwicklung stieg 2021 auch die Abiturientenquote in Niedersachsen gegenüber 2020 deutlich an (+25,1 Prozentpunkte) und lag bei 36,2 %. Dennoch verblieb die niedersächsische Abiturientenquote damit weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt (39,8 %). Dieser stieg gegenüber 2020 um 2,7 Prozentpunkte an. Geringere Abiturientenquoten als Niedersachsen wiesen lediglich Bayern (32,8 %), Sachsen-Anhalt (31,5 %) und Hessen (31,4 %) auf. Die höchsten Quoten verzeichneten (wie im Vorjahr) die Stadtstaaten Hamburg (57,6 %) und Berlin (49,6 %).

Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung, lag 2021 in Niedersachsen bei 49,1 % und damit in etwa auf dem Bundesniveau von 49,3 %. Die höchsten Studienberechtigtenquoten wiesen Hamburg (62,6 %), das Saarland (60,5 %) und Berlin (55,3 %) auf. Vergleichsweise niedrig fielen die Studienberechtigtenquoten 2021 hingegen in Thüringen (43,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (41,9 %) sowie in Sachsen-Anhalt (37,3 %) aus.

Abiturientenquote T45

Studienberechtigtenquote T45

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2021 – Prozent –



Duale Berufsausbildung: Anteil Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk weiterhin über Bundesdurchschnitt

Insgesamt 38 820 Auszubildende in Niedersachsen haben 2022 eine Berufsausbildung im dualen System erfolgreich abgeschlossen. Gut ein Drittel hiervon (36,6 %) waren Frauen, dies entsprach nahezu dem Bundesdurchschnitt (37,0 %). Die höchsten Frauenanteile wiesen Berlin (42,8 %) und Bremen (38,2 %) auf, die niedrigsten hingegen Sachsen-Anhalt, Brandenburg (beide 33,4 %) und Thüringen (32,5 %). Mehr als die Hälfte (58,7 %) der abgeschlossenen Ausbildungen in Niedersachsen entfiel auf den Bereich Industrie und Handel, wobei der bundesweite Wert mit 62,5 % noch höher ausfiel. Überdurchschnittlich hoch fiel in Niedersachsen hingegen der Anteil der Abschlussprüfungen im Handwerk aus mit 25,3 % gegenüber 22,7 % auf Bundesebene. Im Ländervergleich wies nur Schleswig-Holstein (29,9 %) einen höheren Anteil aus.

Duale Berufsausbildung: Abschlussprüfungen T47

Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich mit Blick auf die Zahl der in Niedersachsen bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung ein Rückgang um rund 900 bzw. 2,3 % (Deutschland: -0,4 %). Auch im mittelfristigen Vergleich zwischen 2017 und 2022 ging die Zahl der in Niedersachsen bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung zurück, und zwar mit 8,1 % etwa doppelt so stark wie im bundesweiten Durchschnitt (-4,0 %), was das Fachkräfteangebot weiter einschränkt.

Aufstiegsfortbildung: Abschlussprüfungen/ Meisterprüfungen

T48

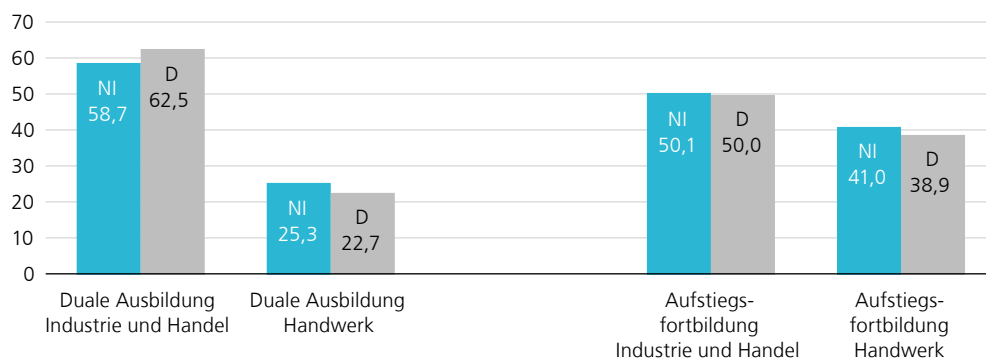
Erneuter Anstieg bei den Aufstiegsfortbildungen – nur gut ein Viertel davon Frauen

Die Zulassung zu einer Fortbildungs- oder Meisterprüfung (Aufstiegsfortbildung) setzt in der Regel einen Berufsbildungsabschluss und/oder eine Mindestdauer praktischer Berufstätigkeit voraus. Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, festzustellen, ob der Prüfling befähigt ist, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (Handwerksordnung: §§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO).

Mit einer Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung wird in Deutschland eine Aufstiegsfortbildung abgeschlossen z. B. als Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist oder Meisterin/Meister, Staatlich geprüfte Technikerin/Staatlich geprüfter Techniker, Geprüfte Fachwirtin/Geprüfter Fachwirt. Eine erfolgreiche Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung legten 2022 in Niedersachsen insgesamt 7 611 Personen ab, nur gut ein Viertel davon (28,4 %) waren Frauen (Deutschland: 33,7 %). Die Frauenanteile variieren hierbei deutlich zwischen den Ländern und reichten von 25,1 % in Sachsen-Anhalt bis 42,3 % in Brandenburg.

Etwa die Hälfte (50,1 %) der niedersächsischen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung wurden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden (Deutschland: 50,0 %). Der Anteil der bestandenen Meisterprüfungen im Handwerk fiel in Niedersachsen mit 41,0 % leicht überdurchschnittlich aus (Deutschland: 38,9 %).

■ Anteile der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk an bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung sowie in der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2022 – Prozent –



Im Vergleich zum Vorjahr stieg 2022 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung in Niedersachsen um 3,3 % an (Deutschland: +0,6 %). In der mittelfristigen Betrachtung zeigt sich jedoch – ähnlich wie bei der dualen Berufsausbildung – zwischen 2017 und 2022 ein deutlicher Rückgang der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung um 12,1 % (Deutschland -11,4 %).

Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Kultusministerkonferenz (KMK): Dokumentation/Statistik > Statistik > Schulstatistik > [Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolvierende](#) > Dokumentation 235: [Teil C, Absolvierende der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen](#) > Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a
- Niedersächsisches Kultusministerium: Service > Statistik > Allgemein bildende Schulen: [Zahlen und Grafiken](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 2 Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Recht > 21 Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung > [21111 Statistik der allgemeinbildenden Schulen](#)

Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Daten und Fakten > Soziales > Sozialberichterstattung > [Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik](#) > Qualifikationsniveau > [C.1 Frühe Schulabgänger, Bundesländer nach Geschlecht](#)
- Eurostat: Alle Daten > Bevölkerung und soziale Bedingungen > Bildung und Weiterbildung > Bildungs- und Weiterbildungsergebnisse > [Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger nach Geschlecht und NUTS-1-Regionen](#)

Berufliche Bildung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bildung, Forschung und Kultur > [Berufliche Bildung](#) > Publikationen > Statistische Berichte > [Berufsbildungsstatistik 2022](#): Tabelle 21211-37 Abschlussprüfungen, Tabelle 21211-39 Fortbildungs-/Meisterprüfungen
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung > Berufliche Bildung > Strategie und Zusammenarbeit in der Berufsbildung > [Der Berufsbildungsbericht](#)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Die Themen > Daten und Bildungsberichterstattung > [Datenreport zum Berufsbildungsbericht](#)

Autor: Andreas Woisch

Tabellen Schulische und berufliche Qualifikation

43. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss insgesamt			Darunter aus Förderschul- klassen ¹⁾	Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung ²⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	6 125	5 612	6 209	3 692	5,3	5,2	5,8	+1,4	+10,6
Bayern	7 033	5 964	6 154	3 040	5,3	4,9	5,2	-12,5	+3,2
Berlin	2 490	2 037	2 000	461	9,0	7,2	6,8	-19,7	-1,8
Brandenburg	1 523	1 134	1 390	815	7,4	5,3	6,5	-8,7	+22,6
Bremen ³⁾	437	593	612	19	6,8	9,9	10,3	+40,0	+3,2
Hamburg	992	1 119	945	335	6,3	7,2	6,0	-4,7	-15,5
Hessen	3 180	2 555	3 152	1 553	5,1	4,3	5,4	-0,9	+23,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 175	919	1 075	524	9,2	7,0	8,2	-8,5	+17,0
Niedersachsen	4 291	4 612	4 590	1 705	5,2	5,8	6,0	+7,0	-0,5
Nordrhein-Westfalen	10 805	9 709	10 126	5 099	5,7	5,6	5,9	-6,3	+4,3
Rheinland-Pfalz ⁴⁾	2 525	2 460	2 460	1 418	6,1	6,5	6,5	-2,6	[n]
Saarland	662	546	549	235	7,1	6,5	6,5	-17,1	+0,5
Sachsen	2 533	2 455	2 793	1 599	8,0	7,3	8,3	+10,3	+13,8
Sachsen-Anhalt	1 663	1 770	1 671	885	9,6	10,2	9,6	+0,5	-5,6
Schleswig-Holstein	2 436	2 283	2 012	499	8,1	8,2	7,4	-17,4	-11,9
Thüringen	1 286	1 302	1 453	468	7,6	7,5	8,3	+13,0	+11,6
Deutschland	49 156	45 070	47 191	22 347	6,1	5,9	6,2	-4,0	+4,7

1) Abgängerinnen und Abgänger aus Förderschulklassen (Förderschwerpunkte „Lernen“, „Geistige Entwicklung“ und „sonstige“) nach Vollerfüllung der Vollzeitschulpflicht.

2) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

3) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung „Geistige Entwicklung“ ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

4) 2021 Vorjahreswerte.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 235, Januar 2023: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2012 bis 2021

44. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Anteil „Frühe Schulabgänger/-innen“ insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2017	2021	2022 ²⁾			2022/2017 ³⁾	2022/2021
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	8,7	11,8	11,5	12,9	10,1	+2,8	-0,3
Bayern	7,1	9,6	9,3	9,9	8,6	+2,2	-0,3
Berlin	13,2	11,0	12,6	(16,4)	[u]	-0,6	+1,6
Brandenburg	12,4	(16,5)	(10,6)	[u]	[u]	(-1,8)	(-5,9)
Bremen	11,1	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Hamburg	11,2	(10,4)	(12,7)	[u]	[u]	(+1,5)	(+2,3)
Hessen	10,1	15,0	14,7	17,2	12,0	+4,6	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	(14,9)	(14,7)	[u]	[u]	[u]	[u]
Niedersachsen	11,3	13,7	14,0	15,7	12,3	+2,7	+0,3
Nordrhein-Westfalen	11,6	12,8	12,3	13,8	10,7	+0,7	-0,5
Rheinland-Pfalz	11,8	14,6	14,4	(14,8)	(14,0)	+2,6	-0,2
Saarland	11,7	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Sachsen	8,6	(9,0)	(8,2)	[u]	[u]	(-0,4)	(-0,8)
Sachsen-Anhalt	13,6	(17,4)	(14,9)	[u]	[u]	(+1,3)	(-2,5)
Schleswig-Holstein	8,8	14,6	16,7	(17,8)	(15,6)	+7,9	+2,1
Thüringen	8,7	(12,9)	(11,8)	[u]	[u]	(+3,1)	(-1,1)
Deutschland	10,1	12,5	12,2	13,7	10,7	+2,1	-0,3

1) Als „frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ werden 18- bis unter 25-Jährige bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

2) Mikrozensus Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

3) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, Eurostat, edat_lfse_16, Datenstand 4.7.2023

45. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾				2021/2016	2021/2020
	2016	2020	2021	2016	2020	2021			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	53 277	46 597	44 085	42,7	40,9	39,8	52,9	-2,9	-1,1
Bayern	43 736	38 937	40 760	31,1	30,7	32,8	44,6	+1,7	+2,2
Berlin	15 209	14 718	14 633	51,7	48,8	49,6	55,3	-2,1	+0,7
Brandenburg	8 749	9 201	9 623	44,6	44,5	46,1	52,5	+1,5	+1,6
Bremen	3 220	2 774	2 775	45,3	40,8	42,4	48,1	-2,9	+1,6
Hamburg	9 890	9 149	9 335	57,4	55,7	57,6	62,6	+0,2	+1,9
Hessen	24 901	22 579	19 079	37,3	36,5	31,4	44,6	-5,9	-5,1
Mecklenburg-Vorpommern	4 962	5 241	5 076	39,9	39,6	38,7	41,9	-1,2	-0,9
Niedersachsen³⁾	33 489	9 858	29 985³⁾	37,8	11,1	36,2	49,1	-1,6	+25,1
Nordrhein-Westfalen	89 781	82 860	81 535	44,9	45,7	46,0	52,2	+1,1	+0,4
Rheinland-Pfalz	18 769	16 535	16 535	40,9	39,9	39,9	48,5	-1,0	[n]
Saarland	3 770	3 452	3 623	37,1	38,6	40,2	60,5	+3,1	+1,6
Sachsen	11 691	12 708	12 682	38,6	38,2	38,1	44,9	-0,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	5 619	5 763	5 457	33,1	32,7	31,5	37,3	-1,6	-1,1
Schleswig-Holstein ⁴⁾	20 103	12 648	11 974	62,7	42,4	41,7	49,1	-21,0	-0,8
Thüringen	6 722	6 558	6 259	39,9	37,4	36,2	43,8	-3,7	-1,2
Deutschland	353 888	299 578	313 416	41,2	37,1	39,8	49,3	-1,4	+2,7

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur; ohne Nichtschülerprüfungen) an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres („Quotensummenverfahren“).

3) Die überdurchschnittlichen Veränderungen bei den Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife sind dadurch bestimmt, dass es im Schuljahr 2019/2020 wegen der Rückkehr zum 9-jährigen Bildungsgang an Gymnasien keinen vollständigen Abiturjahrgang gab.

4) 2016 doppelter Abiturentlassjahrgang infolge der Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Schuljahre.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 235, Januar 2023: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2012 bis 2021

46. Frauenanteil der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit mittlerem Schulabschluss ¹⁾ weiblich		Schulentlassene mit allgemeiner Hochschulreife weiblich	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	2021	2021/2016	2021	2021/2016	2021	2021/2016	2021	2021/2016
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Baden-Württemberg	37,8	-1,6	39,4	-2,6	48,9	+0,6	54,5	+0,5
Bayern	36,4	+1,9	40,1	-0,3	50,4	-0,4	54,5	+0,6
Berlin	39,0	-1,1	41,6	-1,7	46,9	-0,0	53,6	+0,0
Brandenburg	39,1	+2,5	36,8	-1,7	47,3	-0,2	56,1	+1,2
Bremen	41,7	-2,0	40,8	-0,2	47,1	-0,2	55,5	+0,5
Hamburg	36,1	-4,3	41,5	-1,7	44,8	-0,9	54,5	+0,8
Hessen	40,4	+0,9	40,2	-1,4	49,1	-0,0	56,0	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	36,2	-1,3	37,6	-3,4	46,6	-2,0	55,1	+0,5
Niedersachsen	37,7	+0,0	39,1	-0,6	47,7	-0,2	56,1	+1,3
Nordrhein-Westfalen	37,8	-2,5	40,2	-0,4	48,1	-0,3	54,9	-0,0
Rheinland-Pfalz	37,3	+1,0	40,0	+0,4	50,1	+0,1	56,8	+1,3
Saarland	38,8	+4,4	40,8	-2,4	48,6	-1,3	54,8	+1,6
Sachsen	41,0	+3,0	37,0	-1,2	48,5	+0,2	54,9	+0,3
Sachsen-Anhalt	37,9	+2,7	37,6	-1,6	49,0	+1,7	57,4	+2,6
Schleswig-Holstein	39,1	-0,0	42,1	+1,3	49,3	-0,4	55,0	+1,1
Thüringen	36,2	+2,0	38,9	-4,7	48,8	+0,3	56,6	+0,4
Deutschland	38,0	-0,1	39,9	-1,0	48,7	-0,1	55,1	+0,6

1) Mittlerer Schulabschluss einschließlich schulischer Teil der Fachhochschulreife.

47. Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen

Land	Bestandene Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen ¹⁾							Veränderung bestandene Abschlussprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾		darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil ohne Hauptschulabschluss	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk			
	2017	2021	2022				2022/2017	2022/2021	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	58 875	57 927	57 903	37,1	2,3	63,7	22,3	-1,7	-0,0
Bayern	72 036	69 756	68 388	38,0	3,0	61,1	24,8	-5,1	-2,0
Berlin	10 698	10 110	10 278	42,8	2,9	59,3	19,3	-3,9	+1,7
Brandenburg	6 873	7 119	6 942	33,4	3,8	61,5	22,4	+1,0	-2,5
Bremen	4 125	3 993	4 014	38,2	2,6	69,1	17,5	-2,7	+0,5
Hamburg	9 747	9 270	8 844	38,1	3,3	74,3	16,0	-9,3	-4,6
Hessen	27 525	26 541	26 496	38,0	3,4	65,3	20,2	-3,7	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 205	5 352	5 316	36,5	2,4	63,3	19,6	+2,1	-0,7
Niedersachsen	42 219	39 738	38 820	36,6	2,2	58,7	25,3	-8,1	-2,3
Nordrhein-Westfalen	88 647	85 254	84 882	36,8	2,4	63,9	20,5	-4,2	-0,4
Rheinland-Pfalz	19 653	18 063	18 159	36,7	2,3	60,7	24,8	-7,6	+0,5
Saarland	4 899	4 404	4 371	35,3	2,8	64,9	23,7	-10,8	-0,7
Sachsen	13 176	13 788	14 142	34,7	2,0	63,0	23,3	+7,3	+2,6
Sachsen-Anhalt	7 425	6 984	7 122	33,4	3,9	65,2	20,7	-4,1	+2,0
Schleswig-Holstein	14 469	13 275	14 181	37,1	2,6	54,2	29,9	-2,0	+6,8
Thüringen	7 104	7 056	7 230	32,5	2,5	63,3	23,4	+1,8	+2,5
Deutschland	392 685	378 630	377 088	37,0	2,6	62,5	22,7	-4,0	-0,4

- 1) Alle Ausbildungsbereiche; ohne sogenannte „externe“ Prüfungsteilnehmende, die die Abschlussprüfung ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung bestanden haben.
2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.
3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

48. Berufliche Aufstiegsfortbildung – bestandene Abschlussprüfungen (Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Land	Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen ¹⁾						Veränderung bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾		darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk			
	2017	2021	2022			2022/2017	2022/2021	
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	17 115	14 046	13 743	37,4	57,9	30,8	-19,7	-2,2
Bayern	23 154	21 063	20 805	38,1	55,5	30,5	-10,1	-1,2
Berlin	1 761	1 443	1 779	41,1	48,4	29,3	+1,0	+23,3
Brandenburg	1 662	1 416	1 149	42,3	21,1	48,0	-30,9	-18,9
Bremen	993	1 032	801	28,5	65,9	27,7	-19,3	-22,4
Hamburg	2 223	2 142	1 962	32,6	54,1	42,4	-11,7	-8,4
Hessen	5 406	5 403	5 418	35,4	51,8	38,4	+0,2	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 206	936	1 029	26,8	54,5	34,1	-14,7	+9,9
Niedersachsen	8 655	7 365	7 611	28,4	50,1	41,0	-12,1	+3,3
Nordrhein-Westfalen	18 294	15 813	17 349	28,6	39,3	51,1	-5,2	+9,7
Rheinland-Pfalz	3 561	3 726	3 744	33,0	44,3	46,3	+5,1	+0,5
Saarland	789	759	681	35,7	52,9	33,0	-13,7	-10,3
Sachsen	4 437	3 510	3 414	28,7	52,7	41,7	-23,1	-2,7
Sachsen-Anhalt	1 155	864	801	25,1	53,6	39,0	-30,6	-7,3
Schleswig-Holstein	1 572	1 656	1 401	32,8	53,1	36,4	-10,9	-15,4
Thüringen	2 226	1 815	1 818	28,4	32,5	63,2	-18,3	+0,2
Deutschland	94 212	82 983	83 511	33,7	50,0	38,9	-11,4	+0,6

- 1) Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).
2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.
3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

Wissenschaft und Kultur

- Die Studienanfängerquote war 2021 in Niedersachsen mit 34,0 % bundesweit am niedrigsten (Deutschland: 55,5 %).
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen sank im zweiten Corona-Jahr 2021 um 5,3 % (Deutschland: -0,1 %). Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums stieg dagegen um 5,0 % (Deutschland: +8,6 %).

Wichtige Ergebnisse

Zahl der Erstsemester weiter gesunken

Im Studienjahr 2021 nahmen insgesamt knapp 29 500 Hochschulzugangsberechtigte ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 6,2 % der bundesweit rund 472 000 Erstsemester. Damit ging die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Niedersachsen 2021 erneut zurück, im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 % (Deutschland: -3,7 %) und im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 um 18,4 % (Deutschland -7,2 %). Im 5-Jahres-Vergleich zu 2016 sank die Zahl um mehr als ein Fünftel (-21,1 %; Deutschland: -7,4 %). Es ist anzunehmen, dass die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zum Rückgang der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger beigetragen haben. Wie hoch der Effekt ist, kann erst mit den Daten des Studienjahres 2022 noch genauer eingeschätzt werden. Aber auch demografische Entwicklungen spielen eine Rolle: Die Altersgruppe der 17- bis unter 23-Jährigen, aus der etwa drei Viertel der Studienanfängerinnen und -anfänger kommen, schrumpfte 2021 im Vergleich zu 2016 in Niedersachsen um 7,8 %.

Studienanfängerinnen/ Studienanfänger

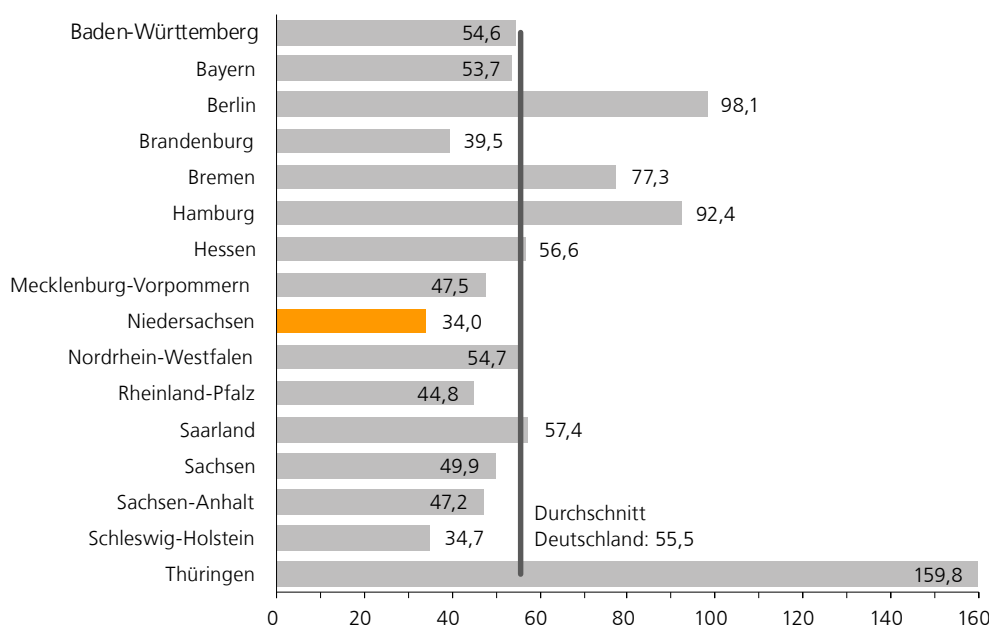
T49

In Niedersachsen ging 2021 die Studienanfängerquote, die die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung setzt, entsprechend ebenfalls zurück, jedoch nur leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 34,0 %. Bundesweit verringerte sich die Quote etwas stärker (-1,1 Prozentpunkte), lag jedoch mit 55,5 % deutlich höher. Niedersachsen hatte damit die niedrigste Studienanfängerquote unter allen Ländern, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 34,7 %, welches in den letzten Jahren jeweils die geringste Quote hatte. In Thüringen ist die außergewöhnlich hohe Quote von 159,8 % und deren starker Anstieg wie in den beiden Vorjahren auf den Umzug des Hauptsitzes einer privaten Hochschule mit umfangreichem Fernstudienangebot von Nordrhein-Westfalen nach Thüringen zum Wintersemester 2019/2020 zu erklären, wobei die Hochschule in Thüringen erstmalig für das Studienjahr 2020 komplett erfasst wurde.

Studienanfängerquote

T49

Studienanfängerquote 2021 – Prozent –



Studierende

T50

Studierendenzahl weiter rückgängig

Im Wintersemester 2021/2022 waren rund 197 200 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 5,3 % weniger als im Vorjahr bzw. 3,7 % weniger als im Wintersemester 2016/2017. Bundesweit lag die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2021/2022 bei 2,9 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen minimalen Rückgang um 0,1 %, aber gegenüber dem Wintersemester 2016/2017 eine Zunahme um 4,8 %. Im mittelfristigen Ländervergleich zeigt sich, dass die Zahl der Studierenden neben Niedersachsen lediglich in 4 weiteren Ländern gesunken ist, am stärksten in Sachsen (-5,1 %).

Bildungsausländerinnen/Bildungsausländer

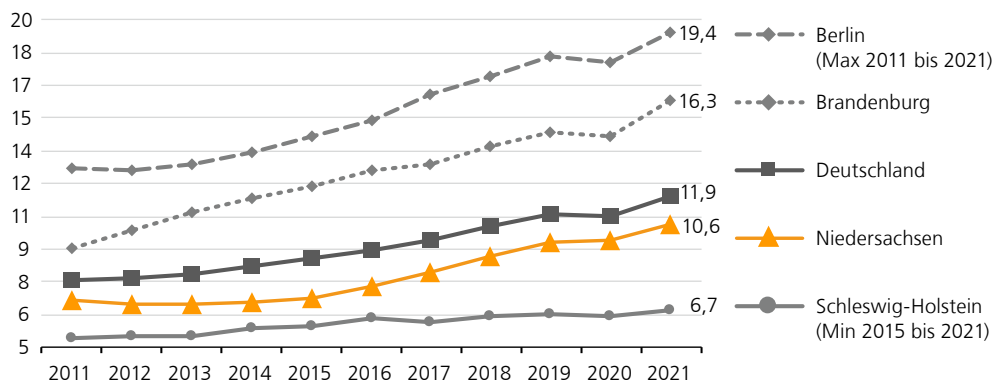
T50

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nimmt weiter zu

Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm außer in Baden-Württemberg in allen Ländern mittelfristig zu. In Niedersachsen vergrößerte sich der Anteil 2021 gegenüber 2016 um 2,8 Prozentpunkte auf 10,6 %. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2021 etwa jede bzw. jeder Neunte zu dieser Gruppe (11,9 %). Im Ländervergleich wies erneut Berlin mit 19,4 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von 3 ostdeutschen Ländern. Den niedrigsten Anteil verzeichnete Schleswig-Holstein (6,7 %).

■ Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2011 bis 2021 – Prozent –



Im kurzfristigen Vergleich 2021 zu 2020 nahm der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in allen Ländern zu, in Niedersachsen um 0,7 % (Deutschland: +0,8 %).

Die Zahl der Studierenden stieg in Niedersachsen ab dem Wintersemester 2008/2009 12 Jahre stetig an. Im Wintersemester 2020/2021 gab es einen leichten Rückgang, der sich im Wintersemester 2021/2022 weiter verstärkte. Ursächlich für den Rückgang seit 2020 können zum einen demografische Effekte sein, da die Zahl der Personen in der studienanfängerrelevanten Altersgruppe abnahm. Zum anderen hatte die Corona-Pandemie die Studienaufnahme insbesondere von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern erschwert, was sich auf die Gesamtzahl der Studierenden auswirkte.

Absolventinnen/Absolventen

T51

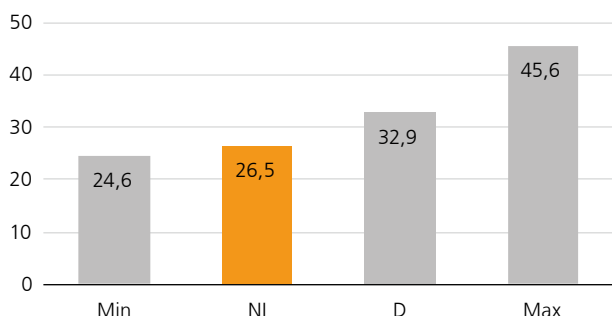
Wieder mehr Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums

Im Wintersemester 2021/2022 beendeten etwa 24 600 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 5,0 % mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg kann unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der Studierenden zu Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 Prüfungsleistungen in das Folgesemester verschoben haben und es in 2021 zu Nachholeffekten kam.

Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl noch deutlicher um 8,6 % an. Bis auf das Saarland (-1,2 %) und Sachsen (-0,4 %) verzeichneten alle Länder einen Zuwachs. Auch im mittelfristigen Vergleich zum Wintersemester 2016/2017 stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Niedersachsen an und zwar um 6,6 %, im Bundesdurchschnitt war dagegen ein leichter Rückgang (-0,2 %) zu verzeichnen.

Die Absolventenquote betrug im Wintersemester 2021/2022 in Niedersachsen 26,5 %. Die Quote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums in einem Prüfungsjahr an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Bundesweit betrug die Quote 32,9 %. In den 3 Stadtstaaten Hamburg (45,6 %), Bremen (44,9 %) und Berlin (39,5 %) war die Quote am höchsten.

■ Absolventenquote (Erststudium) 2021 – Prozent –



Zahl der Promotionen gestiegen

Der akademische Grad des „Doktors“ bzw. der „Doktorin“ wurde 2021 in Niedersachsen 2 305 Mal vergeben, das waren 9,7 % Promotionen mehr als im Vorjahr und die zweithöchste Zahl in den letzten 10 Jahren (2016: 2 350 Promotionen). Bundesweit erlangten 28 153 Personen einen Dokortitel und damit 7,4 % mehr als 2020. Die Zahl der Promotionen schwankt in einzelnen Ländern von Jahr zu Jahr etwas, ging aber mittelfristig gegenüber 2021/2016 in Deutschland leicht zurück (-3,9 %).

Promotionen

T52

Etwas weniger Studierende je Betreuungsperson als im Bundesdurchschnitt

Die Zahl der besetzten Professuren ging 2021 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr minimal um 0,8 % auf 3 781 zurück (Deutschland: +2,0 %). Gegenüber 2016 stieg ihre Zahl um 4,0 % (Deutschland: +7,3 %). Mittelfristig nahm die Zahl der Professuren in allen Ländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (-2,7 %) zu.

Professuren

T53

Betreuungsverhältnisse können als ein Gradmesser für die Qualität der akademischen Ausbildung gesehen werden. Allerdings werden diese auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Sozial- sowie Geisteswissenschaften dagegen höher.

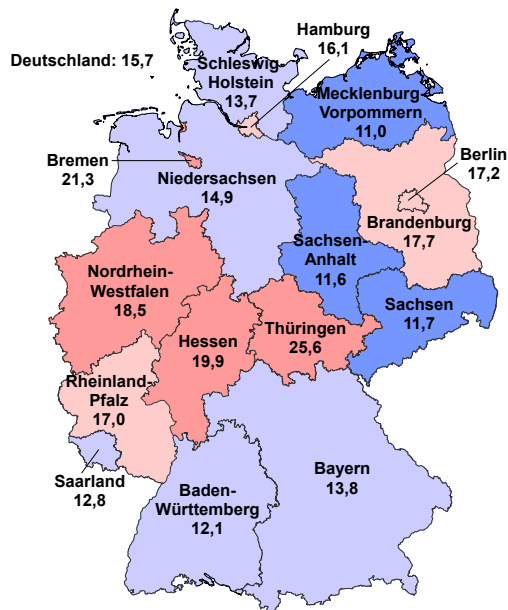
In Deutschland wurden 2021 durchschnittlich 63,3 Studierende von einer Professur betreut (Personal in Vollzeitäquivalenten). In Niedersachsen waren es mit 57,3 etwas weniger. Am höchsten war die Betreuungsrelation mit 104,1 Studierenden je Professur in Thüringen; der Zuwachs um mehr als 20 Studierende je Professur binnen eines Jahres dürfte jedoch mit der Standortverlegung einer Hochschule zusammenhängen. Am niedrigsten war der Wert mit 46,6 in Mecklenburg-Vorpommern.

Auch bezogen auf das gesamte wissenschaftliche und künstlerische Personal (Betreuungspersonen in Vollzeitäquivalenten) an Hochschulen hatte Mecklenburg-Vorpommern wie im Vorjahr den geringsten Wert (11,0); in Bremen war der Wert dagegen beinahe doppelt so hoch (21,3) und in Thüringen mit 25,6 am höchsten. In Niedersachsen lag der rechnerische Wert mit 14,9 Studierenden je Betreuungsperson leicht unter dem Bundesdurchschnitt (15,7).

Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal

T53

Studierende je Vollzeitäquivalent wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2021 (ohne drittmittelfinanziertes Personal) – Anzahl –

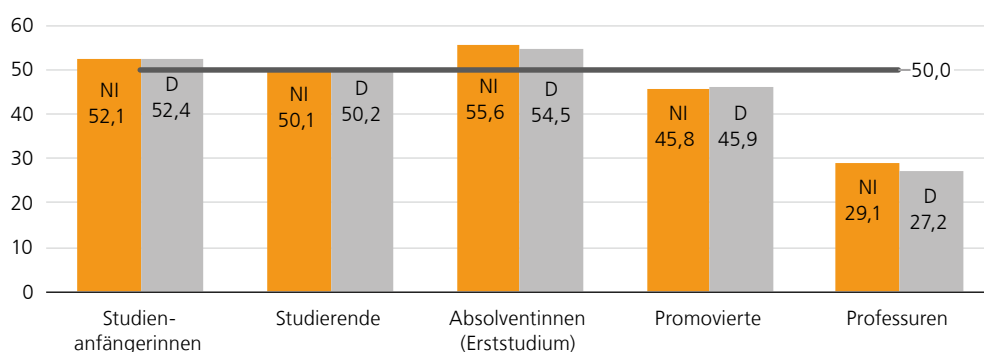


Studienanfängerinnen/
Studentinnen/Absolventinnen/Promotionen von
Frauen/Professorinnen
T49, T50, T51, T52, T53

Geschlechterverhältnis: bei Studierenden ausgeglichen, Professorinnen unterrepräsentiert

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2021 waren 52,1 % der Erstsemester an niedersächsischen Hochschulen weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 50,1 %. Der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, liegt in allen Ländern seit mehreren Jahren über der 50-Prozent-Marke. In Niedersachsen betrug der Frauenanteil 55,6 % und bundesweit durchschnittlich 54,5 %. Im Ländervergleich variieren die Anteile in Abhängigkeit der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas, von 51,6 % in Sachsen bis 57,4 % in Thüringen.

Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2021 – Prozent –



Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen noch unterrepräsentiert. Der Anteil der Promotionen, die 2021 in Niedersachsen von Frauen abgelegt wurden, betrug 45,8 % und lag damit auf dem Bundesniveau (45,9 %). Nur in Schleswig-Holstein (54,1 %) und Berlin (50,1 %) wurden mehr Promotionen von Frauen abgelegt als von Männern. Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren lag 2021 in Niedersachsen mit 29,1 % über dem Bundesniveau (Deutschland: 27,2 %), jedoch noch weit unter der 50-Prozent-Marke. Ihr Anteil hat im Vergleich zu 2016 weiter zugenommen (Niedersachsen: +3,9 Prozentpunkte; Deutschland: +3,8 Prozentpunkte). Veränderungsprozesse nehmen in diesem Bereich jedoch mehr Zeit in Anspruch, u. a. aufgrund geringerer Fluktuationen. Im Länder-

vergleich war der Anteil von mit Frauen besetzten Professuren 2021 in Berlin mit 34,7 % am höchsten und im Saarland mit 23,2 % am niedrigsten.

Dritthöchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

Ausgaben für Hochschulen

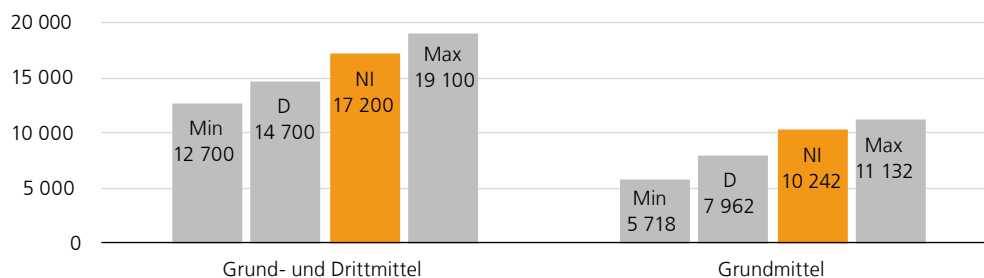
T54

Öffentliche Ausgaben für Hochschulen umfassen Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. Studierendenwerke (Grund- und Drittmittel). Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen stellen die Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung (z. B. Personal- und laufende Sachausgaben). Die laufenden Ausgaben enthalten keine Investitionsausgaben. Drittmittel werden zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben – zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre.

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2019 in Niedersachsen auf etwa 3,85 Mrd. Euro. Sowohl kurzfristig (2019/2018: +5,5 %) als auch mittelfristig (2019/2014: +21,0 %) stiegen die Ausgaben in Niedersachsen (Deutschland: +6,6 % bzw. +23,5 %).

Auch in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) stiegen die durchschnittlichen Ausgaben (Grund- und Drittmittel) in Niedersachsen sowohl kurzfristig gegenüber 2018 als auch mittelfristig gegenüber 2014 um 300 bzw. 400 Euro auf 17 200 Euro an. Niedersachsen tätigte damit 2019 im Ländervergleich die dritthöchsten Ausgaben je studierender Person (Höchstwert Sachsen: 19 100 Euro; Bundesdurchschnitt: 14 700 Euro); 2014 hatte Niedersachsen noch die höchsten Ausgaben je studierender Person. Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel), die den Hochschulen von ihrem jeweiligen Träger für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt werden, hatte Niedersachsen 2019 mit 10 242 Euro die vierthöchsten Ausgaben je studierender Person. In drei ostdeutschen Ländern waren die Ausgaben höher, in Bremen mit 5 718 Euro wie im Vorjahr am niedrigsten (Deutschland: 7 962 Euro).

■ Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je studierender Person 2019 – Euro –



Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) gesunken

Ausgaben für FuE

T55

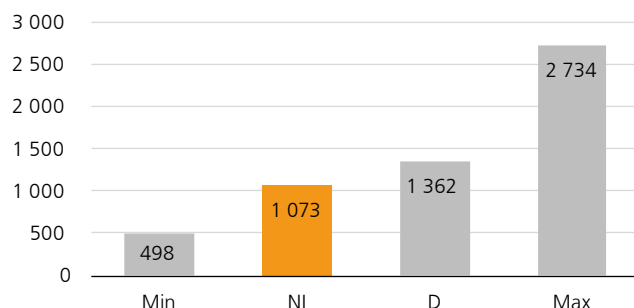
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar. Die FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbzzweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betragen im Jahr 2021 in Niedersachsen knapp 8,6 Mrd. Euro. Sowohl kurzfristig gegenüber 2020 als auch mittelfristig gegenüber 2016 sanken die Ausgaben damit um 6,9 % bzw. 6,1 %. Einen kurzfristigen Rückgang gegenüber dem Vorjahr gab es ansonsten nur in Bremen (-6,6 %). In allen anderen Ländern erhöhten sich die Ausgaben dagegen und zwar bundesdurchschnittlich um 6,2 % (2021/2020) bzw. 22,8 % (2021/2016).

Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 073 Euro unter dem Bundesdurchschnitt (1 362 Euro). Im Vergleich 2021/2016 sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen um 79 Euro gesunken. In allen anderen Ländern waren indes

Zuwächse zu verzeichnen um bundesdurchschnittlich 242 Euro. Wie in den Vorjahren tätigte Baden-Württemberg die höchsten Ausgaben pro Kopf (2 734 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (1 715 Euro) und Bremen (1 654 Euro).

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Euro –

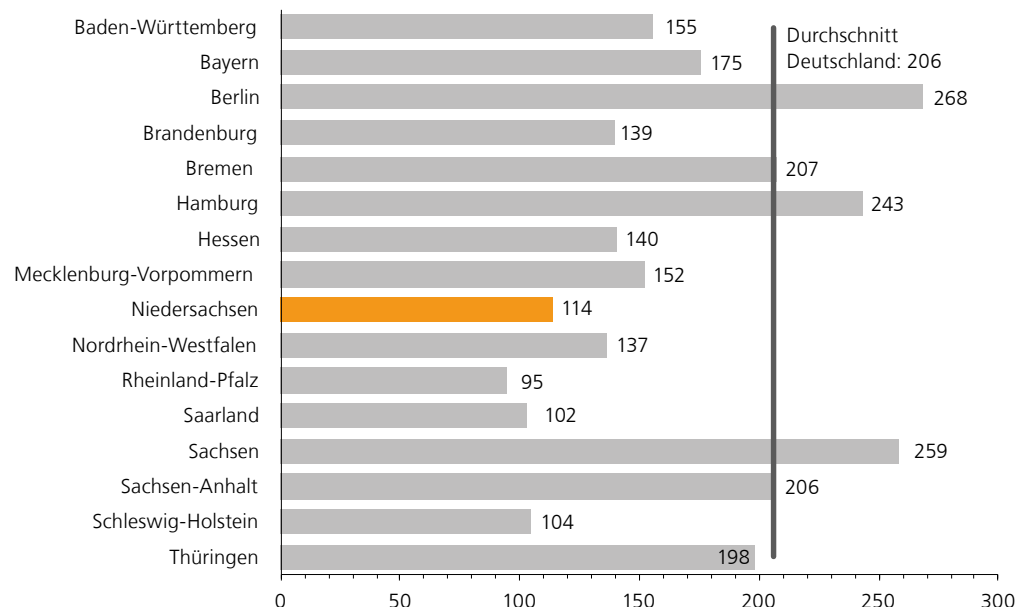


Ausgaben für Kultur
T56

Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) beliefen sich im Jahr 2020 in Niedersachsen auf rund 908 Mio. Euro. Dies entsprach rund 114 Euro je Einwohnerin und Einwohner (vorläufige Ist-Werte). Im Bundesdurchschnitt wurden rund 206 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 3 Ländern. Überdurchschnittlich hoch waren sie in den 3 Stadtstaaten sowie in Sachsen. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit überregionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersächssinnen und Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

■ Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2020 – Euro –



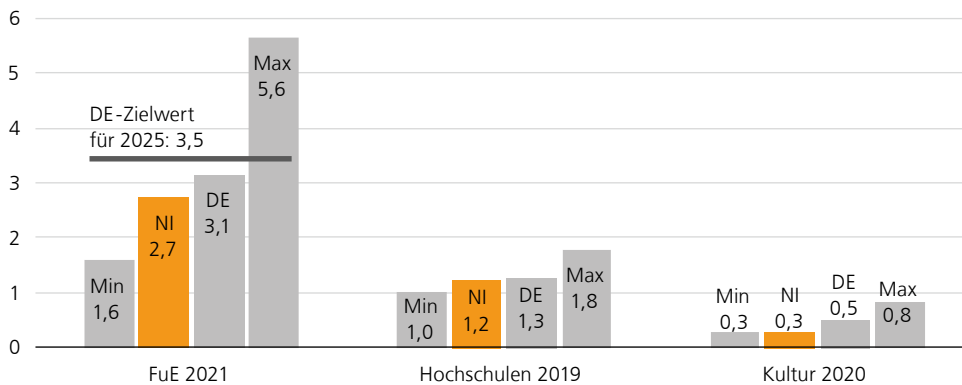
Gegenüber 2015 stiegen die öffentlichen Ausgaben für Kultur bis 2020 in Niedersachsen um fast ein Fünftel (+19,2 %). Bundesdurchschnittlich war der Zuwachs jedoch fast doppelt so hoch (38,1 %).

Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur durchschnittlich

Quotienten
Ausgaben/BIP: FuE,
Hochschulen, Kultur
T54, T55, T56

In der 2021 zuletzt weiterentwickelten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) ab 2025 jährlich mindestens 3,5 % betragen sollen. Für Niedersachsen lag die FuE-Quote 2021 mit 2,7 % noch unter dieser Zielmarke. Die Quote ist zudem gegenüber dem Vorjahr gesunken (-0,4 Prozentpunkte) und lag unter dem Bundesdurchschnitt (3,1 %). Für Kultur und kulturnahe Bereiche wurden in Niedersachsen 2020 mit 0,3 % gemessen am BIP weniger Ausgaben getätigt als im Bundesdurchschnitt (0,5 %). Indes entsprachen die Ausgaben für Hochschulen 2019 mit 1,2 % gemessen am BIP etwa dem Bundesniveau (1,3 %).

Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung (FuE) 2021 sowie für Hochschulen 2019 und für Kultur 2020 – Prozent –



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bildung, Forschung und Kultur > [Hochschulen](#) > Publikationen > [hochschulstatistische Kennzahlen](#) > [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen \(Fachserie 11 Reihe 4.3.1\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bildung, Forschung und Kultur > [Hochschulen](#) > Publikationen > [Prüfungen an Hochschulen](#) > [Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\) \(Fachserie 11 Reihe 4.2\)](#)
- [LSN-Online](#): Direkt zur Datenbank > Statistische Erhebung > 310 Hochschulstatistik und 312 Hochschulpersonal

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Bildung, Forschung und Kultur > [Hochschulen](#) > Publikationen > hochschulstatistische Kennzahlen: [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen \(Fachserie 11 Reihe 4.3.2\)](#)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > 2 Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Recht > 218 Forschung und Entwicklung > [21821 Berichterstattung über Forschung und Entwicklung](#)

Ausgaben für Kultur:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Daten und Fakten > Öffentliche Finanzen und Steuern > Veröffentlichungen > [Kulturfinanzbericht](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Frauenanteil	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	76 916	67 344	64 918	50,7	59,4	55,3	54,6	-4,7	-0,7
Bayern	73 437	73 951	72 951	49,8	50,2	53,5	53,7	+3,6	+0,2
Berlin	35 367	32 569	34 741	53,6	100,1	90,0	98,1	-2,0	+8,1
Brandenburg	8 112	8 224	7 934	51,5	43,0	41,1	39,5	-3,6	-1,6
Bremen	6 992	6 688	5 877	51,8	89,9	84,7	77,3	-12,7	-7,5
Hamburg	16 951	18 350	18 500	54,7	84,5	91,4	92,4	+8,0	+1,1
Hessen	42 203	41 766	37 469	52,8	60,4	62,0	56,6	-3,8	-5,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 880	6 837	6 388	55,9	53,2	50,9	47,5	-5,8	-3,4
Niedersachsen	37 330	30 612	29 450	52,1	40,6	34,5	34,0	-6,5	-0,4
Nordrhein-Westfalen	124 915	112 869	104 114	51,6	60,0	57,9	54,7	-5,3	-3,2
Rheinland-Pfalz	23 035	20 789	18 835	54,1	49,7	47,9	44,8	-4,9	-3,2
Saarland	5 867	5 855	5 372	49,3	54,9	60,6	57,4	+2,5	-3,2
Sachsen	20 036	18 758	17 328	50,5	62,2	54,2	49,9	-12,3	-4,3
Sachsen-Anhalt	9 699	8 746	8 403	51,8	54,8	48,6	47,2	-7,6	-1,5
Schleswig-Holstein	11 109	11 642	10 387	49,0	34,9	37,8	34,7	-0,3	-3,1
Thüringen	10 911	25 204	29 297	63,0	62,7	137,0	159,8	+97,1	+22,8
Deutschland	509 760	490 204	471 964	52,4	56,7	56,6	55,5	-1,3	-1,1

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

50. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	362 339	360 630	357 342	49,1	10,4	9,2	9,6	-0,8	+0,4
Bayern	378 320	404 705	404 090	49,6	9,1	12,0	13,7	+4,5	+1,7
Berlin	180 235	199 421	203 869	51,5	15,4	18,1	19,4	+4,0	+1,3
Brandenburg	49 205	50 615	50 549	51,3	13,1	14,7	16,3	+3,2	+1,6
Bremen	36 334	37 646	37 393	50,4	11,3	14,0	14,7	+3,3	+0,7
Hamburg	101 069	116 393	119 110	52,7	8,5	9,7	10,2	+1,7	+0,6
Hessen	250 450	266 903	262 759	49,7	9,0	10,1	10,8	+1,8	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	38 143	39 131	39 041	52,1	7,0	9,2	9,4	+2,4	+0,2
Niedersachsen	204 895	208 395	197 246	50,1	7,8	9,9	10,6	+2,8	+0,7
Nordrhein-Westfalen	776 130	779 199	764 565	48,7	7,9	9,5	10,1	+2,2	+0,6
Rheinland-Pfalz	122 230	123 644	121 060	52,6	7,6	10,5	11,3	+3,7	+0,8
Saarland	31 093	31 461	31 835	48,7	11,6	12,8	13,2	+1,6	+0,4
Sachsen	111 499	107 576	105 868	48,4	13,7	15,4	15,9	+2,2	+0,6
Sachsen-Anhalt	54 629	55 017	54 823	50,2	11,2	14,2	15,6	+4,4	+1,3
Schleswig-Holstein	59 919	66 805	67 447	49,5	6,3	6,4	6,7	+0,3	+0,3
Thüringen	50 520	96 604	124 918	59,5	11,6	12,6	13,1	+1,4	+0,5
Deutschland	2 807 010	2 944 145	2 941 915	50,2	9,5	11,0	11,9	+2,4	+0,8

51. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventinnen und Absolventen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Frauenanteil	Absolventenquote ³⁾			Veränderung der Absolventenquote	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	53 351	49 152	52 155	52,8	38,1	35,4	38,3	+0,2	+2,9
Bayern	51 031	43 345	46 118	53,2	31,4	27,0	29,1	-2,3	+2,1
Berlin	17 914	15 638	18 464	56,6	36,3	32,6	39,5	+3,2	+6,9
Brandenburg	5 227	4 153	4 696	55,8	25,0	22,4	24,9	-0,1	+2,5
Bremen	4 285	3 949	4 169	55,9	46,2	42,2	44,9	-1,3	+2,7
Hamburg	10 228	10 209	11 850	54,0	40,2	39,3	45,6	+5,4	+6,3
Hessen	25 364	25 478	28 400	55,6	33,0	33,0	37,2	+4,2	+4,2
Mecklenburg-Vorpommern	4 073	3 795	4 188	57,3	24,9	28,6	31,6	+6,7	+3,0
Niedersachsen	23 113	23 475	24 640	55,6	24,6	25,1	26,5	+1,9	+1,4
Nordrhein-Westfalen	71 563	64 434	70 479	55,2	32,1	29,5	32,7	+0,6	+3,2
Rheinland-Pfalz	14 404	12 566	13 812	56,2	29,2	26,4	29,4	+0,2	+3,0
Saarland	3 694	4 054	4 005	52,0	31,5	36,8	37,0	+5,5	+0,2
Sachsen	13 031	12 212	12 160	51,6	31,8	34,4	33,9	+2,1	-0,5
Sachsen-Anhalt	5 631	4 905	5 139	56,0	26,2	27,3	28,8	+2,6	+1,5
Schleswig-Holstein	6 419	6 962	7 847	52,8	20,1	21,8	24,6	+4,5	+2,8
Thüringen	5 839	5 288	6 441	57,4	29,5	30,2	36,5	+7,0	+6,3
Deutschland	315 167	289 615	314 563	54,5	30,8	30,0	32,9	+2,1	+2,9

1) Ohne Masterabsolventinnen und -absolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

3) Anteil der Absolvierenden (nur Erststudium) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sogenanntes „Quotensummenverfahren“).

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2016	2020	2021	2016	2021	Anteil		2021/2016	2021/2020
						2016	2021		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	4 613	4 167	4 369	2 000	1 925	43,4	44,1	-5,3	+4,8
Bayern	4 703	4 654	4 946	2 053	2 288	43,7	46,3	+5,2	+6,3
Berlin	2 463	1 747	2 144	1 200	1 074	48,7	50,1	-13,0	+22,7
Brandenburg	394	367	364	176	166	44,7	45,6	-7,6	-0,8
Bremen	374	307	158	177	79	47,3	50,0	-57,8	-48,5
Hamburg	1 071	955	1 067	508	529	47,4	49,6	-0,4	+11,7
Hessen	2 468	2 141	2 142	1 132	989	45,9	46,2	-13,2	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	543	460	549	254	258	46,8	47,0	+1,1	+19,3
Niedersachsen	2 350	2 102	2 305	1 069	1 055	45,5	45,8	-1,9	+9,7
Nordrhein-Westfalen	5 454	5 083	5 501	2 384	2 448	43,7	44,5	+0,9	+8,2
Rheinland-Pfalz	1 113	933	942	489	449	43,9	47,7	-15,4	+1,0
Saarland	359	180	196	161	80	44,8	40,8	-45,4	+8,9
Sachsen	1 557	1 443	1 530	664	660	42,6	43,1	-1,7	+6,0
Sachsen-Anhalt	596	485	584	326	267	54,7	45,7	-2,0	+20,4
Schleswig-Holstein	529	542	675	294	365	55,6	54,1	+27,6	+24,5
Thüringen	716	654	681	361	295	50,4	43,3	-4,9	+4,1
Deutschland	29 303	26 220	28 153	13 248	12 927	45,2	45,9	-3,9	+7,4

53. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen – Professuren

Land	Professuren ¹⁾ insgesamt			Frauenanteil an Professuren insgesamt		Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal ²⁾		Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
						insgesamt	je Professur		
	2016	2020	2021	2016	2021		2021/2016	2021/2020	
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	7 361	7 536	7 596	20,8	24,1	12,1	49,9	+3,2	+0,8
Bayern	6 822	7 267	7 524	19,2	23,9	13,8	56,7	+10,3	+3,5
Berlin	3 386	3 805	3 878	32,2	34,7	17,2	60,1	+14,5	+1,9
Brandenburg	939	983	979	26,7	31,8	17,7	57,2	+4,3	-0,4
Bremen	680	717	722	27,6	28,8	21,3	56,2	+6,2	+0,7
Hamburg	1 628	1 799	1 861	28,7	30,5	16,1	69,5	+14,3	+3,4
Hessen	3 666	3 758	3 865	25,0	28,3	19,9	73,3	+5,4	+2,8
Mecklenburg-Vorpommern	822	872	871	20,9	27,6	11,0	46,6	+6,0	-0,1
Niedersachsen	3 635	3 810	3 781	25,3	29,1	14,9	57,3	+4,0	-0,8
Nordrhein-Westfalen	9 687	10 378	10 526	24,8	28,3	18,5	79,3	+8,7	+1,4
Rheinland-Pfalz	2 110	2 154	2 167	21,4	25,3	17,0	59,8	+2,7	+0,6
Saarland	510	515	514	20,0	23,2	12,8	65,6	+0,8	-0,2
Sachsen	2 293	2 264	2 359	21,2	24,8	11,7	48,0	+2,9	+4,2
Sachsen-Anhalt	1 050	1 018	1 022	20,7	25,1	11,6	55,5	-2,7	+0,4
Schleswig-Holstein	1 060	1 119	1 236	20,3	25,4	13,7	60,7	+16,6	+10,5
Thüringen	1 186	1 298	1 359	19,6	27,1	25,6	104,1	+14,6	+4,7
Deutschland	46 835	49 293	50 260	23,4	27,2	15,7	63,3	+7,3	+2,0

1) Professuren an Hochschulen insgesamt: ohne nebenberufliche Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentraler Einrichtungen.

2) Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal); Berechnung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) anhand der Angaben zum tatsächlichen Arbeitszeitanteil des hauptberuflichen Personals.

54. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ¹⁾			Ausgaben für Hochschulen je studierender Person ²⁾				Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Quotient Ausgaben für Hochschulen/ BIP ⁵⁾ 2019
				Grund- und Drittmittel ³⁾		darunter Grundmittel ⁴⁾				
	2014	2018	2019	2014	2018	2019		2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€				%		
Baden-Württemberg	5 387	5 942	6 356	14 200	15 300	15 800	9 236	+18,0	+7,0	1,2
Bayern	5 346	6 324	6 788	13 800	15 400	15 500	9 431	+27,0	+7,3	1,1
Berlin	2 375	2 622	2 790	13 800	13 700	14 300	6 962	+17,5	+6,4	1,8
Brandenburg	625	753	776	11 800	14 300	14 400	8 984	+24,2	+3,0	1,0
Bremen	497	560	591	14 400	15 200	15 900	5 718	+18,8	+5,4	1,8
Hamburg	1 331	1 491	1 577	14 700	14 900	15 300	8 202	+18,5	+5,7	1,3
Hessen	2 838	3 256	3 529	11 500	11 900	12 700	6 982	+24,4	+8,4	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	604	652	686	15 600	17 100	18 000	11 132	+13,5	+5,2	1,4
Niedersachsen	3 182	3 649	3 849	16 800	16 900	17 200	10 242	+21,0	+5,5	1,2
Nordrhein-Westfalen	7 931	9 489	9 999	11 700	12 500	12 900	5 960	+26,1	+5,4	1,4
Rheinland-Pfalz	1 369	1 707	1 631	10 800	13 500	12 700	7 707	+19,1	-4,4	1,1
Saarland	365	410	496	11 300	11 600	13 800	8 108	+35,9	+21,0	1,4
Sachsen	1 841	2 097	2 306	14 800	17 500	19 100	10 020	+25,3	+10,0	1,8
Sachsen-Anhalt	706	862	910	12 200	15 000	15 700	10 755	+29,0	+5,6	1,4
Schleswig-Holstein	740	962	1 168	12 100	14 300	16 700	8 721	+57,9	+21,4	1,2
Thüringen	829	901	981	14 400	16 900	15 600	10 550	+18,3	+8,9	1,5
Deutschland	35 968	41 678	44 434	13 200	14 400	14 700	7 962	+23,5	+6,6	1,3

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studierendenwerke) insgesamt (Grund- und Drittmittel).

2) Ausgaben in einem Land (nicht des Landes) für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind die Level 5 bis 8 nach ISCED-2011 (bzw. 2011 die Level 5a und 6 nach ISCED-1997).

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro (Internationale Kennzahlen).

4) Laufende Ausgaben (Grundmittel), die den Hochschulen im Berichtsjahr von ihrem jeweiligen Träger für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt wurden, je im Wintersemester in einem Fachstudium immatrikulierten Studierenden, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer/-innen (Nationale Kennzahlen).

5) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2023.

55. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE/BIP ²⁾ 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	23 451	28 758	30 374	2 147	2 590	2 734	+29,5	+5,6	5,6
Bayern	18 059	21 000	22 560	1 402	1 600	1 715	+24,9	+7,4	3,4
Berlin	4 552	5 135	5 537	1 282	1 402	1 511	+21,6	+7,8	3,3
Brandenburg	1 159	1 379	1 387	466	546	548	+19,7	+0,6	1,7
Bremen	912	1 196	1 117	1 349	1 760	1 654	+22,5	-6,6	3,2
Hamburg	2 513	2 651	2 822	1 397	1 437	1 525	+12,3	+6,5	2,2
Hessen	7 752	8 744	9 373	1 255	1 390	1 492	+20,9	+7,2	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	759	842	882	472	523	548	+16,2	+4,8	1,8
Niedersachsen	9 156	9 238	8 597	1 152	1 155	1 073	-6,1	-6,9	2,7
Nordrhein-Westfalen	13 231	15 237	16 386	740	850	915	+23,8	+7,5	2,2
Rheinland-Pfalz	3 374	3 666	4 509	831	896	1 099	+33,6	+23,0	2,8
Saarland	534	662	706	535	672	718	+32,2	+6,6	2,0
Sachsen	3 203	3 852	4 175	785	948	1 032	+30,3	+8,4	3,1
Sachsen-Anhalt	860	999	1 083	384	457	498	+25,9	+8,4	1,6
Schleswig-Holstein	1 342	1 601	1 756	466	551	602	+30,8	+9,7	1,7
Thüringen	1 225	1 529	1 822	567	719	862	+48,7	+19,2	2,7
Deutschland³⁾	92 174	106 583	113 184	1 119	1 282	1 362	+22,8	+6,2	3,1

1) Interne Ausgaben der Sektoren Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck sowie Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) und Wirtschaft.

2) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2023.

3) Einschließlich nicht auf die Länder aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

56. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP 2020
	2015 ²⁾	2019 ²⁾	2020 ²⁾	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 429	1 640	1 722	133	148	155	+20,5	+5,0	0,3
Bayern	1 658	2 097	2 297	130	160	175	+38,5	+9,6	0,4
Berlin	698	824	983	200	226	268	+40,8	+19,2	0,6
Brandenburg	263	335	352	107	133	139	+33,8	+5,2	0,5
Bremen	118	125	141	178	183	207	+19,1	+12,3	0,4
Hamburg	371	391	449	210	212	243	+20,9	+14,9	0,4
Hessen	735	819	882	120	130	140	+20,0	+7,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	192	240	245	120	149	152	+27,4	+2,1	0,5
Niedersachsen	762	867	908	97	108	114	+19,2	+4,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 809	2 227	2 448	102	124	137	+35,3	+9,9	0,3
Rheinland-Pfalz	346	385	387	86	94	95	+11,9	+0,7	0,3
Saarland	86	104	101	87	105	102	+16,8	-2,5	0,3
Sachsen	908	1 008	1 050	224	247	259	+15,7	+4,2	0,8
Sachsen-Anhalt	350	434	451	157	197	206	+28,9	+4,0	0,7
Schleswig-Holstein	227	269	303	80	93	104	+33,4	+12,7	0,3
Thüringen	343	404	421	159	189	198	+22,8	+4,4	0,7
Deutschland³⁾	12 405	15 001	17 126	152	181	206	+38,1	+14,2	0,5

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab. Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2022.

3) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2 108 Mio. Euro im Jahr 2015, 2 834 Mio. Euro im Jahr 2019 und 3 986 Mio. Euro im Jahr 2020.

Umwelt und Energie

- Das Aufkommen an Haushaltsabfällen im zweiten Corona-Jahr 2021 war in Niedersachsen mit 533 kg pro Kopf ähnlich hoch wie 2020 (Deutschland: 484 kg pro Kopf).
- Erneuerbare Energien deckten 2020 über die Hälfte (54,3 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte (Deutschland: 44,2 %, +4,1 Prozentpunkte).
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2022 in Niedersachsen 2,2 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (2,1 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2018 bis 2021 bei 6,3 ha pro Tag und bundesweit bei rund 55,0 ha pro Tag.

Wichtige Ergebnisse

Aufkommen an Haushaltsabfällen im zweiten Corona-Jahr 2021 blieb hoch

Haushaltsabfälle

T58

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

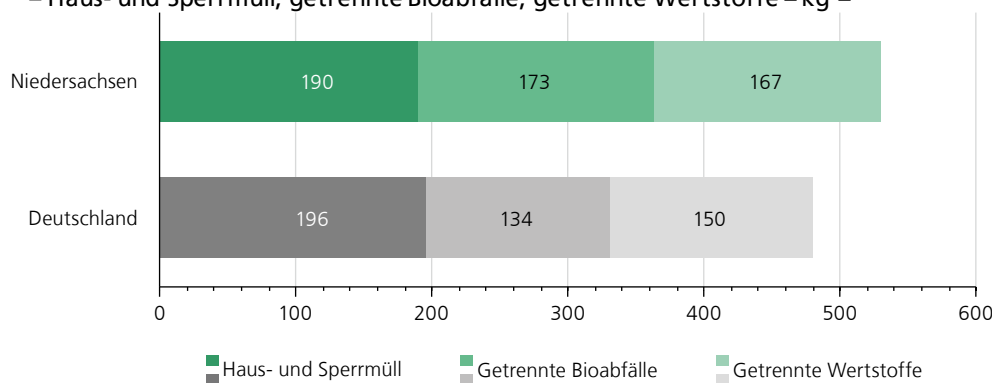
Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist bundesweit unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden über Holsysteme und Sammelstellen organisiert. Aus diesem Grund gibt es zum Teil große Unterschiede bei dem erfassten Aufkommen an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten.

Das Haushaltsabfallaufkommen, hauptsächlich bestehend aus Haus- und Sperrmüll, Bioabfällen und sonstigen Wertstoffen, stieg in Niedersachsen im zweiten Corona-Jahr 2021 gegenüber 2020 um 0,4 % auf 4,28 Mio. Tonnen. Das durchschnittliche Haushaltsabfallaufkommen je Einwohnerin und Einwohner lag 2021 bei 533 kg und somit in der Größenordnung von 2020 (532 kg). Bundesweit stieg das Pro-Kopf-Aufkommen um 8 kg auf 484 kg. Im Ländervergleich sammelte Niedersachsen 2021 pro Kopf die zweithöchste Abfallmenge nach Rheinland-Pfalz (607 kg), die niedrigste Menge verzeichnete Berlin (383 kg).

Aufkommen Haushaltsabfälle je Einwohnerin und Einwohner (31.12.) 2021 – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – kg –

Haushaltsabfälle – getrennte Wertstoffe pro Kopf

T58

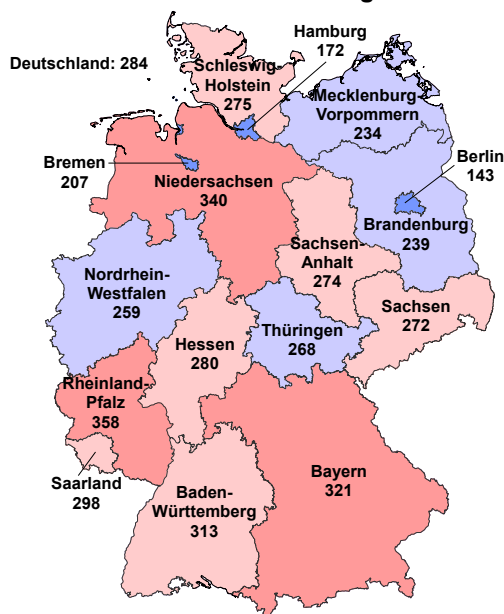


Das Haus- und Sperrmüllaufkommen je Einwohnerin und Einwohner sank 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5 kg auf durchschnittlich 190 kg (Deutschland: 196 kg). Die Menge der getrennten Bioabfälle (einschließlich Aufkommen aus der Biotonne) stieg dagegen um 7 kg pro Kopf auf 173 kg; damit lag Niedersachsen 2021 um 39 kg über dem Bundesdurchschnitt (134 kg) und im Ländervergleich an zweiter Position hinter Rheinland-Pfalz (192 kg). Die niedrigste Menge Bioabfälle pro Kopf wurde in Berlin (38 kg) gemessen. Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen ging die durchschnittliche Pro-Kopf-Menge in Niedersachsen um 1 kg auf 167 kg zurück (Deutschland: 150 kg).

Ein wichtiger Grund für das hohe Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist die stark ausgeprägte Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park-

und Friedhofsabfälle sowie Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen getrennt zu sammeln und zu verwerten. Die zusammengefasste Menge der getrennt gesammelten Bioabfälle und Wertstoffe je Einwohnerin und Einwohner betrug in Niedersachsen 340 kg und lag weit über dem bundesweiten Durchschnitt von 284 kg. Am niedrigsten war diese in Berlin (143 kg pro Kopf) und am höchsten in Rheinland-Pfalz (358 kg pro Kopf).

Aufkommen an Haushaltsabfällen: getrennt gesammelte Bioabfälle und Wertstoffe je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Kilogramm –



Primärenergieverbrauch: erneuerbare Energien

T59

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leicht gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei ihrer Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Raffinerien) in Sekundärenergieträger (z. B. Strom, Kraftstoffe) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch im Jahr 2020 in Niedersachsen lag bei rund 354 100 Mio. kWh und damit 3,3 % niedriger als im Jahr 2019 (366 000 Mio. kWh). Darunter waren rund 82 600 Mio. kWh, die aus erneuerbaren Energien gedeckt wurden. Bundesweit lag der Verbrauch erneuerbarer Energien nur in Bayern höher (108 200 Mio. kWh). In Niedersachsen wurden damit 23,3 % des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt; die wesentlichen Beiträge dazu leisteten Windkraft, gefolgt von Biomasse und Solarenergie. Deutschlandweit lag der Anteil der erneuerbaren Energien bei 16,6 %.

Stromerzeugung: erneuerbare Energien

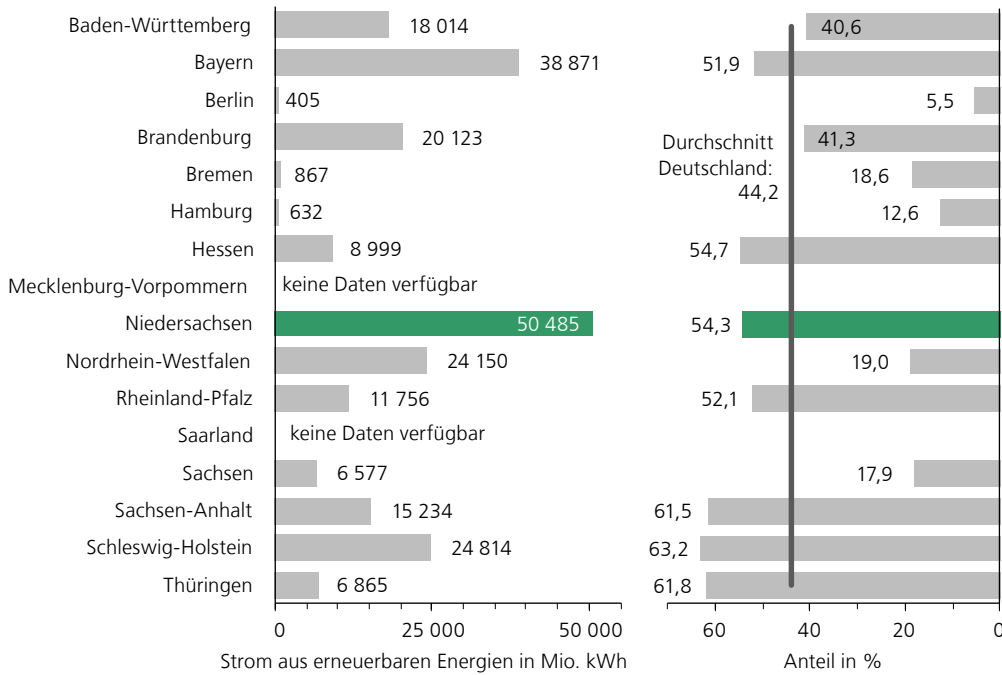
T60

Bedeutung der erneuerbaren Energien innerhalb der Stromerzeugung im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 erneut gewachsen

Im Jahr 2020 wurden in Niedersachsen insgesamt rund 92 900 Mio. kWh Strom erzeugt, darunter rund 50 500 Mio. kWh aus erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Wasserkraft). Damit erreichte Niedersachsen auch 2020 Platz 1 bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor Bayern (rund 38 900 Mio. kWh) und Schleswig-Holstein (rund 24 800 Mio. kWh).

Erneuerbare Energien deckten 2020 über die Hälfte (54,3 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte (Deutschland: 44,2 %, +4,1 %). Bei allerdings deutlich niedrigeren Kilowatt-Leistungen bei der Stromerzeugung erreichten Schleswig-Holstein, Thüringen und Sachsen-Anhalt Anteile von über 60 % aus erneuerbaren Energien.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie Anteil an Stromerzeugung insgesamt 2020 – Mio. kWh bzw. Prozent –



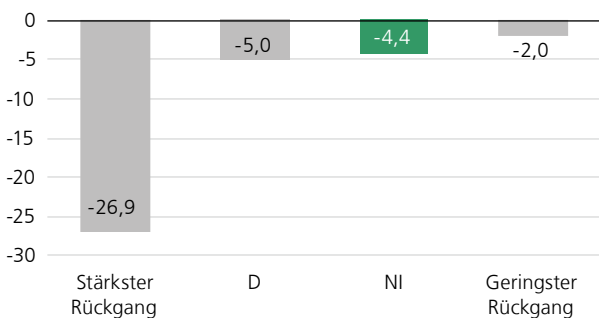
Energiebedingte CO₂-Emissionen: ein Viertel Einsparung verglichen mit 1990

Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Energiebedingte CO₂-Emissionen
T61

Die energiebedingten CO₂-Emissionen waren im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 und den Vorjahren weiter rückläufig. Es wurden insgesamt rund 57,3 Mio. Tonnen CO₂ aus der Energiebereitstellung der Kraftwerke (Energieumwandlung) und dem Endenergieverbrauch (Verbrauchssektoren Wirtschaft, Verkehr, Haushalte) emittiert. Das bedeutet einen Rückgang um 5,0 % im Vergleich zu 2019. Allerdings war die Veränderungsrate in Niedersachsen etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt (-8,7 %). Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner 2020 verringerte sich um 0,4 Tonnen auf 7,2 Tonnen und entsprach dem Bundesdurchschnitt.

Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2020 gegenüber 2019¹⁾ – Prozent –



1) Soweit Werte verfügbar.

Die Emissionsminderung in Niedersachsen im Zeitraum 2015 bis 2020 betrug 13,1 %. Gegenüber dem im Kyoto-Protokoll festgelegten Referenzjahr 1990 (76,8 Mio. Tonnen) sanken in Niedersachsen die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2020 um 25,4 %.

Anteil der reinen Elektro-Pkw am Gesamtbestand der Pkw noch gering

Der Bestand und die Neuzulassungen von Pkw beziehen sich auf die für den Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeuge laut Zentralem Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

Personenkraftwagen mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV = Battery Electric Vehicle) werden im Folgenden auch als „reine Elektro-Pkw“ bezeichnet. Dagegen haben Pkw Plug-in-Hybride (PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle) mindestens zwei unterschiedliche Energiewandler (Elektro- und Verbrennungsmotor) und zwei unterschiedliche Energiespeichersysteme, so dass der Akku selbstladend betrieben, aber auch extern über eine Steckdose aufgeladen werden kann.

Der Bestand zugelassener Personenkraftwagen in Deutschland lag Ende 2022 bei insgesamt 48,8 Mio. Darunter waren rund 1,01 Mio. reine Elektro-Pkw (BEV) und knapp 865 000 sogenannte Pkw Plug-In-Hybride (PHEV) mit Verbrennungsmotor, bei denen die Batterie auch über eine Steckdose aufgeladen werden kann. Da Hybrid-Modelle aus dem Kraftstoffanteil weiterhin CO₂ ausstoßen, besitzen reine Elektrofahrzeuge eine bessere Klimabilanz, wenn sie zumindest teilweise mit Strom aus erneuerbaren Energien angetrieben werden.

Deutschlandweit gab es 2022 rund 470 600 Neuzulassungen reiner Elektro-Pkw (BEV), ein Anstieg um 32,2 % gegenüber dem Vorjahr. In Niedersachsen wurden 2022 rund 47 900 Neuzulassungen reiner Elektro-Pkw registriert, das waren 19,4 % mehr als im Vorjahr. Damit gab es 2022 in Niedersachsen einen Bestand von rund 106 800 reinen Elektro-Pkw.

Im Bundesdurchschnitt kamen Ende 2022 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 12 reine Elektro-Pkw. Im Ländervergleich gab es die meisten in Hessen und Baden-Württemberg (15 Pkw), gefolgt von Bayern (14 Pkw) sowie Schleswig-Holstein und Niedersachsen (jeweils 13 Pkw).

■ Anteil reiner Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt 2022 sowie am Bestand von Pkw insgesamt am 1.1.2023 – Prozent –



Der Anteil der Neuzulassungen von reinen Elektro-Pkw in Niedersachsen an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt betrug Ende 2022 18,0 % und lag damit 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (17,7 %). Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug in Niedersachsen 2,2 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (2,1 %).

Waldzustand: jeder vierte Baum geschädigt

Waldzustand

T63

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind – je nach Baumart – in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat – je nach Höhe – Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2022 in Niedersachsen 27 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4), eine Zunahme gegenüber 2021 um drei Prozentpunkte. Bundesweit stieg der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung 2022 um einen Prozentpunkt auf 35 %. Im Ländervergleich war der Anteil deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume in den vier Flächenländern Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein (jeweils 26 %) sowie Brandenburg (20 %) niedriger als in Niedersachsen. Die höchsten Anteile deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume am Bestand hatten 2022 die Flächenländer Thüringen (50 %), Baden-Württemberg (46 %) und Rheinland-Pfalz (41 %). Ihr Anteil an der Waldfläche in Deutschland insgesamt machte rund 25 % aus.

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Flächenverbrauch

T64

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen (Juni 2017) wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021) der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®).

Mit der Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuzuordnungen waren bis 2016 noch nicht in allen Ländern abgeschlossen und wurden von 2017 bis 2019 weiter fortgesetzt. Seit 2019 sind alle Länder vollständig auf ALKIS® umgestellt.

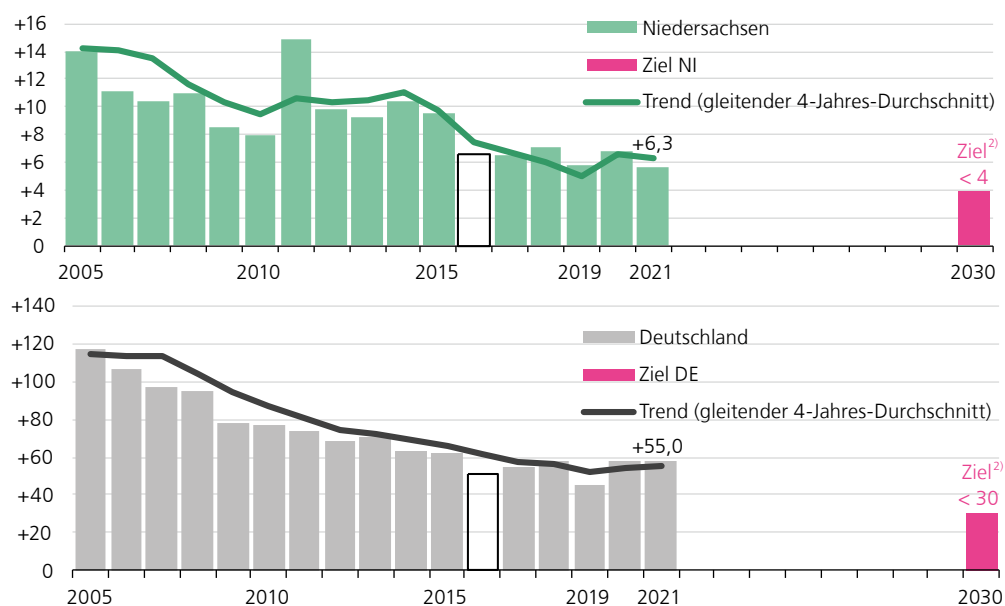
Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche und die exakte Berechnung von Veränderungen nur eingeschränkt möglich. Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb derzeit als gleitender 4-Jahres-Durchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuzuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2021 wurden in Deutschland 14,1 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,2 % geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6 779 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrsfläche (37 %) und Wohnbaufläche (31 %) sowie sonstigen Siedlungsflächen, darunter fallen z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder Gebäude- und Freiflächen der Land- und Forstwirtschaft (32 %).

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2018 bis 2021 bei 6,3 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche im 4-Jahres-Durchschnitt täglich um rund 55,0 ha zu. Damit war der Flächenverbrauch weiterhin deutlich höher als die ab 2030 angestrebten Ziele von weniger als 4 ha pro Tag in Niedersachsen bzw. 30 ha pro Tag bundesweit.

Im Vergleich 2021 gegenüber 2020 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,3 % zu. Der Anstieg lag damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt (+0,4 %). Im Ländervergleich hatte Rheinland-Pfalz im genannten Zeitraum mit +1,1 % den höchsten Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu wies als einziges Land Hamburg eine Abnahme von 0,1 % aus.

■ Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenverbrauch) Niedersachsen und Deutschland 2021 sowie Vorjahre¹⁾ – Hektar pro Tag –



- 1) Datenumstellung: Datenbasis ab Berichtsjahr 2016 ist das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)[®].
- 2) Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen, Juni 2017; Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021.

Ökologischer Landbau T65

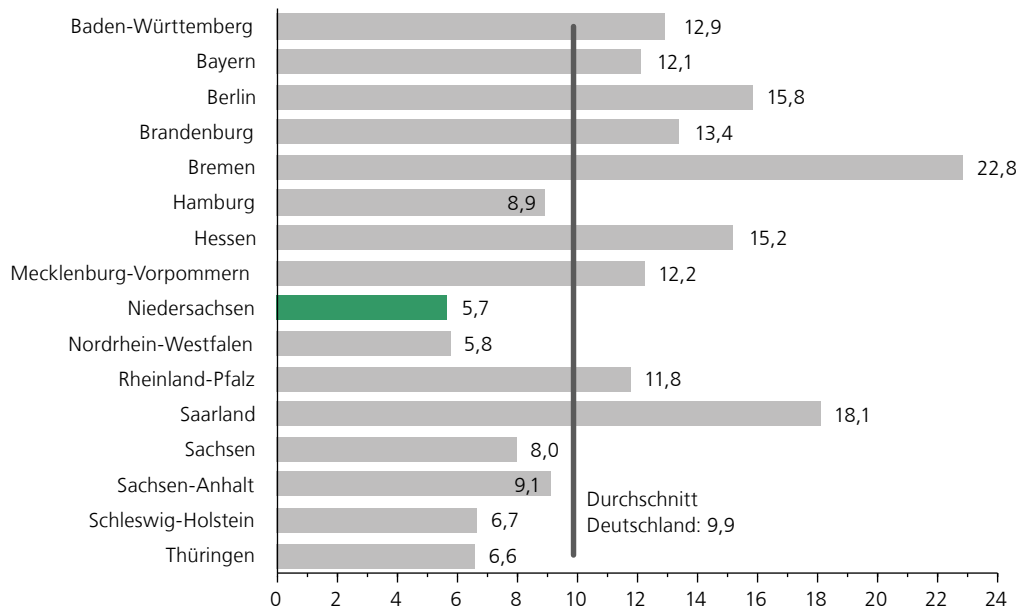
Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche gering

Die Fläche von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise stieg in Niedersachsen von etwa 90 500 ha im Jahr 2016 auf rund 145 600 ha im Jahr 2020 (+61,0 %). Damit wurden 2020 insgesamt 5,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder war dies weiterhin der geringste Anteil, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 5,8 % der LF. Beide Länder sind geprägt von einer stark konventionell ausgerichteten Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (22,8 %) und Berlin (15,8 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland mit 18,1 % und Hessen mit 15,2 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus. Bundesweit wurden 9,9 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in allen Ländern: 2020 gegenüber 2016 war der Anstieg in den westdeutschen Ländern mit 2,8 Prozentpunkten in den letzten 4 Jahren etwas geringer als in den ostdeutschen Ländern mit 3,0 Prozentpunkten (Niedersachsen +2,2 Prozentpunkte).

Nur im Stadtstaat Berlin haben alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe ihre gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche und alle vorhandenen Viehbestände in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen. Ansonsten liegt der Anteil dieser Betriebe zwischen 98,9 % in Mecklenburg-Vorpommern und 82,9 % in Niedersachsen, der bundesweite Durch-

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2020 – Prozent –



schnitt liegt bei 92,5 %. Die restlichen Betriebe mit ökologischem Landbau haben ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt und betreiben auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung.

Informationen:

Wasserverbrauch:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen > [Wasserwirtschaft](#) > Publikationen > Wasserversorgung
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > Wohnen, Umwelt > 32 Umwelt > 322 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung > [32211 Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung](#)

Aufkommen an Haushaltsabfällen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen > [Abfallwirtschaft](#) > Publikationen > Abfallentsorgung
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > Wohnen, Umwelt > 32 Umwelt > 321 Abfallwirtschaft > [32121 Aufkommen an Haushaltsabfällen](#)

Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:

- [Länderarbeitskreis Energiebilanzen \(LAK\)](#)
- Umweltbundesamt: Themen > Klima, Energie > [Treibhausgas-Emissionen](#) > Berichte und Daten
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt: Themen > Energie > [Energie und CO₂-Bilanzen](#)

Elektro-Pkw:

- Kraftfahrt-Bundesamt: Statistik > Produkte der Statistik > Fahrzeuge > Neuzulassungen > [Kraftfahrzeuge nach Umwelt-Merkmalen](#)

Waldzustand:

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Themen > Wald > Wald in Deutschland > [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2022](#)
- Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt (NW-FVA): Veröffentlichen > [Waldzustandsberichte](#)

Flächenverbrauch:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Datenbanken > [GENESIS-Online](#) > Wohnen, Umwelt > 33 Flächennutzung > [33111 Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung](#)
- LSN: Themen > Gebiet, Flächennutzung > Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Niedersachsen > [Statistische Berichte](#)

Ökologischer Landbau:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Land- und Forstwirtschaft, Fischerei > [Landwirtschaftliche Betriebe](#) > Publikationen > Agrarstrukturerhebung > [Betriebe mit ökologischem Landbau \(Fachserie 3 Reihe 2.2.1\)](#)

Autoren: Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer

Tabellen Umwelt und Energie

57. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2013	2019	2013	2019	2013	2016	2019	2019/2013	2019/2016
	Mio. m ³				Liter			%	
Baden-Württemberg	561	603	451	505	116	119	124	+6,5	+4,4
Bayern	728	773	586	634	130	131	134	+3,4	+2,6
Berlin	189	216	141	159	114	117	119	+4,6	+1,6
Brandenburg	111	127	95	109	108	111	120	+11,3	+7,7
Bremen	37	38	29	30	121	121	119	-1,3	-1,7
Hamburg	104	110	96	103	138	140	140	+1,6	+0,1
Hessen	307	329	270	292	124	127	129	+3,7	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	86	91	61	68	105	108	117	+12,0	+8,8
Niedersachsen	461	502	357	399	126	127	138	+9,1	+8,8
Nordrhein-Westfalen	1 069	1 066	844	896	133	133	138	+3,5	+3,7
Rheinland-Pfalz	217	234	174	190	119	119	126	+6,3	+5,5
Saarland	52	53	41	43	114	115	118	+3,9	+2,8
Sachsen	190	205	127	143	86	90	97	+12,4	+7,7
Sachsen-Anhalt	104	118	76	84	93	97	105	+13,4	+8,5
Schleswig-Holstein	162	170	123	127	129	129	129	-0,3	+0,0
Thüringen	92	97	70	73	88	92	94	+6,5	+1,9
Deutschland	4 468	4 731	3 541	3 855	121	123	128	+5,6	+4,3

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

58. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾			Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen		
				Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe			
	2016	2020	2021			2021/2016	2021/2020		
	1 000 Tonnen			kg je Einwohner/-in 31.12.			%		
Baden-Württemberg	4 877	5 087	5 089	457	144	151	162	+4,4	+0,0
Bayern	6 260	6 514	6 561	498	172	160	161	+4,8	+0,7
Berlin	1 362	1 408	1 407	383	239	38	105	+3,3	-0,1
Brandenburg	1 034	1 153	1 173	462	219	96	144	+13,4	+1,8
Bremen	294	299	299	442	235	88	119	+1,6	+0,0
Hamburg	801	815	797	430	255	56	116	-0,4	-2,2
Hessen	2 854	2 837	2 873	456	174	144	136	+0,7	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	701	756	749	465	230	97	137	+6,9	-0,9
Niedersachsen	4 137	4 259	4 276	533	190	173	167	+3,4	+0,4
Nordrhein-Westfalen	8 432	8 611	8 813	492	231	122	137	+4,5	+2,3
Rheinland-Pfalz	2 158	2 230	2 494	607	225	192	166	+15,5	+11,8
Saarland	482	475	483	492	193	137	161	+0,4	+1,7
Sachsen	1 348	1 702	1 750	433	160	86	186	+29,8	+2,8
Sachsen-Anhalt	1 020	1 033	1 036	477	202	127	147	+1,5	+0,3
Schleswig-Holstein	1 433	1 480	1 488	509	233	127	148	+3,9	+0,6
Thüringen	911	950	968	459	190	129	140	+6,3	+1,9
Deutschland	38 103	39 608	40 256	484	196	134	150	+5,7	+1,6

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

59. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2015	2019	2020		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	402 476	397 930	355 890	60 678	13,9	14,8	17,0	+3,2	+2,3
Bayern	537 345	518 584	491 454	108 212	17,1	20,1	22,0	+4,9	+1,9
Berlin	73 610	73 419	64 780	4 026	4,2	5,6	6,2	+2,0	+0,6
Brandenburg	180 634	171 307	150 440	35 827	16,4	20,8	23,8	+7,4	+3,0
Bremen	44 379	39 773	34 367	2 716	6,8	6,6	7,9	+1,1	+1,3
Hamburg	72 490	74 509	65 621	3 866	4,8	4,9	5,9	+1,1	+1,0
Hessen	240 845	242 780	204 484	27 591	9,5	11,0	13,5	+4,0	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	54 723	[z]	[z]	[z]	40,3	[z]	[z]	[z]	[z]
Niedersachsen	369 631	366 033	354 072	82 591	17,3	22,4	23,3	+6,0	+1,0
Nordrhein-Westfalen	1 178 097	1 001 080	938 803	62 193	4,5	5,8	6,6	+2,1	+0,8
Rheinland-Pfalz	177 723	178 650	175 760	25 481	12,8	13,6	14,5	+1,7	+0,9
Saarland	68 900	[z]	72 993	3 415	4,1	[z]	[z]	[z]	[z]
Sachsen	173 117	168 182	167 989	17 404	9,5	10,0	10,4	+0,9	+0,4
Sachsen-Anhalt	137 942	141 369	135 964	[g]	[g]	[g]	20,9	[g]	[g]
Schleswig-Holstein	121 859	117 439	119 376	35 881	23,5	29,5	30,1	+6,6	+0,5
Thüringen	64 567	64 668	63 445	16 274	23,1	23,4	25,7	+2,5	+2,2
Deutschland¹⁾	3 683 889	3 556 944	3 304 167	547 778	12,4	14,9	16,6	+4,2	+1,7

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2023; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand September 2022

60. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2015	2019	2020		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	63 347	57 129	44 337	18 014	23,6	31,0	40,6	+17,0	+9,6
Bayern	86 242	74 948	74 948	38 871	39,6	51,6	51,9	+12,3	+0,3
Berlin	7 467	6 214	7 291	405	4,7	6,0	5,5	+0,8	-0,4
Brandenburg	55 458	53 152	48 670	20 123	29,1	37,3	41,3	+12,2	+4,0
Bremen	7 369	6 680	4 653	867	11,7	12,9	18,6	+6,9	+5,7
Hamburg	8 537	9 219	5 008	632	6,3	7,1	12,6	+6,3	+5,5
Hessen	15 950	16 998	16 457	8 999	38,8	50,0	54,7	+15,9	+4,7
Mecklenburg-Vorpommern	13 926	[z]	[z]	[z]	70,2	[z]	[z]	[z]	[z]
Niedersachsen	79 188	90 008	92 890	50 485	40,4	52,5	54,3	+14,0	+1,9
Nordrhein-Westfalen	163 805	138 611	127 385	24 150	10,9	15,9	19,0	+8,1	+3,0
Rheinland-Pfalz	19 783	21 441	22 544	11 756	45,7	51,3	52,1	+6,5	+0,9
Saarland	10 634	[z]	[z]	[z]	11,1	[z]	[z]	[z]	[z]
Sachsen	42 399	40 613	36 838	6 577	13,5	15,2	17,9	+4,3	+2,6
Sachsen-Anhalt	24 137	25 730	24 766	15 234	54,2	58,6	61,5	+7,3	+2,9
Schleswig-Holstein	33 925	37 960	39 276	24 814	53,5	63,4	63,2	+9,7	-0,2
Thüringen	9 169	10 288	11 114	6 865	58,8	61,7	61,8	+3,0	+0,1
Deutschland	640 000	601 600	567 100	250 500	29,2	40,0	44,2	+14,9	+4,1

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2023; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand Mai 2023

61. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in (durchschnittliche Jahresbevölkerung)			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	1 000 Tonnen (Gigagramm)			Tonnen			%	
Baden-Württemberg	67 473	64 780	58 908	6,2	5,9	5,3	-12,7	-9,1
Bayern	76 963	78 996	71 774	6,0	6,1	5,5	-6,7	-9,1
Berlin	16 583	14 988	13 213	4,7	4,1	3,6	-20,3	-11,8
Brandenburg	56 450	49 386	43 857	22,8	19,7	17,4	-22,3	-11,2
Bremen	13 380	11 529	9 241	20,1	16,9	13,6	-30,9	-19,8
Hamburg	15 373	15 609	11 403	8,7	8,5	6,2	-25,8	-26,9
Hessen	49 068	48 463	38 374	8,0	7,7	6,1	-21,8	-20,8
Mecklenburg-Vorpommern	10 255	[z]	[z]	6,4	[z]	[z]	[z]	[z]
Niedersachsen	65 982	60 376	57 330	8,4	7,6	7,2	-13,1	-5,0
Nordrhein-Westfalen	256 731	213 220	192 674	14,5	11,9	10,7	-25,0	-9,6
Rheinland-Pfalz	26 163	27 068	26 204	6,5	6,6	6,4	+0,2	-3,2
Saarland	21 648	[z]	21 423	21,8	[z]	[z]	-1,0	[z]
Sachsen	48 370	46 690	42 773	11,9	11,4	10,5	-11,6	-8,4
Sachsen-Anhalt	25 140	24 081	22 337	11,2	10,9	10,2	-11,2	-7,2
Schleswig-Holstein	18 322	16 688	16 352	6,4	5,8	5,6	-10,8	-2,0
Thüringen	9 949	10 405	9 976	4,6	4,8	4,7	+0,3	-4,1
Deutschland²⁾	751 575	659 813	602 586	9,2	8,0	7,2	-19,8	-8,7

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2023; für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen 1990–2021, April 2023

62. Neuzulassungen und Bestand von Pkw mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV)

Land	Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV) ¹⁾			Bestand ²⁾ Elektro-Pkw (BEV) je 1 000 Einwohner/-innen	Nachrichtlich: Bestand Pkw Plug-in Hybrid (PHEV) ³⁾ je 1 000 Einwohner/-innen	Anteil der Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt			Anteil Elektro-Pkw (BEV) am Bestand Pkw insgesamt	Veränderung der Zahl der Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV)	
	2017	2021	2022	1.1.2023		2017	2021	2022	1.1.2023	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%				
Baden-Württemberg	4 387	59 165	71 328	15	13	0,9	16,1	19,4	2,4	+1 525,9	+20,6
Bayern	5 677	66 860	95 766	14	12	0,8	12,6	17,4	2,3	+1 586,9	+43,2
Berlin	664	8 737	10 479	7	7	0,8	14,5	15,8	2,0	+1 478,2	+19,9
Brandenburg	381	6 638	8 164	8	7	0,6	13,0	16,5	1,4	+2 042,8	+23,0
Bremen	86	1 833	2 459	7	8	0,4	11,8	15,7	1,7	+2 759,3	+34,2
Hamburg	608	7 334	9 149	11	13	0,4	7,9	10,8	2,5	+1 404,8	+24,7
Hessen	3 673	33 727	47 846	15	14	1,0	12,2	17,1	2,5	+1 202,6	+41,9
Mecklenburg-Vorpommern	150	3 259	3 883	5	5	0,4	10,9	14,0	1,0	+2 488,7	+19,1
Niedersachsen	2 229	40 084	47 860	13	9	0,6	14,9	18,0	2,2	+2 047,2	+19,4
Nordrhein-Westfalen	4 291	76 073	104 233	12	11	0,6	14,0	18,7	2,1	+2 329,1	+37,0
Rheinland-Pfalz	765	16 895	23 614	12	10	0,6	16,2	21,9	1,9	+2 986,8	+39,8
Saarland	170	3 713	5 861	12	10	0,5	11,9	18,6	1,8	+3 347,6	+57,9
Sachsen	620	9 078	10 663	6	6	0,5	10,5	12,4	1,1	+1 619,8	+17,5
Sachsen-Anhalt	212	4 195	5 560	5	5	0,4	9,8	12,7	1,0	+2 522,6	+32,5
Schleswig-Holstein	786	13 244	16 966	13	8	0,9	18,4	24,2	2,3	+2 058,5	+28,1
Thüringen	330	4 966	6 525	6	6	0,5	10,4	13,7	1,2	+1 877,3	+31,4
Deutschland	25 056	355 961	470 559	12	10	0,7	13,6	17,7	2,1	+1 778,0	+32,2

1) Fahrzeuge mit ausschließlich elektrischer Energiequelle: BEV = Battery Electric Vehicle.

2) Zum angegebenen Zeitzeitpunkt für den Straßenverkehr zugelassene Personenkraftwagen laut Zentralem Fahrzeugregister (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

3) PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle. Hybrid-Fahrzeug mit mindestens zwei unterschiedlichen Energiewandlern und zwei unterschiedlichen Energiespeichersystemen, dessen Energiespeicher (Akku) extern aufgeladen werden kann.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg: Statistiken Fahrzeugzulassungen – Bestand an Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ 13), Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ14); eigene Berechnungen

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %)¹)			Nachrichtlich: Waldfläche	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2017	2021	2022		2021	2022/2017
	%			km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	31	42	46	13 530	+15	+4
Bayern	25	40	26	24 924	+1	-14
Berlin	15	34	40	158	+25	+6
Brandenburg	9	22	20	10 343	+11	-2
Bremen	[g]	[g]	[g]	4	[g]	[g]
Hamburg	[x]	[x]	[x]	43	[x]	[x]
Hessen	32	36	39	8 416	+7	+3
Mecklenburg-Vorpommern	14	21	26	4 952	+12	+5
Niedersachsen	19	24	27	10 327	+8	+3
Nordrhein-Westfalen	25	40	38	8 459	+13	-2
Rheinland-Pfalz	24	43	41	8 078	+17	-2
Saarland	26	37	37	875	+11	[n]
Sachsen	16	31	35	4 949	+19	+4
Sachsen-Anhalt	19	29	32	4 608	+13	+3
Schleswig-Holstein	15	24	26	1 626	+11	+2
Thüringen	36	46	50	5 408	+14	+4
Deutschland	23	34	35	106 699	+12	+1

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2 bis 4: deutliche Kronenverlichtung).
 Quellen: Anteile der Schadstufen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung; Waldfläche: Statistisches Bundesamt (Destatis), GENESIS-Online: Statistik Flächennutzung (33111)

64. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.¹)			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch	Flächenverbrauch (gleitender 4-Jahres- Durchschnitt)²)	Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2016	2020	2021				2018–2021	2021/2020
	km²			%	ha pro Tag	km²	%	
Baden-Württemberg	5 174	5 257	5 280	14,8	6,2	5,2	+22,8	+0,4
Bayern	8 433	8 594	8 632	12,2	10,3	10,7	+37,6	+0,4
Berlin	627	629	629	70,6	0,0	0,1	+0,1	+0,0
Brandenburg	2 811	2 849	2 872	9,7	6,4	4,1	+23,4	+0,8
Bremen	237	237	238	56,6	0,1	0,0	+0,2	+0,1
Hamburg	445	445	444	58,8	-0,2	-0,1	-0,6	-0,1
Hessen	3 342	3 381	3 386	16,0	1,4	2,0	+5,0	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 967	1 942	1 947	8,4	1,4	0,6	+5,1	+0,3
Niedersachsen	6 663	6 759	6 779	14,2	5,6	6,3	+20,5	+0,3
Nordrhein-Westfalen	7 799	7 891	7 911	23,2	5,4	6,1	+19,7	+0,3
Rheinland-Pfalz	2 844	2 874	2 905	14,6	8,6	4,3	+31,5	+1,1
Saarland	548	551	554	21,5	0,8	0,3	+3,1	+0,6
Sachsen	2 444	2 519	2 541	13,8	6,0	5,4	+21,7	+0,9
Sachsen-Anhalt	2 254	2 264	2 266	11,1	0,5	0,7	+1,9	+0,1
Schleswig-Holstein	2 046	2 097	2 112	13,4	4,2	3,7	+15,2	+0,7
Thüringen	1 620	1 907	1 911	11,8	0,9	12,2	+3,2	+0,2
Deutschland	49 254	50 196	50 406	14,1	57,6	55,0	+210,4	+0,4

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.); Werte nach Umstellung auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS®.
 2) Der „tägliche Flächenverbrauch“ wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert für die Länder angegeben. Das Statistische Bundesamt (Destatis) berechnet diese für Deutschland mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen. Stand: Herbst 2022.

65. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) insgesamt			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2013	2016	2020	2013	2016	2020	2020/2013	2020/2016
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	124,0	138,5	182,1	8,7	9,8	12,9	+4,2	+3,2
Bayern	217,6	261,0	376,4	6,9	8,4	12,1	+5,2	+3,8
Berlin	0,3	0,3	0,3	15,0	15,6	15,8	+0,8	+0,2
Brandenburg	137,7	137,6	175,2	10,5	10,5	13,4	+2,9	+2,9
Bremen	1,0	1,4	1,8	11,8	17,7	22,8	+11,1	+5,2
Hamburg	1,0	1,2	1,3	6,9	8,1	8,9	+1,9	+0,7
Hessen	81,6	89,7	116,0	10,6	11,7	15,2	+4,6	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	120,4	126,3	164,3	9,0	9,4	12,2	+3,3	+2,9
Niedersachsen	79,5	90,5	145,6	3,1	3,5	5,7	+2,6	+2,2
Nordrhein-Westfalen	62,9	61,9	84,8	4,3	4,3	5,8	+1,5	+1,5
Rheinland-Pfalz	47,3	61,3	82,2	6,7	8,8	11,8	+5,1	+3,0
Saarland	9,3	11,8	13,4	11,9	15,1	18,1	+6,1	+2,9
Sachsen	35,3	42,3	71,6	3,9	4,7	8,0	+4,1	+3,3
Sachsen-Anhalt	53,4	60,1	106,1	4,6	5,1	9,1	+4,6	+4,0
Schleswig-Holstein	35,8	41,4	65,4	3,6	4,2	6,7	+3,0	+2,5
Thüringen	39,8	36,7	51,0	5,1	4,7	6,6	+1,5	+1,9
Deutschland	1 047,0	1 161,9	1 637,5	6,3	7,0	9,9	+3,6	+2,9

1) Nachgewiesen wird die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

Soziales, Sicherheit

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2022 bei 17,1 % (Deutschland: 16,7 %).
- Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Niedersachsen stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 % (Deutschland: +7,4 %) hauptsächlich bedingt durch den Zuzug aus der Ukraine.
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr stieg in Niedersachsen 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12,4 % auf rund 40 100 (Deutschland: +11,7 %).

Wichtige Ergebnisse

Jede und jeder Sechste in Niedersachsen 2022 armutsgefährdet

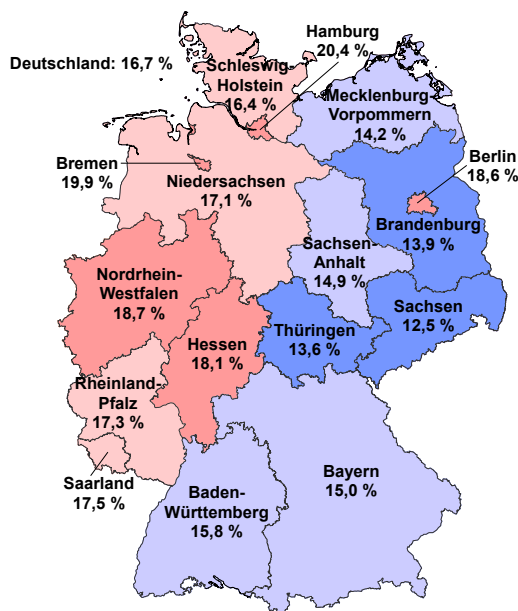
Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2022 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 167 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 452 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 518 Euro.

Mit 1,37 Millionen Menschen galt 2022 in Niedersachsen jede sechste Person als armutsgefährdet. Das entsprach einer Armutsgefährdungsquote von 17,1 %, die etwas über dem Bundesdurchschnitt (16,7 %) lag. Auf Länderebene war die Armutsgefährdungsquote in Sachsen mit 12,5 % am niedrigsten. Wie in den Vorjahren fielen 2022 auch in den übrigen ostdeutschen Flächenländern die Quoten niedriger aus als in den westdeutschen Ländern. Hier hatte Bayern (15,0 %) die niedrigste Quote. Die höchsten Anteile verzeichneten 2022 Hamburg (20,4 %), Bremen (19,9 %), Nordrhein-Westfalen (18,7 %) und Berlin (18,6 %).

Armutsgefährdungsquote

T66

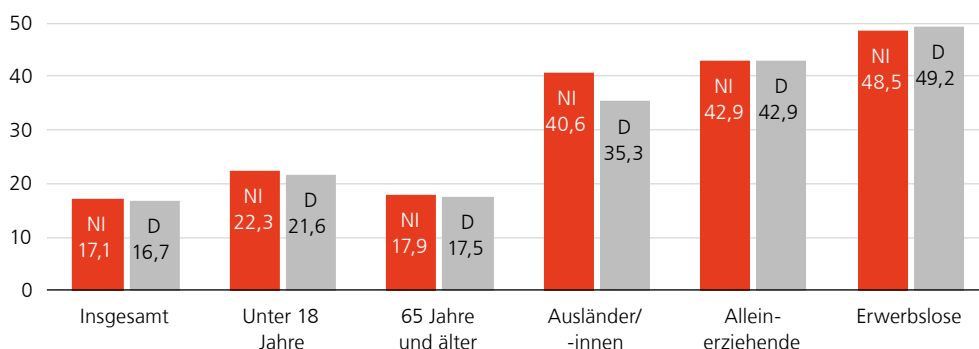
Armutsgefährdungsquote (auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit) 2022 – Prozent –



Unter den Minderjährigen in Niedersachsen war 2022 mehr als jede fünfte Person (22,3 %) armutsgefährdet (Deutschland: 21,6 %). Die Quoten reichten auf Länderebene von 15,3 % in Sachsen bis 28,0 % in Bremen und fielen wie in den Vorjahren in allen Ländern höher aus als die Quoten für die Gesamtbevölkerung. Auch die Armutsgefährdung im Alter ab 65 Jahren war in Niedersachsen zum dritten Mal in Folge höher als die Quote für die Gesamtbevölkerung und lag 2022 bei 17,9 %, wobei die Quote bei den Frauen im Seniorenalter (20,0 %) deutlich höher war als bei den Männern (15,5 %).

Mit Blick auf die Familienkonstellationen waren auch 2022 Alleinerziehendenhaushalte besonders stark armutsgefährdet. Hier lag die Quote in Niedersachsen wie auch in Deutschland insgesamt bei 42,9 %. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wiesen im Vergleich zu denen ohne Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen eine 2,4-mal so hohe Armutsgefährdungsquote auf (30,4 % gegenüber 12,6 %); in Deutschland insgesamt war das Verhältnis ähnlich (28,1 % zu 12,1 %). Bei den Ausländerinnen und Ausländern, also Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, lag die Quote in Niedersachsen bei 40,6 % (Deutschland: 35,3 %). Unter den Erwerbslosen war 2022 fast jede zweite Person in Niedersachsen (48,5 %) und Deutschland insgesamt (49,2 %) armutsgefährdet.

■ **Armutsgefährdungsquoten 2022 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent –**



Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T67

Wieder mehr Menschen auf SGB II-Grundsicherung angewiesen

Nach dem Tief im Jahr 2021 stieg die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) in Niedersachsen im Dezember 2022 verglichen mit dem Vorjahresmonat deutlich an um 9,2 % auf gut 563 000. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl mit 7,4 % etwas weniger stark an auf 5,7 Millionen. Die Veränderungsspanne reichte von -1,3 % in Berlin bis +17,3 % in Bayern. Grund für den zumeist kräftigen Anstieg war die hohe Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine. Seit Juni 2022 haben Geflüchtete aus der Ukraine anstelle von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen Anspruch auf Sozialleistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII, wenn sie ihre Lebenshaltungskosten nicht selbst decken können. So gab es in Niedersachsen Ende Dezember 2022 insgesamt knapp 73 300 regelleistungsberechtigte Ukrainerinnen und Ukrainer im SGB II-Bezug, gegenüber gut 1 400 im Vorjahresmonat. Deutschlandweit erhöhte sich die Zahl von knapp 17 000 auf rund 670 000 Regelleistungsberechtigte.

Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung stieg im Dezember 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls an. In Niedersachsen vergrößerte sich die Quote um 0,6 Prozentpunkte auf 8,8 % (Deutschland +0,5 Prozentpunkte auf 8,5 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung stieg im selben Zeitraum in Niedersachsen um 1,5 Prozentpunkte auf 14,6 % (Deutschland: um 1,3 Prozentpunkte auf 14,0 %), dies war ebenfalls eine Folge der Fluchtmigration aus der Ukraine.

Soziale Mindestsicherung

T68

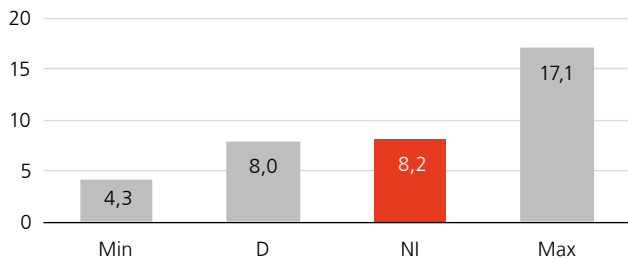
Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2021 auf Tiefststand

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. Ende 2021 erhielten in Niedersachsen gut 655 000 Menschen Mindestsicherungsleistungen. Während im ersten Jahr der Coro-

na-Pandemie 2020 die Zahl noch leicht zunahm, verringerte sie sich binnen eines Jahres deutlich. Die Mindestsicherungsquote, die den Anteil der Leistungsbeziehenden an der Gesamtbevölkerung angibt, fiel 2021 in Niedersachsen um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 %. Beide Eckwerte, Anzahl und Quote, erreichten damit den niedrigsten Stand seit Beginn der Statistik 2006. Deutschlandweit sank die Quote 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 8,0 %. Die Spannweite reichte bei den Ländern von 4,3 % in Bayern bis 17,1 % in Bremen.

■ **Mindestsicherungsquote (Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung je Einwohnerin und Einwohner 31.12.) 2021 – Prozent –**



Nach dem Tiefststand im Jahr 2021 ist für 2022 wieder ein Anstieg der Zahlen zu erwarten. Zwar war bei Redaktionsschluss die Zahl der Regelleistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch nicht verfügbar. Aber auch ohne deren Berücksichtigung lag die Zahl der Leistungsbeziehenden bei den anderen Leistungsarten in Niedersachsen mit rund 675 000 Personen bereits um etwa 20 000 Personen über der Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden von 2021.

Leichter Anstieg der Verbraucherinsolvenzen 2022

Im Jahr 2022 gab es in Niedersachsen gut 9 500 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2021 einem Rückgang um 18,7 % entsprach. Die Zahlen des Basisjahrs 2021 (rund 11 700 Insolvenzen) sind jedoch wenig aussagekräftig, da viele überschuldete Personen 2020 auf das „Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens“ gewartet und erst 2021 einen Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens samt Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt haben werden. Gegenüber dem 2-Jahres-Durchschnitt 2020/2021, der bei rund 9 200 Verbraucherinsolvenzen lag, vergrößerte sich die Zahl 2022 um 3,1 %. Inwieweit die starken Preissteigerungen dazu führten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vermehrt ein Insolvenzverfahren beantragten, ist aus der Statistik explizit nicht ermittelbar. Die Quote der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag in Niedersachsen 2022 bei 11,8 (Durchschnitt 2020/2021: 11,6) und war damit abermals die zweithöchste im Vergleich der Länder (Deutschland 2022: 7,9; Durchschnitt 2020/2021: 7,3 %).

Verbraucherinsolvenzen

T69

Stark steigende Zahl der pflegebedürftigen Bevölkerung

Pflegebedürftige

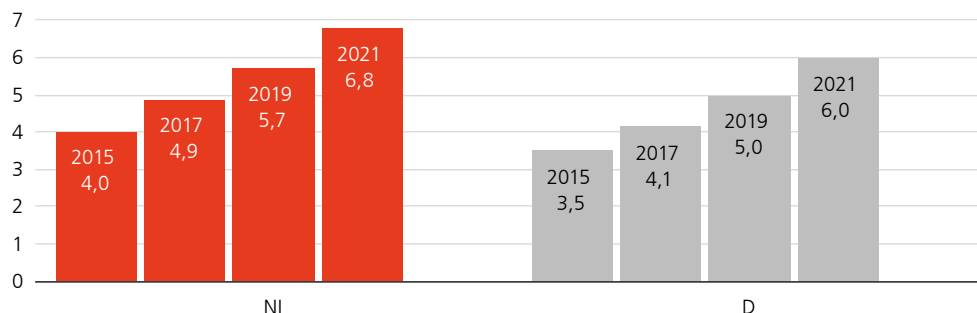
T70

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Im Jahr 2021 waren in Niedersachsen rund 542 900 Menschen pflegebedürftig. Das waren knapp ein Fünftel mehr als 2019 (+19,0 %; zweijährliche Statistik). Bundesweit stieg die Zahl im selben Zeitraum ähnlich stark (+20,2 %) auf fast 5 Mio. Pflegebedürftige.

In Niedersachsen wurde 2021 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,4 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,5 %). Etwa ein Fünftel (20,4 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 21,1 %) und 17,3 % wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt (Deutschland: 16,0 %).

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2015, 2017, 2019 und 2021 – Prozent –



Pflegequote T70

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2021 gegenüber 2019 in Niedersachsen um 1,1 Prozentpunkte auf 6,8 % (2015: 4,0 %). Nach dem Saarland (7,2 %) verzeichnete Niedersachsen damit die zweithöchste Pflegequote unter den westdeutschen Ländern, während die Quoten in den ostdeutschen Flächenländern noch etwas höher ausfielen (7,3 % bis 7,9 %). Zu erklären ist dies vor allem mit der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Den niedrigsten Wert wies 2021 Bayern mit einer Quote von 4,4 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 6,0 %.

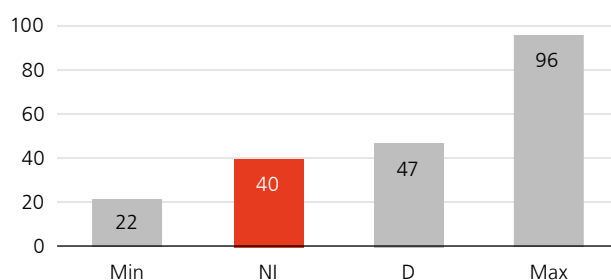
Vorläufige Schutzmaßnahmen T71

Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen mit sprunghaftem Anstieg

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2022 stieg die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2021 stark an, um etwa ein Fünftel (+20,4 %) auf gut 5 500. Bundesweit stieg die Zahl fast doppelt so stark an, um 39,8 % auf rund 66 400 vorläufige Schutzmaßnahmen. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 40 Schutzmaßnahmen, der Bundesdurchschnitt lag bei 47. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (22) und den höchsten Bremen (96).

■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2022 – Anzahl –



Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Niedersachsen war 2022 wie in den Vorjahren die „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (34,8 %). An zweiter Stelle folgten „Sonstige Probleme“ (28,3 %). Der Anteil „unbegleitete Einreise

aus dem Ausland“ verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr beinahe auf 27,0 % beziehungsweise auf knapp 1 500 Anlässe und stellte damit den dritthäufigsten Anlass dar. Dieser starke Anstieg war auch die Hauptursache für den Gesamtanstieg aller Schutzmaßnahmen. Deutschlandweit stellten unbegleitete Einreisen aus dem Ausland mit 43,0 % den bedeutendsten Anlass für die Ergreifung von vorläufigen Schutzmaßnahmen dar. Dies ist als unmittelbare Folge der Migration im Fluchtkontext zu sehen, insbesondere aus Afghanistan und Syrien. Ukrainische Geflüchtete spielten dagegen „offenbar nur eine untergeordnete Rolle“, wie aus dem Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland hervorgeht (siehe Informationen).

Mehr Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Bei Frauen aus Niedersachsen wurden 2022 knapp 9 000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, das waren 8,2 % mehr als im Jahr zuvor. Bundesweit stieg die Zahl im gleichen Zeitraum um 9,9 % auf gut 103 900. Bei unter 18-Jährigen gab es 2022 in Niedersachsen 252 Schwangerschaftsabbrüche, was einem Anteil von 2,8 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,6 %).

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Zahl der Geborenen (Lebend- und Totgeborene) bezogen, verringern sich die demografischen Effekte. In Niedersachsen kamen 2022 auf 1 000 Geborene 125 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 113. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche 2022 mit 140 je 1 000 Geborene ebenfalls deutlich über dem Wert von 2017 (128). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2022 in Bayern (99), Rheinland-Pfalz (100) und Baden-Württemberg (101). Die höchsten Werte wurden in Berlin (261) und Bremen (238) registriert. Etwa jeder fünfte Eingriff (21,0 %) von Frauen aus Niedersachsen wurde in einem anderen Bundesland vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. Eingriff (8,0 %).

Schwangerschaftsabbrüche

T72

Zahl der Straftaten deutlich gestiegen – Wohnungseinbruchdiebstähle nahmen ebenfalls wieder zu

Die Polizei registrierte 2022 in Niedersachsen knapp 524 000 Straftaten und damit ca. 11,0 % mehr als im Vorjahr. Kurzfristig dürfte der Wegfall der insbesondere 2020 und 2021 geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie die Zunahme 2022 nachhaltig beeinflusst haben. Bundesweit war der Anstieg ähnlich hoch, die Zahl der Straftaten stieg 2022 um 11,5 % auf 5,63 Mio. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 528 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 762). Gleichzeitig lag die Aufklärungsquote in Niedersachsen mit 61,7 % über dem Bundesdurchschnitt von 57,3 %, verschlechterte sich jedoch gegenüber dem Vorjahreswert (65,1 %). In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit unter 50 % am niedrigsten.

Straftaten

T73

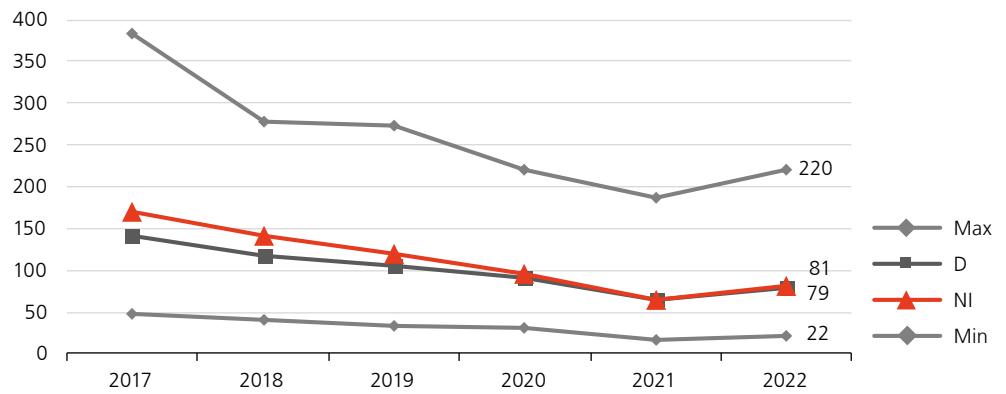
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt wurden 2022 in Niedersachsen 6 510 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Das waren etwa ein Viertel mehr (25,8 %) als im Corona-Jahr 2021, als die Zahl noch ein historisches Tief markierte. Zum Vergleich: Im Vorpandemiejahr 2019 lag die Zahl bei 9 456 Fällen. Deutschlandweit stieg die Zahl der Einbrüche 2022 weniger stark, um 21,5 % auf etwa 65 900. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2022 in Niedersachsen 81 Wohnungseinbruchdiebstähle und in Deutschland 79 (Vorjahr jeweils 65). Am höchsten waren die Werte 2022 in den Stadtstaaten Bremen (220), Berlin (167) und Hamburg (135), am niedrigsten in Bayern (22) und Thüringen (37).

Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

■ Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2017 bis 2022 – Anzahl –



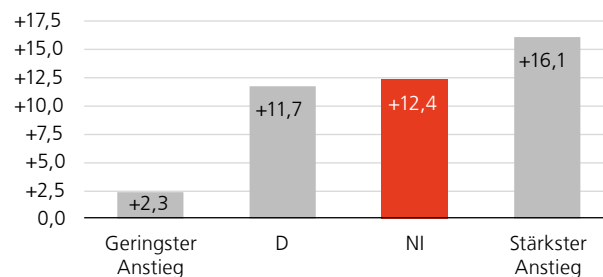
Verunglückte im Straßenverkehr

T74

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr deutlich gestiegen

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 12,4 % auf rund 40 100 gestiegen. Bundesweit verunglückten rund 363 900 Personen und damit 11,7 % mehr als 2021. Im Jahr zuvor wurde noch der tiefste Stand seit Beginn der Statistik festgestellt.

■ Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2022 gegenüber 2021 – Prozent –



Bei den Fahrradfahrenden (einschließlich Pedelecs) stieg die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen überdurchschnittlich stark um 18,8 % auf 10 865 (Deutschland: +16,9 % auf 98 330). Bei den Elektrokleinstfahrzeugen, wozu vor allem die seit 2019 zugelassenen E-Scooter gehören, registrierte die Polizei 2022 in Deutschland insgesamt 7 427 (Vorjahr: 4 887) Verunglückte, in Niedersachsen waren es 737 (Vorjahr: 442).

Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2022 insgesamt 493 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Hamburg (494) und Schleswig-Holstein (497) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 431). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Vergleichszahl in Niedersachsen um 48, mittelfristig gegenüber 2017 verringerte sie sich jedoch um 49 (Deutschland +40 bzw. -44).

Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2022 in Niedersachsen mit insgesamt 370 Opfern um 5,7 % höher als im Vorjahr. Bundesweit verunglückten 2 788 Menschen tödlich, 8,8 % mehr als 2021.

Informationen:

Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Daten und Fakten > Soziales > Sozialberichterstattung > [Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik](#)

SGB II-Leistungen:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Grundsicherung für Arbeitsuchende > Produkte > Alle Produkte > [Personen/Bedarfsgemeinschaften](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Themen im Fokus > Familien und Kinder > [Kinder in Bedarfsgemeinschaften](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verbraucherinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#) > Publikationen > Insolvenzen > [Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > Statistische Berichte > [D III 1 Insolvenzverfahren](#)

Pflegebedürftige:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesellschaft und Umwelt > Gesundheit > Pflege > Publikationen > [Pflegebedürftige, Ländervergleich](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Soziales > [Kinderschutz und Kindeswohl](#) > Tabellen > Vorläufige Schutzmaßnahmen
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Service > Publikationen > [Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland](#), insbesondere S. 26 f und S. 32 f
- LSN: Themen > Soziales > Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen > Erzieherische Hilfen, Adoptionen, Pflugschaften, vorl. Schutzmaßnahmen und Gefährdungseinschätzungen > Statistische Berichte > [K I 3 Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen/Ausgaben und Einnahmen](#)

Schwangerschaftsabbrüche:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesundheit > [Schwangerschaftsabbrüche](#)

Straftaten:

- Bundeskriminalamt (BKA): Aktuelle Informationen > Statistiken und Lagebilder > Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) > PKS 2022 > PKS-Tabellen > Räumliche Gliederung > Länder > [Falltabellen](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Aktuelles > Presseinformationen > [Presseinformation vom 20.3.2023](#): Polizeiliche Kriminalstatistik 2022: Straftaten steigen nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen erstmals wieder an

Verunglückte im Straßenverkehr:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt > [Verkehrsunfälle](#) > Publikationen > Verkehrsunfälle jährlich > [Statistischer Bericht: Verkehrsunfälle Zeitreihen 2013–2022](#) (Tab. 46241-03 sowie 46241-10/11/12)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Produkte > Karten > [Unfallatlas](#)
- LSN: Themen > Verkehrsunfälle und Verkehr > Straßenverkehrsunfälle in Niedersachsen > [Tabellen: Straßenverkehrsunfallstatistik Niedersachsen](#)

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
			unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter							
	2017 ²⁾	2021 ³⁾	2022 ⁴⁾			2022/2017	2022/2021				
								%	€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	15,5	16,6	15,8	19,7	19,0	30,2	42,5	43,2	1 257	[x]	-0,8
Bayern	14,9	15,8	15,0	17,4	21,8	27,0	37,6	39,0	1 269	[x]	-0,8
Berlin	17,4	19,8	18,6	23,3	17,9	30,0	40,8	53,9	1 222	[x]	-1,2
Brandenburg	13,1	14,2	13,9	16,8	12,5	[u]	36,2	53,6	1 179	[x]	-0,3
Bremen	18,2	21,3	19,9	28,0	14,3	39,8	36,3	50,9	1 022	[x]	-1,4
Hamburg	18,7	20,0	20,4	27,8	19,1	39,5	44,7	55,4	1 218	[x]	+0,4
Hessen	16,9	18,4	18,1	23,9	18,4	36,0	46,8	47,4	1 201	[x]	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	13,6	14,2	17,8	10,6	[u]	39,7	60,3	1 073	[x]	+0,6
Niedersachsen	15,8	17,1	17,1	22,3	17,9	40,6	42,9	48,5	1 167	[x]	[n]
Nordrhein-Westfalen	17,2	18,6	18,7	25,9	17,3	42,3	45,9	49,1	1 166	[x]	+0,1
Rheinland-Pfalz	16,7	16,5	17,3	23,4	20,5	37,1	47,4	43,8	1 188	[x]	+0,8
Saarland	15,7	16,6	17,5	24,5	18,5	40,1	49,5	(57,8)	1 149	[x]	+0,9
Sachsen	12,4	13,1	12,5	15,3	9,1	[u]	33,4	61,8	1 080	[x]	-0,6
Sachsen-Anhalt	14,3	14,8	14,9	21,1	10,2	[u]	41,1	64,5	1 072	[x]	+0,1
Schleswig-Holstein	15,8	16,4	16,4	22,5	15,3	38,8	41,7	49,0	1 178	[x]	[n]
Thüringen	11,8	13,4	13,6	17,9	9,9	[u]	34,0	55,9	1 067	[x]	+0,2
Deutschland	15,8	16,9	16,7	21,6	17,5	35,3	42,9	49,2	1 189	[x]	-0,2

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2017 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.

3) Endergebnis 2021; die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.

4) Erstergebnis 2022 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

Quelle: Mikrozensus

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minderjähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022		2022/2017	2022/2021
	Anzahl								%	
Baden-Württemberg	479 037	426 094	493 127	21 045	5,4	4,8	5,4	9,2	+2,9	+15,7
Bayern	456 625	389 178	456 696	23 957	4,4	3,7	4,3	7,2	+0,0	+17,3
Berlin	541 507	474 447	468 325	18 553	18,4	15,8	15,2	25,1	-13,5	-1,3
Brandenburg	201 676	145 834	154 017	8 548	10,5	7,6	7,9	11,5	-23,6	+5,6
Bremen	104 720	96 468	99 513	4 312	19,4	17,9	18,2	31,3	-5,0	+3,2
Hamburg	193 052	180 861	193 620	8 023	12,8	11,8	12,3	20,6	+0,3	+7,1
Hessen	447 831	393 101	424 227	17 880	9,0	7,8	8,3	14,2	-5,3	+7,9
Mecklenburg-Vorpommern	156 449	110 553	117 173	8 386	12,7	9,1	9,6	14,3	-25,1	+6,0
Niedersachsen	607 553	516 072	563 377	28 782	9,7	8,2	8,8	14,6	-7,3	+9,2
Nordrhein-Westfalen	1 731 827	1 548 501	1 624 399	69 935	12,1	10,9	11,2	18,5	-6,2	+4,9
Rheinland-Pfalz	245 026	209 717	229 199	12 391	7,6	6,5	7,0	11,9	-6,5	+9,3
Saarland	91 232	78 391	83 584	3 668	11,9	10,4	11,0	19,4	-8,4	+6,6
Sachsen	313 934	233 155	254 174	15 164	10,3	7,8	8,3	12,1	-19,0	+9,0
Sachsen-Anhalt	236 232	171 229	182 412	11 949	14,2	10,7	11,3	17,4	-22,8	+6,5
Schleswig-Holstein	233 117	192 054	201 620	10 466	10,4	8,5	8,8	14,5	-13,5	+5,0
Thüringen	153 589	111 758	123 206	7 400	9,5	7,1	7,8	12,3	-19,8	+10,2
Deutschland	6 193 407	5 277 413	5 668 669	270 459	9,4	8,0	8,5	14,0	-8,5	+7,4

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2021.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juni 2023; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2023

68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt		männlich	weiblich			
	2016	2020	2021 ²⁾	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	645 134	583 721	563 455	5,9	5,3	5,1	5,2	5,0	-12,7	-3,5
Bayern	662 409	588 272	564 484	5,1	4,5	4,3	4,4	4,2	-14,8	-4,0
Berlin	671 169	598 751	573 151	18,8	16,3	15,6	16,5	14,7	-14,6	-4,3
Brandenburg	254 029	194 412	180 166	10,2	7,7	7,1	7,8	6,5	-29,1	-7,3
Bremen	122 494	120 110	115 524	18,0	17,7	17,1	17,3	16,9	-5,7	-3,8
Hamburg	247 213	246 317	235 702	13,7	13,3	12,7	13,1	12,4	-4,7	-4,3
Hessen	586 177	530 405	514 374	9,4	8,4	8,2	8,3	8,0	-12,2	-3,0
Mecklenburg-Vorpommern	190 600	141 187	131 691	11,8	8,8	8,2	9,0	7,3	-30,9	-6,7
Niedersachsen	768 718	684 861	655 534	9,7	8,6	8,2	8,4	8,0	-14,7	-4,3
Nordrhein-Westfalen	2 150 035	1 946 827	1 880 999	12,0	10,9	10,5	10,7	10,3	-12,5	-3,4
Rheinland-Pfalz	310 762	279 500	266 542	7,6	6,8	6,5	6,6	6,4	-14,2	-4,6
Saarland	107 950	98 708	94 065	10,8	10,0	9,6	9,9	9,2	-12,9	-4,7
Sachsen	383 898	292 025	274 866	9,4	7,2	6,8	7,4	6,2	-28,4	-5,9
Sachsen-Anhalt	279 753	207 143	193 378	12,5	9,5	8,9	9,7	8,2	-30,9	-6,6
Schleswig-Holstein	296 061	263 656	247 773	10,3	9,1	8,5	8,8	8,1	-16,3	-6,0
Thüringen	184 018	141 415	131 226	8,5	6,7	6,2	6,7	5,8	-28,7	-7,2
Deutschland	7 860 420	6 917 315	6 622 940	9,5	8,3	8,0	8,2	7,7	-15,7	-4,3

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (5er-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

2) Untererfassung in Brandenburg in Höhe von ca. 3 500 Personen.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	6 188	7 196	5 640	5,6	6,5	5,0	-8,9	-21,6
Bayern	7 020	7 104	5 618	5,4	5,4	4,2	-20,0	-20,9
Berlin	3 367	3 573	3 251	9,4	9,8	8,7	-3,4	-9,0
Brandenburg	2 767	2 648	2 334	11,1	10,5	9,1	-15,6	-11,9
Bremen	1 122	1 346	997	16,5	19,9	14,7	-11,1	-25,9
Hamburg	1 939	2 276	2 085	10,6	12,3	11,1	+7,5	-8,4
Hessen	3 997	5 053	4 589	6,4	8,0	7,2	+14,8	-9,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 724	2 111	1 679	10,7	13,1	10,3	-2,6	-20,5
Niedersachsen	10 355	11 733	9 538	13,0	14,6	11,8	-7,9	-18,7
Nordrhein-Westfalen	18 167	20 506	17 174	10,2	11,5	9,5	-5,5	-16,2
Rheinland-Pfalz	3 209	3 525	2 923	7,9	8,6	7,0	-8,9	-17,1
Saarland	1 346	1 320	1 045	13,5	13,4	10,6	-22,4	-20,8
Sachsen	3 086	3 698	3 029	7,6	9,1	7,4	-1,8	-18,1
Sachsen-Anhalt	2 626	2 175	2 138	11,8	10,0	9,8	-18,6	-1,7
Schleswig-Holstein	3 237	3 655	2 938	11,2	12,5	10,0	-9,2	-19,6
Thüringen	1 746	1 701	1 450	8,1	8,1	6,8	-17,0	-14,8
Deutschland	71 896	79 620	66 428	8,7	9,6	7,9	-7,6	-16,6

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2015	2019	2021		2015	2019	2021	2021/2015	2021/2019
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	328 297	471 913	540 401	61,6	3,0	4,3	4,9	+64,6	+14,5
Bayern	348 253	491 996	578 147	62,0	2,7	3,7	4,4	+66,0	+17,5
Berlin	116 424	158 482	185 528	61,2	3,3	4,3	5,0	+59,4	+17,1
Brandenburg	111 595	153 971	184 646	61,1	4,5	6,1	7,3	+65,5	+19,9
Bremen	24 787	34 576	42 048	62,9	3,7	5,1	6,2	+69,6	+21,6
Hamburg	52 649	77 325	90 288	61,4	2,9	4,2	4,9	+71,5	+16,8
Hessen	223 579	310 653	368 396	62,2	3,6	4,9	5,9	+64,8	+18,6
Mecklenburg-Vorpommern	79 145	102 996	122 866	61,0	4,9	6,4	7,6	+55,2	+19,3
Niedersachsen	317 568	456 255	542 904	61,8	4,0	5,7	6,8	+71,0	+19,0
Nordrhein-Westfalen	638 103	964 987	1 191 981	62,3	3,6	5,4	6,6	+86,8	+23,5
Rheinland-Pfalz	132 283	202 708	241 364	62,1	3,3	5,0	5,9	+82,5	+19,1
Saarland	37 991	55 318	70 556	62,9	3,8	5,6	7,2	+85,7	+27,5
Sachsen	166 792	250 812	310 674	62,4	4,1	6,2	7,7	+86,3	+23,9
Sachsen-Anhalt	99 119	129 672	166 348	62,1	4,4	5,9	7,7	+67,8	+28,3
Schleswig-Holstein	89 428	130 349	158 546	60,2	3,1	4,5	5,4	+77,3	+21,6
Thüringen	94 280	135 592	166 453	61,4	4,3	6,4	7,9	+76,6	+22,8
Deutschland	2 860 293	4 127 605	4 961 146	61,9	3,5	5,0	6,0	+73,4	+20,2

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ¹⁾			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	7 683	4 763	7 702	41	25	39	+0,2	+61,7
Bayern	4 421	4 159	4 917	21	19	22	+11,2	+18,2
Berlin	2 930	2 341	4 454	50	38	70	+52,0	+90,3
Brandenburg	2 312	1 827	2 177	60	45	52	-5,8	+19,2
Bremen	1 201	850	1 123	110	75	96	-6,5	+32,1
Hamburg	2 214	1 616	2 376	73	51	73	+7,3	+47,0
Hessen	4 491	4 214	6 483	43	39	59	+44,4	+53,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 592	1 225	1 432	66	50	56	-10,1	+16,9
Niedersachsen	5 321	4 583	5 518	40	34	40	+3,7	+20,4
Nordrhein-Westfalen	15 951	12 193	16 546	53	40	53	+3,7	+35,7
Rheinland-Pfalz	2 123	1 819	2 667	32	27	38	+25,6	+46,6
Saarland	580	673	457	40	46	30	-21,2	-32,1
Sachsen	4 197	2 515	4 186	66	39	63	-0,3	+66,4
Sachsen-Anhalt	1 266	1 362	1 700	39	42	51	+34,3	+24,8
Schleswig-Holstein	3 350	2 102	3 014	71	44	62	-10,0	+43,4
Thüringen	1 751	1 281	1 692	54	40	51	-3,4	+32,1
Deutschland	61 383	47 523	66 444	45	34	47	+8,2	+39,8

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Darunter im Wohnland	Häufigkeitszahl je 1 000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	9 505	9 833	10 613	89,5	88	86	101	+14,6	+17,2
Bayern	12 143	11 579	12 406	93,8	96	86	99	+3,2	+15,3
Berlin	9 289	8 205	9 383	99,4	230	209	261	+13,5	+25,3
Brandenburg	3 287	3 138	3 113	85,1	161	164	178	+10,6	+8,4
Bremen	1 467	1 382	1 614	88,4	209	197	238	+14,3	+20,8
Hamburg	3 302	3 349	3 465	97,6	156	159	181	+16,2	+14,0
Hessen	8 321	7 688	8 534	97,2	136	124	148	+9,0	+19,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 463	2 072	2 244	97,2	187	174	206	+10,0	+18,6
Niedersachsen	8 308	8 293	8 976	79,0	113	108	125	+10,6	+16,0
Nordrhein-Westfalen	21 869	19 887	22 558	98,1	127	113	136	+7,8	+20,9
Rheinland-Pfalz	3 759	3 121	3 707	58,2	100	80	100	+0,4	+25,0
Saarland	1 311	1 339	1 485	98,8	157	160	189	+20,5	+18,3
Sachsen	5 580	5 050	5 515	98,7	151	154	187	+24,1	+21,3
Sachsen-Anhalt	3 310	3 075	3 132	95,0	185	191	215	+16,4	+12,5
Schleswig-Holstein	3 248	3 191	3 533	89,6	129	126	147	+13,9	+17,1
Thüringen	2 984	2 824	3 034	93,2	164	183	214	+30,2	+16,9
Deutschland¹⁾	101 209	94 596	103 927	92,0	128	118	140	+9,0	+18,3

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt				Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt		
	erfasste Fälle		Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾	2022/2017	2022/2021	
	2017	2021							2022
	Anzahl			%	Anzahl		%		
Baden-Württemberg	579 953	486 331	550 008	4 944	61,4	4 508	41	-5,2	+13,1
Bayern	629 512	543 680	619 089	4 698	67,7	2 844	22	-1,7	+13,9
Berlin	520 437	482 127	519 822	14 135	44,9	6 155	167	-0,1	+7,8
Brandenburg	175 003	158 964	170 204	6 707	56,5	2 506	99	-2,7	+7,1
Bremen	81 176	75 966	79 713	11 784	45,5	1 486	220	-1,8	+4,9
Hamburg	225 947	186 403	211 239	11 394	46,2	2 506	135	-6,5	+13,3
Hessen	375 632	336 030	368 579	5 855	63,7	4 275	68	-1,9	+9,7
Mecklenburg-Vorpommern	110 337	104 452	106 559	6 614	62,5	805	50	-3,4	+2,0
Niedersachsen	526 120	472 096	523 996	6 528	61,7	6 510	81	-0,4	+11,0
Nordrhein-Westfalen	1 373 390	1 201 472	1 366 601	7 624	52,0	23 528	131	-0,5	+13,7
Rheinland-Pfalz	251 713	217 305	241 779	5 888	64,5	2 515	61	-3,9	+11,3
Saarland	70 860	58 651	68 139	6 936	59,8	1 006	102	-3,8	+16,2
Sachsen	323 136	246 615	267 312	6 612	58,4	2 090	52	-17,3	+8,4
Sachsen-Anhalt	186 552	170 464	178 450	8 226	54,6	1 716	79	-4,3	+4,7
Schleswig-Holstein	188 979	176 893	221 183	7 570	61,1	2 675	92	+17,0	+25,0
Thüringen	143 237	130 411	135 911	6 445	63,2	783	37	-5,1	+4,2
Deutschland	5 761 984	5 047 860	5 628 584	6 762	57,3	65 908	79	-2,3	+11,5

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2021.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 13.3.2023

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	47 758	37 793	42 551	350	433	340	377	-10,9	+12,6
Bayern	70 267	57 126	62 300	519	541	434	466	-11,3	+9,1
Berlin	17 420	14 782	16 315	34	482	402	434	-6,3	+10,4
Brandenburg	11 525	10 186	10 682	112	460	401	415	-7,3	+4,9
Bremen	3 931	3 102	3 332	10	577	459	487	-15,2	+7,4
Hamburg	9 611	8 147	9 345	24	525	439	494	-2,8	+14,7
Hessen	28 438	22 359	24 967	208	455	355	391	-12,2	+11,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 894	5 985	6 332	83	428	371	389	-8,2	+5,8
Niedersachsen	43 122	35 693	40 119	370	542	445	493	-7,0	+12,4
Nordrhein-Westfalen	77 861	67 901	78 391	452	435	379	432	+0,7	+15,4
Rheinland-Pfalz	19 300	15 455	17 388	139	474	376	418	-9,9	+12,5
Saarland	4 837	4 084	4 177	30	487	416	421	-13,6	+2,3
Sachsen	16 995	14 109	16 378	118	416	349	401	-3,6	+16,1
Sachsen-Anhalt	10 535	8 727	9 789	152	474	402	448	-7,1	+12,2
Schleswig-Holstein	16 255	13 858	14 676	102	562	474	497	-9,7	+5,9
Thüringen	8 743	6 384	7 180	85	406	303	338	-17,9	+12,5
Deutschland	393 492	325 691	363 922	2 788	475	391	431	-7,5	+11,7

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Themenfelder Beruf und Familie (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T15, T16), Schulische und berufliche Qualifikation (T46 bis T48) sowie Verdienste (Wirtschaft: T29).

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T14) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T18) werden außerdem im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T44) sowie bei beruflichen Abschlussprüfungen (T47, T48) stehen im Kapitel „Schulische und berufliche Qualifikation“. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen enthält das Kapitel „Wissenschaft und Kultur“ (T49 bis T53).

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen 2022 bei 60,3 % (Deutschland: 60,1 %) und damit 2,9 Prozentpunkte niedriger als 2017.
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2022 im Durchschnitt pro Stunde etwa 18 % weniger als Männer (Deutschland: ebenfalls 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 3 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2017 (21 %).

Wichtige Ergebnisse

Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

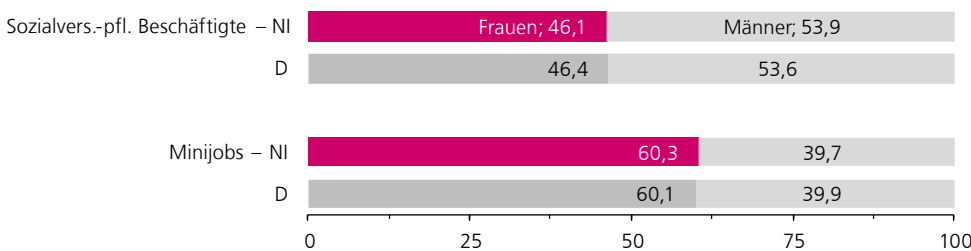
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) T15

Von den 2022 gut 3,1 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 46,1 % Frauen. Dieser Anteil lag leicht unter dem Bundesdurchschnitt (46,4 %). In Mecklenburg-Vorpommern (50,4 %) und Berlin (49,0 %) war das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen.

In Niedersachsen waren 2022 knapp 442 700 Personen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobs), darunter 60,3 % Frauen, was etwa dem Bundesdurchschnitt (60,1 %) entsprach. Ein nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis gab es in Mecklenburg-Vorpommern (51,1 %), in Bayern war der Frauenanteil dagegen am höchsten (63,3 %). Mittelfristig 2022 gegenüber 2017 sank der Frauenanteil in Niedersachsen überdurchschnittlich um 2,9 Prozentpunkte (Deutschland: -2,1 Prozentpunkte).

Minijobs T16

Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2022¹⁾ – Prozent –



1) Erstergebnis Mikrozensus 2022.

Frauenanteil bei Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

Teilzeittätige (Wohnort) T8

In Teilzeit bis zu 29 Wochenstunden arbeiteten 2022 in Niedersachsen rund 1,04 Mio. Erwerbstätige, darunter 76,7 % Frauen. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 61,4 %, in Bayern hingegen 79,6 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 75,0 %.

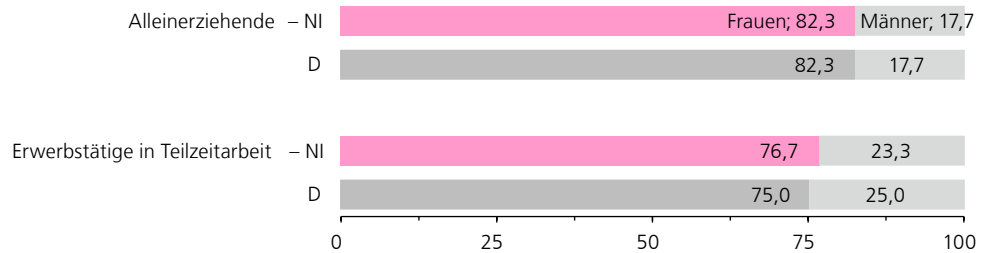
Alleinerziehende

T9

Alleinerziehende und Elterngeldbeziehende überwiegend Frauen

In Niedersachsen gab es 2022 rund 252 000 Alleinerziehende, darunter 82,3 % Frauen, was dem bundesweiten Durchschnitt entspricht. Aber auch in Paarbeziehungen wird der größere Teil der Erziehungsarbeit traditionell eher von den Müttern geleistet. Insbesondere bei (mehreren) kleinen Kindern führt dies oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind.

Anteil Frauen und Männer an Alleinerziehenden sowie Erwerbstätigen in Teilzeit 2022¹⁾ – Prozent –



1) Erstergebnis Mikrozensus 2022.

Elterngeld

T7

Eine Ungleichheit zeigte sich auch bei den bis März 2023 beendeten Bezügen von Elterngeld für 2020 geborene Kinder: Die Väterbeteiligung am Elterngeldbezug betrug in Niedersachsen 42,8 % (2018: 34,5 %) und lag damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 43,7 % (2018: 36,9 %). Hingegen beziehen seit vielen Jahren fast alle bezugsberechtigten Mütter Elterngeld. Zusätzlich war die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes der Mütter für 2020 geborene Kinder mit 14,2 Monaten weiterhin deutlich länger als die der Väter mit 3,2 Monaten.

Eltern können ihre Erwerbstätigkeit und Erziehungsarbeit nicht immer nach ihren Vorstellungen gestalten. Neben anderem tragen dazu auch fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und unflexible Arbeitszeitmodelle bei. Insbesondere der Ausbau der Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung unterstützt die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren sowie Nachteile bei Verdienst und Karriere durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

Ganztagsbetreuung für Kinder

T5, T6

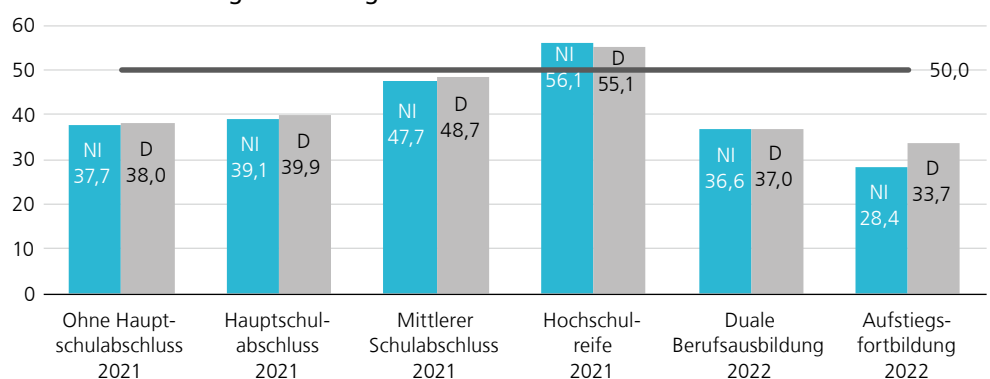
In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei den unter 3-Jährigen 2022 bei 14,1 % und die Quote bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 38,8 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei den unter 3-Jährigen Quoten von 19,3 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen von 47,4 % erreicht.

Schulentlassene

T46

Hoher Frauenanteil bei Schulentlassenen mit Hochschulreife – in der dualen Berufsausbildung und beruflichen Aufstiegsfortbildung größerer Männeranteil

Frauenanteile der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2021 sowie bei Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2022 – Prozent –



Schulentlassene von allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hauptschulabschluss waren 2021 überwiegend Männer. Die Frauenanteile lagen in Niedersachsen mit 37,7 % bzw. 39,1 % jeweils nahe am bundesweiten Durchschnitt. Beim mittleren Schulabschluss war das Geschlechterverhältnis in Niedersachsen fast ausgeglichen mit einem Frauenanteil von 47,7 % (Deutschland: 48,7 %). Bei Schulentlassenen mit Hochschulreife lag der Frauenanteil mit 56,1 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (55,1 %).

In der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung sind Männer überrepräsentiert. Bei den bestandenen Abschlussprüfungen betrug der Frauenanteil in Niedersachsen 2022 bei den anerkannten Ausbildungsberufen 36,6 % (Deutschland: 37,0 %) und bei den bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen lediglich 28,4 % (Deutschland 33,7 %). Die Frauentheile sind gegenüber dem Vorjahr zudem leicht gesunken.

Duale Ausbildung/ Aufstiegsfortbildung

T47, T48

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten war 2021 sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse waren Frauen jedoch noch unterrepräsentiert (siehe Kapitel Wissenschaft und Kultur).

Studierende/ Professuren

T49, T50, T51, T52, T53

Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern weiter auf hohem Niveau

Unbereinigter Gender Pay Gap

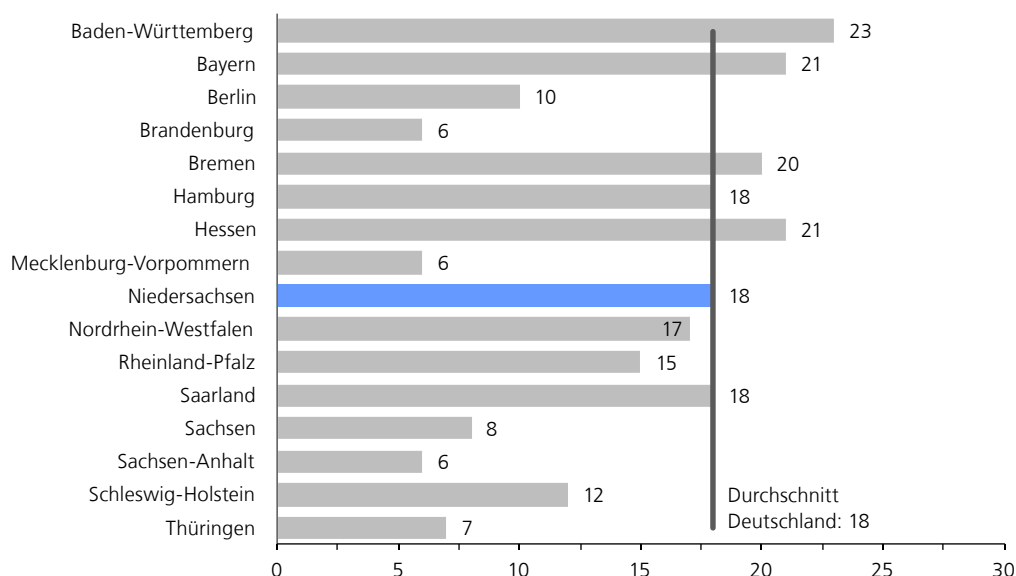
T30

Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit. Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen.

Der Gender Pay Gap wird im Folgenden entsprechend der EU-Abgrenzung ausgewiesen.

■ Unbereinigter Gender Pay Gap 2022 – Prozent – – Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst –



Frauen in Niedersachsen verdienten 2022 im Durchschnitt pro Stunde etwa 18 % weniger als Männer (Deutschland: ebenfalls 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 3 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2017 (21 %). Der langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2006 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen noch bei 25 % und in Deutschland bei 23 %.

Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede: 2022 war der unbereinigte GPG in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 6 % am niedrigsten und in Baden-Württemberg mit 23 % am höchsten.

**Bereinigter
Gender Pay Gap**
keine Tabelle

Bereinigter Gender Pay Gap: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2018 wurde ein bereinigter Gender Pay Gap für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten GPG ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß (siehe Informationen: Destatis: Gender Pay Gap). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind. In Niedersachsen lag der bereinigte GPG 2018 auf Basis der Verdienststrukturerhebung mit 6,4 % (unbereinigter GPG: 21,2 %) leicht über dem bundesdurchschnittlichen Niveau (5,9 %, Werte nach EU-Abgrenzung). Der bereinigte Gender Pay Gap 2022 auf Basis der neuen Verdiensterhebung ergab für Niedersachsen 6 % (Deutschland: 7 %).

**Gender Gap
Arbeitsmarkt**
keine Tabelle

Neben dem Gender Pay Gap, der als zentraler Indikator für die Verdienstungleichheit zwischen Männern und Frauen gilt, betrachtet der sogenannte Gender Hours Gap (21 %) die Unterschiede in der bezahlten monatlichen Arbeitszeit und der Gender Employment Gap (9 %) die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern. Zusammen mit dem unbereinigten Gender Pay Gap (18 %) bilden sie den seit 2023 errechneten „Gender Gap Arbeitsmarkt“ als neuen EU-(Eurostat)-Indikator zur mehrdimensionalen Betrachtung der Verdienstungleichheit. In Niedersachsen lag der Gender Gap Arbeitsmarkt 2022 bei 41 % (Deutschland: 39 %, siehe Informationen: Gender-Gap-Simulator). Grundsätzlich gilt dabei: Je höher der Wert des Gender Gap Arbeitsmarkt ausfällt, desto stärker ist die Verdienstungleichheit auf dem Arbeitsmarkt ausgeprägt.

Informationen:

Gleichstellung:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Themen > Gleichstellung > [Digitaler Gleichstellungsatlas](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Frauen und Gleichstellung > [Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen](#)

Sozialberichterstattung:

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern:

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Publikationen > InfoAB: die IAB-Infoplattform > Gender, Diversity und Familie > [Gender Pay Gap](#) > [Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Themen > Politik > Innen- & Sozialpolitik > Arbeit > Arbeitsmarktpolitik > Lohnpolitik in Deutschland und Europa > Gender Pay Gap > [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Verdienste > [Gender Pay Gap](#) > Tabellen
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Verdienste > [Gender Pay Gap](#) > Statistik visualisiert > [Gender-Gap-Simulator](#)
- LSN: Themen > Verdienste und Arbeitskosten > Verdienste in Niedersachsen > [Gender Pay Gap in Niedersachsen](#)

Autorinnen: Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Rita Skorka

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





www.statistik.niedersachsen.de